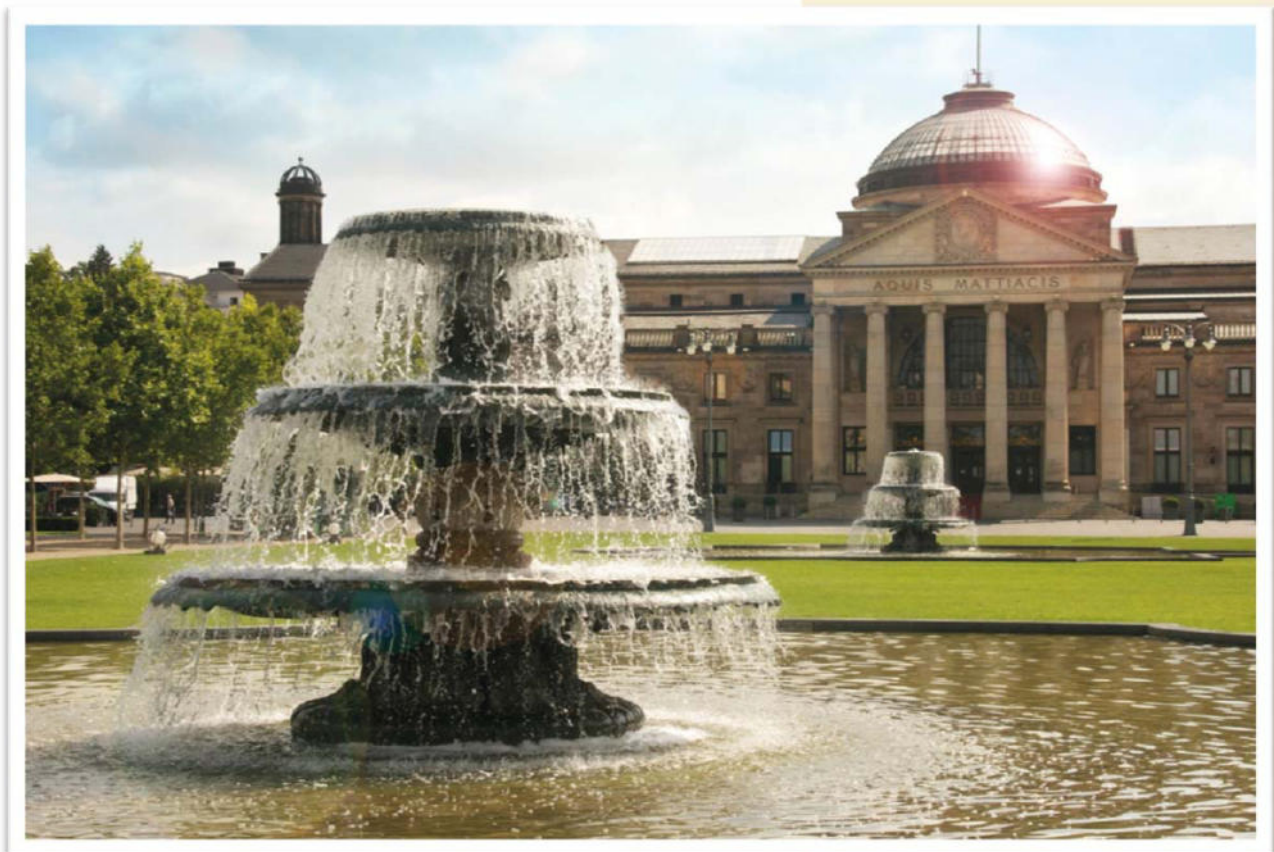


LANDESHAUPTSTADT



# Jahresabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2017

[www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de)

## Jahresabschluss 2017

---

# Jahresabschluss 2017

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Jahresabschluss .....</b>	<b>6</b>
1.1 Vermögensrechnung .....	7
1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK.....	9
1.3 Finanzrechnung .....	10
<b>2 Rechenschaftsbericht.....</b>	<b>11</b>
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen .....	11
2.2 Entwicklung der Steuererträge und Schlüsselzuweisungen .....	14
2.3 Strategien und Ziele.....	15
2.4 Haushaltsplan 2017 .....	17
2.5 Ergebnissituation .....	18
2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre .....	18
2.5.2 Die Ergebnislage der LHW im Plan-Ist Vergleich .....	26
2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen und Aufgabenschwerpunkte .....	27
2.6.1 Dezernat I .....	28
2.6.2 Dezernat II .....	31
2.6.3 Dezernat III .....	34
2.6.4 Dezernat IV .....	38
2.6.5 Dezernat V .....	40
2.6.6 Dezernat VI .....	45
2.6.7 Dezernat VII .....	48
2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft .....	52
2.7 Entwicklung der Finanzlage .....	53
2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen .....	57
2.9 Chancen .....	59
2.10 Risiken .....	60
2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2017 sowie Ausblick .....	68
2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen .....	69
<b>3 Anhang/Erläuterungen zum Jahresabschluss.....</b>	<b>70</b>
3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung .....	70
3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände .....	70
3.1.2 Sachanlagevermögen .....	71
3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen .....	75
3.1.4 Umlaufvermögen .....	78
3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten .....	81
3.1.6 Eigenkapital .....	82
3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge .....	82
3.1.8 Rückstellungen .....	83
3.1.9 Verbindlichkeiten .....	85
3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten .....	87
3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung .....	88
3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung .....	88
3.2.2 Restmittel und Überleitungen .....	89
3.2.3 Ergebnisverwendung .....	89
3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung .....	90
3.3.1 Einleitung .....	90
3.3.2 Erläuterungen der erheblichen Unterschiede .....	90
3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen .....	92
3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen .....	93

## Jahresabschluss 2017

3.4.2	Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen.....	93
3.5	Rechtliche Grundlagen .....	94
3.6	Organe und Vertretungsbefugnis.....	94
3.7	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen .....	97
3.8	Haftungsverhältnisse .....	98
3.9	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen .....	99
3.10	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden .....	100
<b>4</b>	<b>Tabellenteil.....</b>	<b>103</b>
4.1	Anlagenspiegel (in Tsd. €) .....	104
4.2	Forderungsspiegel .....	105
4.3	Eigenkapitalsspiegel.....	105
4.4	Sonderpostenspiegel .....	106
4.5	Rückstellungsspiegel .....	107
4.6	Verbindlichkeitspiegel.....	108
4.7	Übersicht über die fremden Finanzmittel .....	109
4.8	Ergebnisrechnung Wiesbaden.....	110
4.9	Ergebnisrechnung AKK .....	111
4.10	Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK .....	112
4.11	Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen 2017 .....	120

## Jahresabschluss 2017

---

### Vorwort

Wiesbaden steht finanziell gut da. Politik und Verwaltung haben mit Augenmaß gewirtschaftet und trugen damit das Ihre dazu bei.

Im abgelaufenen Jahr konnte Wiesbaden weiterhin von der guten Konjunktur profitieren. Sowohl die Erträge aus Steuern als auch die Schlüsselzuweisungen stiegen erneut.

Wiesbaden als lebens- und liebenswerte Stadt übt weiter eine hohe Anziehungskraft aus. Die Menschen leben gerne in Wiesbaden. Viele wollen neu hinzuziehen. Dies schlägt sich besonders auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt nieder. Eine der zentralen Herausforderungen besteht daher darin, bezahlbaren Wohnraum und die damit verbundene soziale Infrastruktur bereitzustellen.

Im Stadtentwicklungskonzept „Wiesbaden 2030+“ ist die Planung von neuen Quartieren von zentraler Bedeutung. Zur Realisierung der ambitionierten Ziele im Wohnungsbau wurde eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe unter der Mitgliedschaft der beteiligten Dezernate und der kommunalen Wohnungsbauunternehmen ins Leben gerufen. Aufgrund der derzeit soliden Finanzen ist die Landeshauptstadt Wiesbaden in der Lage, ihre Wohnungsbaugesellschaften dabei wirksam zu unterstützen.

Zu unseren dringlichen Aufgaben zählt ebenso der weitere Ausbau der Kinderbetreuung und der Schulinfrastruktur. Wir haben das Ziel, für etwa die Hälfte der unter Dreijährigen eine Betreuung anzubieten. Für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt haben wir das Versorgungsziel von 85 auf 90 Prozent angehoben. Auch der Abbau des Instandhaltungsstaus an unseren Schulen steht auf unserer Agenda.

Wiesbaden hatte für 2017 Aufwendungen in Höhe von circa 1,2 Mrd. € geplant. Es konnte ein Überschuss von 92,2 Mio. € erzielt werden. Um diesen Betrag steigen unsere Rücklagen an. Sie dienen dazu, auch in Jahren mit schwächerer Konjunktur handlungs- und zukunftsfähig zu bleiben.

Wie die Erfahrung zeigt, verläuft das Wirtschaftsleben in Zyklen. Wir gehen davon aus, dass diese positive Phase nicht langfristig bestehen bleibt. Wachsende Standards, beispielsweise in der Kinderbetreuung, dem Wohnungsbau und im Verkehrsbereich, führen zu dauerhaft höheren Personal- und Sachaufwendungen. Diese müssen auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten refinanziert werden. Angesichts ständig wachsender Anforderungen an die Landeshauptstadt Wiesbaden besteht die Herausforderung darin, die Leistungen sowie die Personal- und Finanzausstattung in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Deshalb werden wir auch in Zukunft mit Augenmaß wirtschaften.

Axel Imholz

Kämmerer





# Jahresabschluss 2017

---

## 1 Jahresabschluss

Gemäß § 112 der Hessischen Gemeindeordnung<sup>1</sup> besteht der Jahresabschluss aus:

- Vermögensrechnung,
- Ergebnisrechnung,
- Finanzrechnung.

Die Finanzrechnung wird bei der Landeshauptstadt Wiesbaden<sup>2</sup> indirekt entsprechend des vorgegebenen Musters dargestellt. Auf die direkte Darstellung wird verzichtet.

---

<sup>1</sup> Im Folgenden HGO.

<sup>2</sup> Im Folgenden LHW.

# Jahresabschluss 2017

## 1.1 Vermögensrechnung <sup>3</sup>

AKTIVA Position	31.12.2017		31.12.2016	
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>1 ANLAGEVERMÖGEN</b>				
<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	2.352.515,00		3.191.812,00	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	73.767.120,37		71.923.650,77	
		<b>76.119.635,37</b>		<b>75.115.462,77</b>
<b>1.2 Sachanlagevermögen</b>				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	472.009.069,02		472.865.932,73	
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	486.966.728,70		492.128.329,76	
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	378.039.746,21		389.004.945,82	
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	135.593,00		146.950,00	
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.909.782,70		71.983.309,58	
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	74.369.659,63		57.344.854,00	
		<b>1.445.430.579,26</b>		<b>1.483.474.321,89</b>
<b>1.3 Finanzanlagevermögen</b>				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	478.371.954,83		440.121.675,05	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	63.601.805,19		65.413.352,47	
1.3.3 Beteiligungen	178.629,00		178.835,23	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.830.315,04		16.775.109,75	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	34.999.910,15		0,00	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	70.435.585,25		73.535.133,83	
		<b>664.418.199,46</b>		<b>596.024.106,33</b>
<b>1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>	173.640.000,00		173.640.000,00	
		<b>173.640.000,00</b>		<b>173.640.000,00</b>
		<b>2.359.608.414,09</b>		<b>2.328.253.890,99</b>
<b>2 UMLAUFVERMÖGEN</b>				
<b>2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	45.829.106,20		43.922.074,97	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	33.889.629,72		31.708.144,75	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	749.209,24		2.320.091,43	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	40.328.959,84		29.337.617,98	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	10.445.386,31		22.633.206,87	
		<b>131.242.291,31</b>		<b>129.921.136,00</b>
<b>2.5 Flüssige Mittel</b>		<b>237.419.231,72</b>		<b>209.673.946,04</b>
		<b>368.661.523,03</b>		<b>339.595.082,04</b>
<b>3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		<b>29.729.742,54</b>		<b>29.406.702,38</b>
		<b>2.757.999.679,66</b>		<b>2.697.255.675,41</b>

<sup>3</sup> Die Bilanzstruktur orientiert sich am Muster 20 der GemHVO: Auf den Ausweis von Bilanzpositionen mit Null-Salden wird verzichtet.



# Jahresabschluss 2017

PASSIVA Position	31.12.2017		31.12.2016	
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>1 EIGENKAPITAL</b>				
<b>1.1 Netto-Position</b>		<b>1.259.089.688,26</b>		<b>1.259.089.688,26</b>
<b>1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen</b>				
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	136.726.753,21		81.272.625,64	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	11.674.227,57		11.674.227,57	
1.2.4 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
		<b>150.284.941,65</b>		<b>94.830.814,08</b>
<b>1.3 Ergebnisverwendung</b>				
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	86.875.617,37		58.748.614,48	
1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	5.344.939,93		-3.294.486,91	
		<b>92.220.557,30</b>		<b>55.454.127,57</b>
		<b>1.501.595.187,21</b>		<b>1.409.374.629,91</b>
<b>2 SONDERPOSTEN</b>				
<b>2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge</b>				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	222.784.835,50		230.959.110,61	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	8.380.329,73		8.818.606,73	
2.1.3 Investitionsbeiträge	26.857.278,00		29.121.696,00	
		<b>258.022.443,23</b>		<b>268.899.413,34</b>
<b>2.2 Sonstige Sonderposten</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>
		<b>258.022.443,23</b>		<b>268.899.413,34</b>
<b>3 RÜCKSTELLUNGEN</b>				
<b>3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>	532.632.516,00		501.197.514,00	
<b>3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse</b>	4.710.870,16		4.570.820,71	
<b>3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten</b>	11.429.617,11		11.596.892,68	
<b>3.5 Sonstige Rückstellungen</b>	10.816.938,70		10.734.392,53	
		<b>559.589.941,97</b>		<b>528.099.619,92</b>
<b>4 VERBINDLICHKEITEN</b>				
<b>4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen</b>				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	309.997.081,55		325.056.687,06	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 19.229.955,99				
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	30.596.363,69		31.622.832,40	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.145.206,63				
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten *)	1.037.727,63		1.207.272,94	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00				
		<b>341.631.172,87</b>		<b>357.886.792,40</b>
<b>4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung</b>		<b>0,00</b>		<b>12.300.000,00</b>
<b>4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>
<b>4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen</b>		<b>4.144.909,49</b>		<b>1.805.082,16</b>
<b>4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>		<b>9.114.515,78</b>		<b>7.596.233,78</b>
<b>4.7 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben</b>		<b>4.908.025,06</b>		<b>4.652.638,60</b>
<b>4.8 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen</b>		<b>13.037.655,85</b>		<b>31.579.674,89</b>
<b>4.9 Sonstige Verbindlichkeiten</b>		<b>29.426.803,17</b>		<b>38.684.600,56</b>
		<b>402.263.082,22</b>		<b>454.505.022,39</b>
<b>5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		<b>36.529.025,03</b>		<b>36.376.989,85</b>
		<b>2.757.999.679,66</b>		<b>2.697.255.675,41</b>

# Jahresabschluss 2017

## 1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-15.523	-17.983	-15.399	-2.584
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-46.350	-39.164	-46.492	7.329
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-29.461	-20.240	-20.791	550
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-965	-1.250	-1.161	-89
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-592.334	-578.708	-636.327	57.619
6	Erträge aus Transferleistungen	-213.261	-170.219	-230.753	60.533
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-256.938	-262.034	-266.989	4.955
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-13.839	-12.093	-13.549	1.457
9	Sonstige ordentliche Erträge	-48.313	-23.168	-39.182	16.013
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-1.216.985</b>	<b>-1.124.859</b>	<b>-1.270.643</b>	<b>145.784</b>
11	Personalaufwendungen	232.983	238.182	242.462	-4.280
12	Versorgungsaufwendungen	45.302	45.796	69.178	-23.383
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	182.824	160.207	166.445	-6.238
14	Abschreibungen	57.660	58.553	52.476	6.077
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	116.436	123.039	123.408	-369
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	129.917	122.840	135.432	-12.592
17	Transferaufwendungen	401.643	375.137	407.218	-32.081
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.480	1.627	640	987
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>1.171.244</b>	<b>1.125.382</b>	<b>1.197.259</b>	<b>-71.877</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-45.742</b>	<b>523</b>	<b>-73.384</b>	<b>73.906</b>
21	Finanzerträge	-29.797	-30.211	-31.465	1.254
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.790	20.704	17.974	2.731
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-13.007</b>	<b>-9.507</b>	<b>-13.492</b>	<b>3.985</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-58.749</b>	<b>-8.984</b>	<b>-86.876</b>	<b>77.892</b>
25	Außerordentliche Erträge	-8.026	-10	-16.704	16.694
26	Außerordentliche Aufwendungen	11.321	7	11.360	-11.352
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>3.294</b>	<b>-3</b>	<b>-5.345</b>	<b>5.342</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>-55.454</b>	<b>-8.987</b>	<b>-92.221</b>	<b>83.234</b>

# Jahresabschluss 2017

## 1.3 Finanzrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017
1	Jahresergebnis aus Ergebnisrechnung	55.454.127,57	-10.275.416,00	92.220.557,30
2	+ / - Abschreibungen / Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	50.940.351,45	58.541.166,00	50.226.913,65
3	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-13.839.313,13	-12.092.571,00	-13.549.162,23
4	+ / - Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	32.419.433,70	0,00	31.490.322,05
5	- / + Erträge/Aufwendungen a. d. Abgang v. Verm.ggst. d. Anlageverm.	-3.505.240,66	0,00	-11.778.798,96
6	+ / - sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge (einschließlich sonstiger außerordentlicher Erträge und Aufwendungen)	-1.072.389,71	-3.149.000,00	-2.073.978,90
7	- / + Zunahme/Abnahme d. Vorräte, der Forderungen a. Lief./Leist. sowie anderer Aktiva, d. nicht d. Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	-6.215.266,81	0,00	-3.122.086,27
8	+ / - Zunahme/Abnahme d. Verbindl. a. Lief./Leist. sowie anderer Passiva, die nicht der Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	4.786.243,31	0,00	-23.838.355,82
<b>9</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)</b>	<b>118.967.945,72</b>	<b>33.024.179,00</b>	<b>119.575.410,82</b>
10	+ Einzahlungen a. Investitionszuweisungen/-zuschüsse sowie aus Investitionsbeiträgen	6.108.123,03	9.409.000,00	2.672.192,12
11	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögen u. d. immateriellen Anlagevermögens	9.697.533,41	17.531.000,00	28.800.714,00
12	- Auszahlungen für Investitionen i. d. Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-46.421.472,50	-60.529.000,00	-60.530.861,52
13	+ Einzahlungen a. Abgängen von Vermögensgegenständen d. Finanzanlagevermögens	4.413.008,16	3.333.000,00	5.576.909,63
14	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanl.verm.	-499.582,16	-4.322.000,00	-41.035.196,88
<b>15</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Nr. 10 bis 14)</b>	<b>-26.702.390,06</b>	<b>-34.578.000,00</b>	<b>-64.516.242,65</b>
16	+ Einzahlungen a.d. Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	35.637.366,43	31.429.000,00	25.290.255,24
16b	Korrektur für Aufnahmen Sonderkonjunkturprogramm & Kommunales Investitionsprogramm, Landesanteile	-42.365,70	0,00	-54.365,70
17	- Auszahlungen a.d. Tilgung v. Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	-50.827.543,60	-19.838.000,00	-41.770.082,87
17a	Korrektur für Tilgung Sonderkonjunkturprogramm & KIP, Landesanteile	1.530.844,30	0,00	1.532.256,50
<b>18</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 16 ./17)</b>	<b>-13.701.698,57</b>	<b>11.591.000,00</b>	<b>-15.001.936,83</b>
19	+ Einzahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (u.a. fremde Finanzmittel, Aufnahme von Kassenkrediten, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln)	7.300.000,00	0,00	0,00
20	- Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlungen von Kassenkrediten)	0,00	0,00	-12.300.000,00
<b>21</b>	<b>Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 19, 20)</b>	<b>7.300.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-12.300.000,00</b>
<b>22</b>	<b>Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Nr. 9, 15, 18, 21)</b>	<b>85.863.857,09</b>	<b>10.037.179,00</b>	<b>27.757.231,34</b>
<b>23</b>	<b>Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Haushaltsjahres</b>	<b>123.810.088,95</b>	<b>159.029.837,00</b>	<b>209.673.946,04</b>
<b>24</b>	<b>Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Haushaltsjahr (Nr. 22)</b>	<b>85.863.857,09</b>	<b>10.037.179,00</b>	<b>27.757.231,34</b>
<b>25</b>	<b>Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 23 und Nr. 24)</b>	<b>209.673.946,04</b>	<b>169.067.016,00</b>	<b>237.431.177,38</b>

## 2 Rechenschaftsbericht

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2017 kräftig gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 2,2 %, die Anzahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt auf 44,3 Millionen Personen. Noch im März 2018 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Fortsetzung dieses Aufschwungs prognostiziert. Die vorhergesagte Steigerung für das reale BIP betrug 2,3 % für 2018 bzw. 1,8 % für 2019 und deutete damit auf eine wachsende Überauslastung der deutschen Wirtschaft hin.<sup>4</sup>

Die unsichere Lage der Weltwirtschaft mit einem Handelsstreit zwischen den USA und China sowie Zöllen auf Stahl und Aluminium und drohenden Zöllen auf Automobile haben die Stimmung in Deutschland und dem Euroraum seitdem abkühlen lassen. Der kommende Brexit trägt zur Unsicherheit bei.

Die Einschätzung der Experten zur aktuellen Lage verschlechterte sich daher leicht, ihre Erwartungen an die Zukunft nahmen deutlich ab. Das deutet auf eine konjunkturelle Abschwächung hin. Der Lageindikator sank ebenfalls. Trotz des Rückgangs wird die aktuelle Lage in Deutschland als weiterhin sehr gut eingeschätzt.<sup>5</sup>

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat die positive Entwicklung bei der Anzahl der Erwerbstätigen zu einem neuen Höchststand geführt, die Relation von Arbeitslosen zu offenen Stellen liegt auf dem niedrigsten Stand der vergangenen 25 Jahre. Diese Knappheit an Arbeitskräften kann die Wachstumsdynamik zunehmend bremsen.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Konjunkturprognose 2018 und 2019 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

<sup>5</sup> IFO Institut München, 2. August 2018

<sup>6</sup> Konjunkturprognose 2018 und 2019 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

## Jahresabschluss 2017

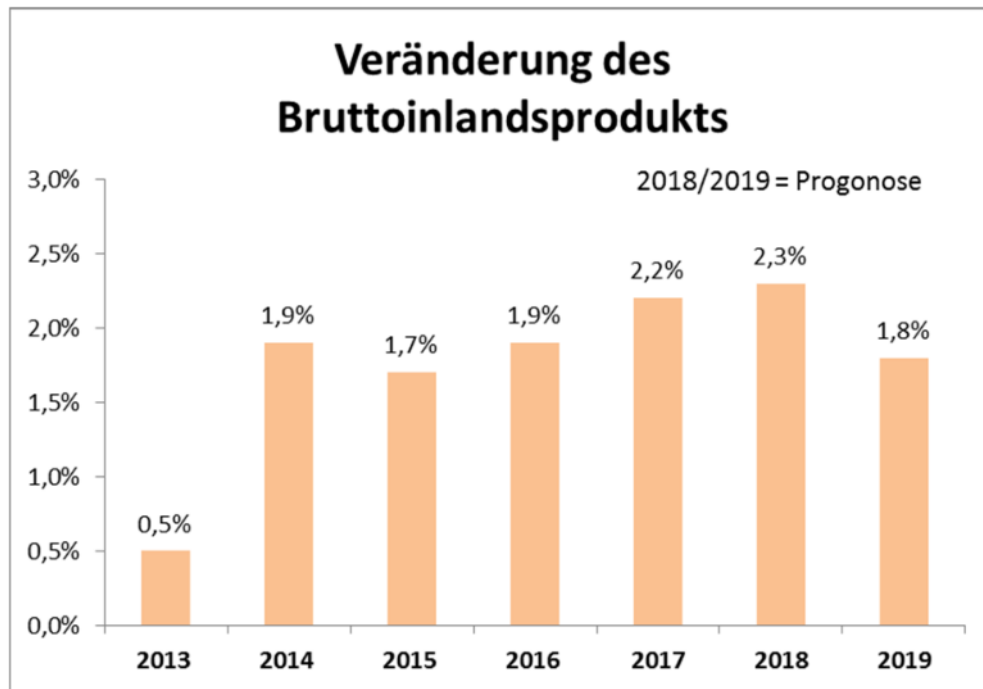


Abbildung 1: Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 06/2018), Quelle: Eurostat Online-Datenbank und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Die Hessische Konjunktur bleibt auf hohem Niveau. Trotz steigender Unsicherheiten bezüglich der Weltwirtschaftslage bewertet die Hälfte der Unternehmen die Geschäftslage in der IHK-Konjunkturumfrage als gut, weitere 44 Prozent beurteilen die Lage als zufriedenstellend.

Der Geschäftsklimaindex für die hessische Wirtschaft startete kraftvoll in das Jahr 2017 und hielt sich im gesamten Jahr auf einem hohen Niveau. Er erreicht im Frühsommer 2018 128 Punkte (ein Wert von 100 Zählern bildet die Grenze zwischen positiver und negativer Grundstimmung). Damit liegt er weiterhin deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Auch planen fast 90 Prozent der Unternehmen, den aktuellen Personalstand zu halten oder sogar aufzustocken.

Die Exporterwartungen erfahren einen leichten Dämpfer. Auch hier ist die unsichere Lage der Weltwirtschaft mit Handelsstreit und Brexit der Auslöser. Derzeit rechnen lediglich 30 Prozent der Unternehmen mit steigenden Exporten. Trotzdem liegen die Erwartungen nur knapp unter dem Niveau von 2017.

Auch für Wiesbaden wird die aktuelle Geschäftslage von den Unternehmen weiterhin als hervorragend angesehen, wenngleich die Spitzenwerte vom Jahresbeginn nicht mehr erreicht werden. 55 Prozent der Unternehmen beschreiben ihre Lage als gut (-2 Prozentpunkte), 8 Prozent (+1 Prozentpunkt) als schlecht.

Nachdem der Geschäftsklimaindikator der Industrie- und Handelskammer für Wiesbaden im Januar 2016 auf den höchsten Stand seit 15 Jahren stieg und gleich danach wieder auf das Niveau von 2014 sank, hat er sich im Laufe des Jahres 2017 wieder auf hohem Niveau eingependelt.

Die Einschätzung der Lage spiegelt sich auch deutlich in der Einstellungsbereitschaft wieder. 30 Prozent der Wiesbadener Unternehmen planen die Vergrößerung ihrer Belegschaft in den

## Jahresabschluss 2017

---

kommenden 12 Monaten (+3 Punkte), lediglich 8 Prozent wollen Stellen abbauen (-1 Punkt).<sup>7</sup> So lässt sich auch die sinkende Arbeitslosenquote erklären. Sie ist in Wiesbaden im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte gefallen.<sup>8</sup>

---

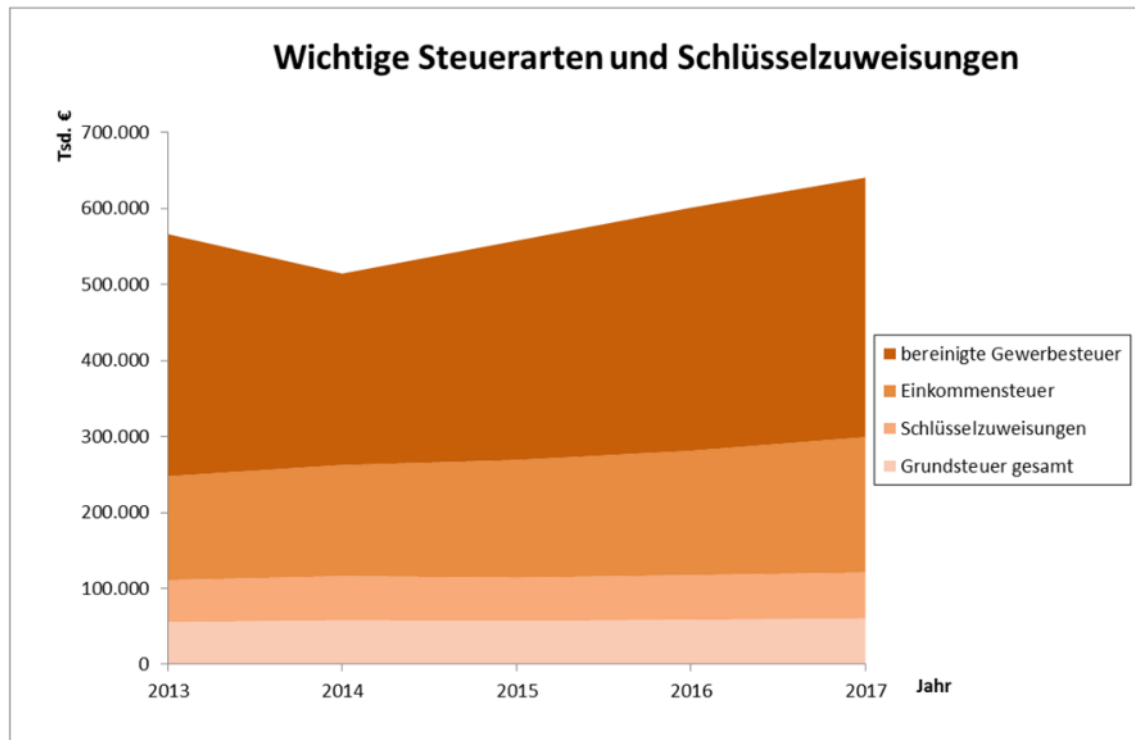
<sup>7</sup> Wirtschaftlicher Lagebericht der IHK Wiesbaden - Frühsommer 2018

<sup>8</sup> Statistik der Arbeitsagentur für Hessen auf „statistik.arbeitsagentur.de“

# Jahresabschluss 2017

## 2.2 Entwicklung der Steuererträge und Schlüsselzuweisungen

Im Jahr 2017 stiegen die Gewerbesteuererträge um insgesamt 21.741 Tsd. € (20.786 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage) auf 341.499 Tsd. € (290.063 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage). Die Spitze im Jahr 2013 erklärt sich aus einem Einmaleffekt in Höhe von 50.000 Tsd. €. Von der Verbesserung des Jahres 2015 mussten aufgrund neuer Bescheide des Finanzamtes rd. 11.000 Tsd. € wieder abgeschrieben werden, so dass das Plus 2015 aus der Gewerbesteuer tatsächlich lediglich ca. 27.000 Tsd. € beträgt.



in Tsd. €	2013	2014	2015	2016	2017
Gewerbesteuer	318.620	251.918	288.699	319.758	341.499
Gewerbesteuerumlage	-50.510	-39.732	-41.259	-50.481	-51.436
Gewerbesteuer bereinigt <sup>9</sup>	268.110	212.186	247.440	269.277	290.063
Einkommensteuer	136.583	146.146	154.595	163.705	178.041
Schlüsselzuweisungen	123.293	110.312	132.026	183.974	194.098
Grundsteuer gesamt <sup>10</sup>	55.562	58.124	57.168	58.778	60.531

Die weiterhin gute Konjunkturlage zeigt sich nicht nur in Zuwächsen bei der Gewerbesteuer sondern auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch die hohe Beschäftigungsquote und die steigenden Löhne und Gehälter aus Tarifabschlüssen.

<sup>9</sup> Die Gewerbesteuererträge stehen der Gemeinde nicht in vollem Umfang zur Verfügung. Sie sind um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen, die an Bund und Länder abzuführen ist.

<sup>10</sup> Auf den Ausweis interner Grundsteuern, die nach Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 der GemHVO in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind, wurde in dieser Darstellung verzichtet. Sie sind als rein interner Vorgang für die Finanzlage der LH Wiesbaden irrelevant.

## Jahresabschluss 2017

Die Allgemeinen Schlüsselzuweisungen<sup>11</sup> stiegen gegenüber 2016 um 10.124 Tsd. € an. Die Steigerung - trotz höherer Steuerkraft als 2016 - basiert auf einem gestiegenen höheren Bedarf (ausgedrückt in der Ausgleichsmesszahl):

Jahr	Steuerkraft	Ausgleichsmesszahl	ausgleichsfähiger Betrag	Schlüsselzuweisung 65%
<b>2016</b>	470.731	753.768	283.037	183.974
<b>2017</b>	505.698	804.310	298.612	194.098

Hinweis:

Innerhalb der Zeitreihe hat sich ab 2016 die Berechnungsgrundlage durch das Finanzausgleichsgesetz vom 23. Juli 2015 geändert. In die Allgemeinen Schlüsselzuweisungen wurden die bis dahin separat ausgewiesenen Zuweisungen für Schulen, Jugend- und Sozialhilfe sowie die Wohngeldweiterleitung im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende integriert (rd. 26 Mio. €).

### 2.3 Strategien und Ziele

Wiesbaden ist eine weltoffene grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum.

Zu den kommunalen Aufgaben zählen moderne Stadtentwicklung, Umweltschutz und Gesundheitsförderung. Wiesbaden will ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen und kulturelle Vielfalt garantieren.

Wiesbaden erwartet in den kommenden Jahrzehnten eine wachsende Bevölkerung. Angesichts der zukünftigen Herausforderungen werden in den kommenden Jahren einige Handlungsfelder neu zu gestalten sein. Dazu zählen zum Beispiel intelligent vernetzte Verkehrssysteme und der Wohnungsbau oder die soziale Infrastruktur.

Auch im zweiten Jahr des Doppelhaushalts 2016/2017 setzte die Verwaltung den Hauptschwerpunkt auf die Absicherung des Leistungsspektrums für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus lagen Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungstätigkeit in den Bereichen Sport, Schulen und städtischer Infrastruktur sowie auf dem moderaten, weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in den Bereichen Krippe, Kindertagesstätten und Schulkinderbetreuung.

Die starke Attraktivität und Dynamik Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsstadt führt zu einem angespannten Wohnungs- und Immobilienmarkt, besonders bei bezahlbarem Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Wiesbaden zählt zu den Städten, die Ihre kommunalen Wohnungen bewusst nicht verkaufen. Mittlerweile halten die kommunalen Wohnungsgesellschaften ca. 13.000 Wohneinheiten in ihrem Bestand. Sie helfen bei der Realisierung anspruchsvoller Stadtentwicklungsprojekte wie dem neuen Stadtteil auf dem Ostfeld.

Durch die Zinsstrategie des billigen Geldes der Europäischen Zentralbank<sup>12</sup> schaffen vergünstigte Darlehen im Wohnungsbau nicht mehr genügend Anreize für Bauherren zur Herstellung gebundenen Wohnraums. Wir unterstützen daher unsere kommunalen Wohnungsunternehmen auch durch Zuschüsse.

<sup>11</sup> Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2017 sind die Daten des 2. Hj. 2015 und des 1. Hj. 2016.

<sup>12</sup> Im Folgenden EZB



## Jahresabschluss 2017

---

Das Errichten neuer Wohnbaugebiete führt in der Regel zu hohen finanziellen Belastungen für Wiesbaden. Die kürzlich beschlossene Richtlinie WiSoBoN<sup>13</sup> beteiligt die Planungsbegünstigten<sup>14</sup> zukünftig auch maßgeblich an den Kosten der sozialen Infrastruktur (Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Schulen). Darüber hinaus sind sie verpflichtet, einen festgelegten Anteil des neuen Baulandes dem geförderten Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Aufgrund der bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2016/2017 vorliegenden wirtschaftlichen Eckdaten wurde ein Fehlbetrag im Jahresergebnis erwartet. Das Jahresergebnis fiel mit einem Überschuss von 92.221 Tsd. € gegenüber der Planung (10.275 Tsd. € Fehlbetrag) wiederum deutlich besser aus.

---

<sup>13</sup> Wiesbadener Soziale BodenNutzung

<sup>14</sup> Durch die Wertsteigerung, welche die Grundstücke in der Regel mit der Baumaßnahme erfahren.

## Jahresabschluss 2017

### 2.4 Haushaltsplan 2017

Der Doppelhaushalt 2016/2017 wurde am 17.12.2015 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Am 23.05.2016 erteilte die Aufsichtsbehörde die Haushaltsgenehmigung mit Hinweisen zur Haushaltsführung. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 ging - unter Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 10.275 Tsd. € (Ansatz gemäß Haushaltssatzung, ohne Veränderung) aus.

An Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden 64.851 Tsd. € (Sachanlagen, Investitionszuschüsse und Finanzanlagen) geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 31.429 Tsd. € festgesetzt.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Plan / Ansatz 2017	Vortrag 2016 auf 2017	apl/üpl 2017	Sperre 2017	Plan fortg. <sup>15</sup> 2017	Vortrag 2017 auf 2018	Plan fortg. bereinigt <sup>16</sup> 2017
10 ordentliche Erträge	-1.097.247	0	-45.967	-18.355	-1.124.859		1.124.859
19 ordentlicher Aufwand	1.118.129	31.753	52.033	44.780	1.157.134	62.806	1.094.328
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>20.882</b>	<b>31.753</b>	<b>6.065</b>	<b>26.425</b>	<b>32.275</b>	<b>62.806</b>	<b>-30.531</b>
21 Finanzerträge	-31.311	0	1.100	0	-30.211		-30.211
22 Zinsen und sonstige Finanzaufw.	20.704	0	0	0	20.704		20.704
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-10.607</b>	<b>0</b>	<b>1.100</b>	<b>0</b>	<b>-9.507</b>	<b>0</b>	<b>-9.507</b>
<b>24 ordentliches Ergebnis</b>	<b>10.275</b>	<b>31.753</b>	<b>7.165</b>	<b>26.425</b>	<b>22.769</b>	<b>62.806</b>	<b>-40.037</b>
25 außerordentliche Erträge	0		0	10	-10		-10
26 außerordentliche Aufwendungen	0		8	1	7		7
<b>27 außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>8</b>	<b>11</b>	<b>-3</b>	<b>0</b>	<b>-3</b>
<b>28 Jahresergebnis</b>	<b>10.275</b>	<b>31.753</b>	<b>7.173</b>	<b>26.435</b>	<b>22.766</b>	<b>62.806</b>	<b>-40.040</b>

Stand: 07.08.2018

Die im fortgeschriebenen Plan enthaltenen Werte sind um die nach 2018 übertragenen Ansätze (Vortrag) zu bereinigen, da diese Mittel dem Haushalt 2017 durch die Übertragung nach 2018 wieder entzogen werden. Die Plandaten wurden mit Datenstand vom 07.08.2018 ausgewertet. Es ist nicht auszuschließen, dass nach diesem Termin noch Budgetumsetzungen erfolgten.

<sup>15</sup> = Haushaltsansatz 2017 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2016 nach 2017 (Vorträge)  
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) 2017 - Haushaltssperren (Sperre) 2017.

<sup>16</sup> = Haushaltsansatz 2017 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2016 nach 2017 (Vorträge)  
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) 2017 - Haushaltssperren (Sperre) 2017  
- Budgetüberleitungen 2017 nach 2018 (Vorträge).

# Jahresabschluss 2017

## 2.5 Ergebnissituation

### 2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre

Position/ Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.568	-14.979	-14.243	-15.523	-15.399
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-37.400	-40.209	-43.881	-46.350	-46.492
Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-17.386	-18.831	-23.157	-29.461	-20.791
Bestandsveränderungen /andere aktivierte Eigenleist.	-1.195	-1.204	-976	-965	-1.161
Steuern und steuerähnliche Erträge	-554.951	-500.187	-547.723	-592.334	-636.327
Erträge aus Transferleistungen	-161.890	-163.759	-170.117	-213.261	-230.753
Erträge aus Zuweisungen / Zuschüssen	-201.708	-194.706	-224.947	-256.938	-266.989
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-16.166	-15.940	-14.192	-13.839	-13.549
sonstige ordentliche Erträge	-33.907	-54.100	-32.439	-48.313	-39.182
<b>ordentliche Erträge</b>	<b>-1.039.171</b>	<b>-1.003.914</b>	<b>-1.071.676</b>	<b>1.216.985</b>	<b>-1.270.643</b>
Personalaufwendungen	204.369	214.231	222.851	232.983	242.462
Versorgungsaufwendungen	45.821	38.562	30.453	45.302	69.178
Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	144.128	152.595	166.908	182.824	166.445
Abschreibungen	62.311	66.883	67.071	57.660	52.476
Zuweisungen, Zuschüsse, bes. Finanzausgaben	108.922	107.698	117.880	116.436	123.408
Steueraufw. u. Aufw. f. gesetzl. Umlageverpflichtungen	115.202	106.074	112.093	129.917	135.432
Transferaufwendungen	332.620	345.792	361.060	401.643	407.218
sonstige ordentliche Aufwendungen	3.468	2.312	522	4.480	640
<b>ordentliche Aufwendungen</b>	<b>1.016.839</b>	<b>1.034.147</b>	<b>1.078.838</b>	<b>1.171.244</b>	<b>1.197.259</b>
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-22.332</b>	<b>30.232</b>	<b>7.162</b>	<b>-45.741</b>	<b>-73.384</b>
Finanzerträge	-35.841	-37.912	-41.871	-29.797	-31.465
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.321	21.537	19.163	16.790	17.974
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-17.521</b>	<b>-16.375</b>	<b>-22.708</b>	<b>-13.007</b>	<b>-13.492</b>
<b>ordentliches Ergebnis</b>	<b>-39.853</b>	<b>13.857</b>	<b>-14.546</b>	<b>-58.748</b>	<b>-86.876</b>
außerordentliche Erträge	-18.343	-5.145	-15.222	-8.026	-16.704
außerordentliche Aufwendungen	30.626	7.695	12.222	11.321	11.360
<b>außerordentliches Ergebnis</b>	<b>12.283</b>	<b>2.550</b>	<b>-3.000</b>	<b>3.294</b>	<b>-5.345</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-27.570</b>	<b>16.407</b>	<b>-18.545</b>	<b>-55.454</b>	<b>-92.221</b>

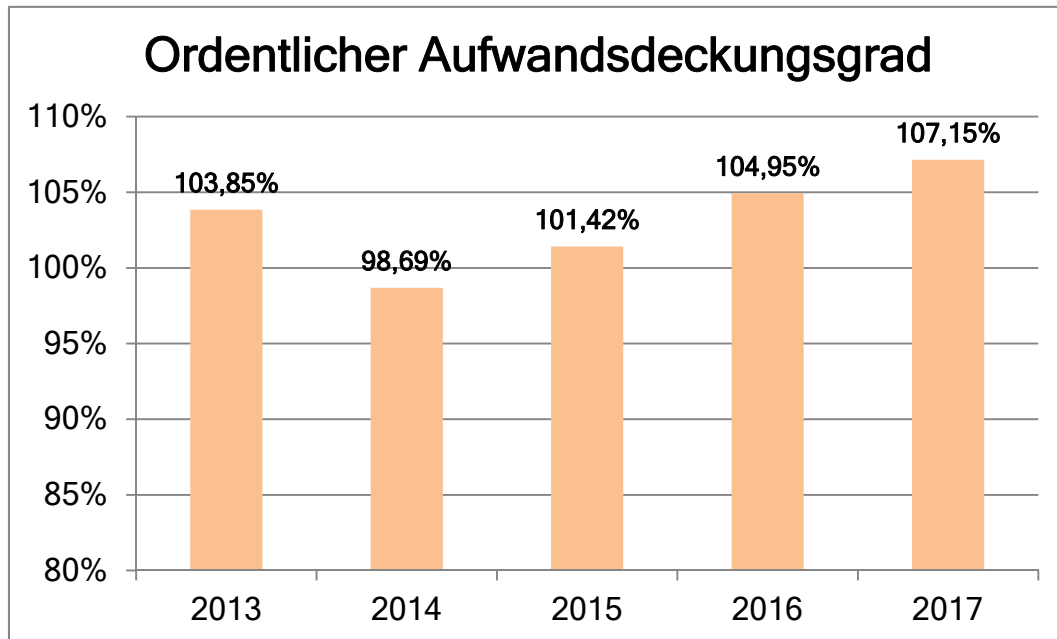
#### Jahresergebnis:

Das Jahresergebnis liegt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 92.221 Tsd. € im dritten Jahr hintereinander im positivem Bereich. Dies bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 36.767 Tsd. €.

## Jahresabschluss 2017

### Ordentliches Ergebnis / Verwaltungsergebnis:

Der Haushaltsausgleich kann mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 86.876 Tsd. € erreicht werden. Insgesamt stiegen die ordentlichen Erträge und Finanzerträge stärker als die ordentlichen Aufwendungen und Finanzaufwendungen. Dabei stiegen die ordentlichen Aufwendungen gegenüber 2016 moderat, aufgrund zweier gegenläufiger Effekte. Zum einen wurden 23.516 Tsd. € mehr Pensionsrückstellungen als im Vorjahr gebildet. Zum anderen fiel im Vorjahr eine Altlastenrückstellung in Höhe von ca. 11.200 Tsd. € an, die zu entsprechend geringeren Sach- und Dienstleistungsaufwendungen im Jahr 2017 führt.

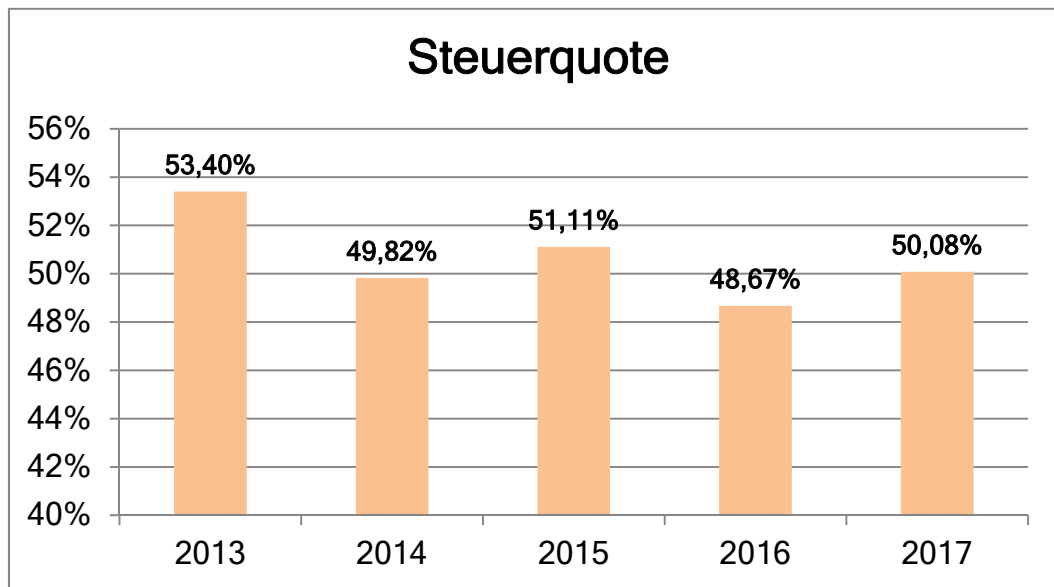


In mehreren Vorjahren seit 2008 war es möglich, Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen wie außerordentlichen Ergebnisses zu bilden, welche die entstandenen Jahresfehlbeträge ausgleichen konnten bzw. können. Während die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses durch eine Entnahme für den Ausgleich des Ergebnisses 2014 um 13.857 Tsd. € sank, füllen die Überschüsse der Jahre 2015, 2016 und 2017 die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses durch entsprechende Zuführungen auf nunmehr 223.602 Tsd. € auf.

## Jahresabschluss 2017

### Ordentliche Erträge:

In der Entwicklung der Ertragssituation spielen die Schwankungen der **Gewerbesteuererträge** eine bedeutende Rolle.



Die Steuerquote ist im Verhältnis zu den übrigen Ertragsarten zu sehen. Da auch die Mittelzuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich zeitverzögert steigt bzw. fällt, schwankt die Kennzahl nicht so stark, wie vielleicht erwartet.

Die **Erträge aus Transferleistungen** erhöhten sich im Vergleich zu 2016 um 17.491 Tsd. €. Dabei verzeichneten hier die Pauschale nach dem Landesaufnahmegesetz<sup>17</sup> für die Unterbringung von Flüchtlingen (Asyl) und SGB II (+11.788 Tsd. €) sowie die Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung Arbeitssuchender (+6.992 Tsd. €) und die Leistungsbeteiligung ALG2 (+5.545 Tsd. €) die größten Anstiege. In der Regel handelt es sich bei den Erträgen aus Transferleistungen um Kostenbeteiligungen des Bundes oder Landes, die gleichzeitig mit entsprechenden höheren Aufwendungen verbunden sind.

Im Bereich **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** zeigen sich die Schwankungen aus den **Schlüsselzuweisungen**, die auch mit der Steuerkraft der Kommunen korrelieren. Bei der Schlüsselzuweisung konnte für dieses Jahr ein Mehrertrag in Höhe von 10.123 Tsd. € verzeichnet werden. Mit sinkender Steuerkraft, steigen - nach dem bis einschließlich 2015 gültigen Finanzausgleichsgesetz<sup>18</sup> - in der Folge auch die Schlüsselzuweisungen. Die vom Land erstatteten Verwaltungskosten für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch<sup>19</sup> zwölftes Buch stiegen um 2.434 Tsd. € gegenüber 2016. Die anderen sonstigen Zuweisungen des Landes sanken um 2.205 Tsd. €.

<sup>17</sup> Im Folgenden LAG

<sup>18</sup> Im Folgenden FAG

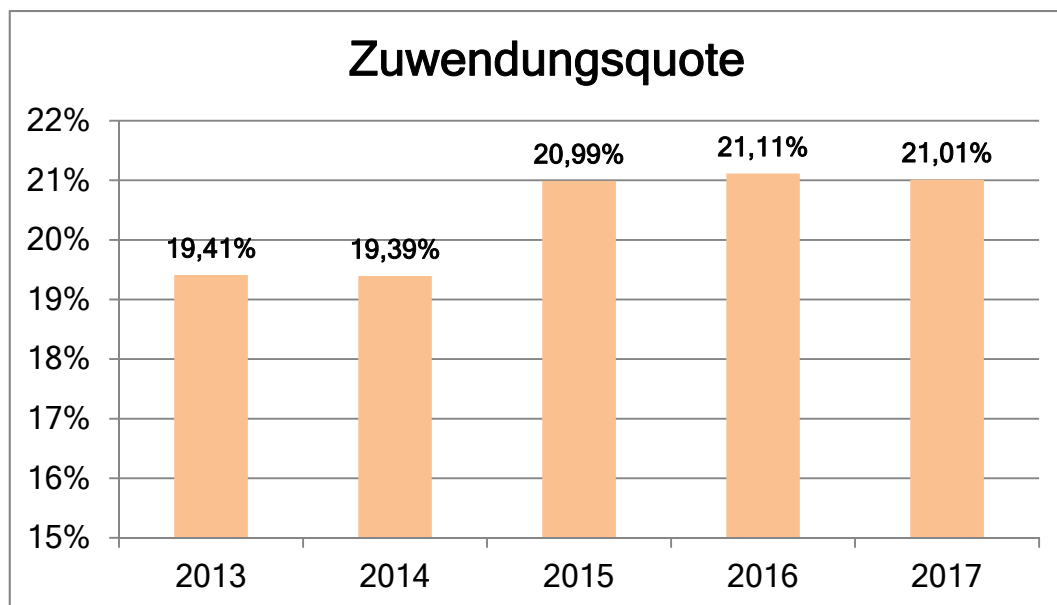
<sup>19</sup> Im Folgenden SGB zuzüglich römischer Ziffer für das jeweilige Buch, in diesem Fall XII für das zwölfte Buch

## Jahresabschluss 2017

Die folgenden besonderen Finanzzuweisungen sind ab 2016 in den Schlüsselzuweisungen enthalten:

- Zuweisungen zu den Ausgaben an Schulen
- Zuweisungen zu den Belastungen aus der örtlichen Sozialhilfe
- Zuweisungen zu den Belastungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Wohngeldweiterleitung)
- Zuweisungen zu den Ausgaben der örtlichen Jugendhilfe
- Pauschalierte Zuweisungen zu den Ausgaben für Investitionen inklusive Schulbaupauschale

Da die Bereiche Steuern, Transferleistungen und Zuweisungen Steigerungen verzeichnen, änderte sich das Verhältnis der Zuwendungen zu den übrigen Erträgen in den vergangenen Jahren nicht wesentlich.



In der Folge bleibt die Zuwendungsquote gegenüber dem Vorjahr fast gleich.

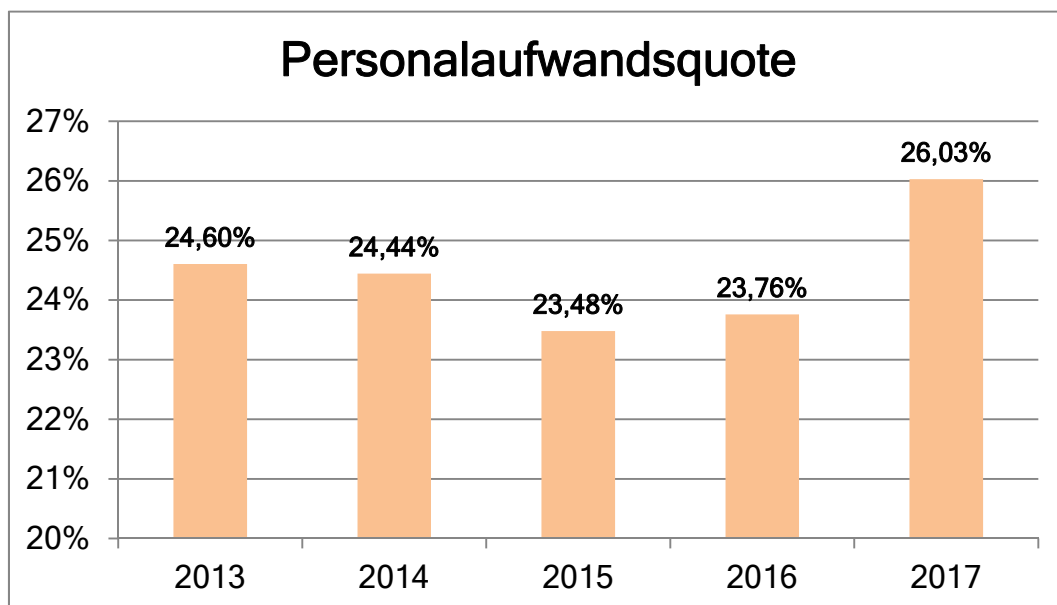
Die Kennzahl wird auch durch die schwankenden Schlüsselzuweisungen beeinflusst (siehe hierzu auch 2.2).

Im Vergleich zum Jahr 2016 ergeben sich geringere **sonstige ordentliche Erträge** (-9.131 Tsd. €), hauptsächlich begründet in den geringeren Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Niederschlagungen (-17.384 Tsd. €). Die Veränderung der Pensionsrückstellungen in 2017, deren Darstellung von einer Saldierung zu einem separaten Ausweis von Zuführung (+ 32.741 Tsd. €) und Auflösung (- 8.563 Tsd. €) umgestellt wurde, trug ebenfalls zum Rückgang bei.

## Jahresabschluss 2017

### Ordentliche Aufwendungen:

Mit einem Anteil von knapp einem Viertel der ordentlichen Aufwendungen und der Finanzaufwendungen fallen die Personalaufwendungen entsprechend der personalintensiven Arbeit eines Dienstleisters deutlich ins Gewicht. Die Personalaufwandsquote bewegt sich auf dem Niveau vergleichbarer Kommunen. Durch die Umstellung der Buchung der Pensionsrückstellungen fallen höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen an (+23.516 Tsd. €). Dies führt zu einer Steigerung der Personalaufwandsquote. Davon ist allerdings die Auflösung von Pensionsrückstellungen (-8.563 Tsd. €) gedanklich abzusetzen. Allerdings entstehen Seitwärtsbewegungen der Kennzahl auch bei gleichzeitig proportionaler Entwicklung der übrigen Aufwendungen. 2015 stiegen die Personalaufwendungen (inklusive Versorgungsaufwendungen) aufgrund einer höheren Zuführung zu den Pensionsrückstellungen, Personalausweitungen und Gehaltssteigerungen, während die Gesamtaufwendungen, auch wegen des Flüchtlingsaufkommens stiegen. Dabei ist ein Anwachsen der Sachaufwendungen zu beobachten. Hauptsächlich ein Sondereffekt (Bildung von Altlastenrückstellungen i. H. v. 11.200 Tsd. €.) führt zu geringeren Sach- und Dienstleistungen (-8,96 %) im Jahr 2017.



Die Entwicklung der Vollzeitäquivalente<sup>20</sup> stellt sich wie folgt dar:

	VZÄ	davon					
		Kinderbetreuung	Schulsozialarbeit	Sozialdienst	SGB II	Flüchtlingswesen	Sonstige
Stand 31.12.16	3.861,48	689,51	108,88	133,60	307,94	52,27	2.569,28
Stand 31.12.17	3.944,15	698,73	114,18	140,44	328,92	57,22	2.604,66
<b>Differenz</b>	<b>82,67</b>	<b>9,22</b>	<b>5,30</b>	<b>6,84</b>	<b>20,98</b>	<b>4,95</b>	<b>35,38</b>

Der Ausbau der Kinderbetreuung führt zu einem Zuwachs von 9 VZÄ. Zur Kinderbetreuung zählen im weiteren Sinn die Schulsozialarbeit (Ausbau Nachmittagsbetreuung) und der Sozialdienst (Verhinderung Kindeswohlgefährdung). Für den Bereich „Leistungen nach dem

<sup>20</sup> Im Folgenden VZÄ.

## Jahresabschluss 2017

---

SGB II“ ist die Finanzierung der Stellen durch die anteilige Kostenübernahme des Bundes zu 84,4% sichergestellt (Optionskommune). Die Personalzuwächse im Flüchtlingswesen sind über die LAG-Pauschalen refinanziert.

In den Bereich „Sonstige“ (+ 35,38 VZÄ) fallen hauptsächlich Stellen bei der Stadtpolizei (+22), sowie 10 Stellen für Auszubildende der Berufsfeuerwehr. Auch feststellbar sind Differenzen, die durch die Stichtagsbetrachtung entstehen.

Im Vergleich zum Vorjahr wuchsen die **Personalaufwendungen** um 9.479 Tsd. € an. Dieser Anstieg resultiert aus dem genannten Beschäftigungsausbau, aber auch aus Tarifsteigerungen.

Im Bereich der Versorgungsaufwendungen ist ein Anstieg um 23.877 Tsd. € (siehe hierzu auch die Ausführungen zur Bilanzposition Rückstellungen) zu verzeichnen. Bei der „Zuführung zu den Pensionsrückstellungen“ mit 23.516 Tsd. €, der „Versorgungslastenteilung“ (+598 Tsd. €) und den „Versorgungsbezügen“ gab es den größten Anstieg. Darin enthalten sind Auflösungen aus Pensions- und Beihilferückstellungen sowie Altersteilzeitverpflichtungen (-9.087 Tsd. €).

Schwankungen weist der Bereich **Versorgungsaufwendungen** immer wieder einmal auf. Die Ursache liegt hauptsächlich in der sich jährlich ändernden Datenbasis zur Bildung der Pensionsrückstellungen. Zu den Gründen zählen beispielsweise Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Änderungen am Pensionseintrittsalter.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen eines Gemeindevergleichs auch der Grad der Auslagerung von kommunalen Aufgaben auf städtische Gesellschaften sowie private Träger. Eine Eigenwahrnehmung der sehr personalintensiven Kinderbetreuung im Gegensatz zu den bezuschussten Kindertagesstätten in freier Trägerschaft würde eine höhere Personalaufwandsquote zur Folge haben, ohne das Leistungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verändern. So stehen z. B. zum 01.03.2017 stadtweit 12.892 Betreuungsplätze in Kindertagesstätten zur Verfügung. Davon wurden 3.887 Plätze in städtischer Trägerschaft vorgehalten. Der größere Teil entfiel auf freie Träger (9.005).

Für die LHW ist zudem zu beachten, dass die kommunale Arbeitsvermittlung SGB II im Optionsmodell mit eigenem Personal erfolgt und somit auf die Kennzahl einwirkt. Die mit der Übernahme der Aufgabe der kommunalen Arbeitsvermittlung verbundenen Personalkosten werden weitgehend durch Kostenerstattungen des Bundes (Transfererträge) gedeckt.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** sanken gegenüber dem Vorjahr in Höhe um ca. 16.380 Tsd. €. Hauptsächlich verantwortlich ist ein Einmaleffekt im Vorjahr, begründet in der Bildung zweier Altlastenrückstellungen (11.200 Tsd. €). Aufgrund der Aufgabe von Erstaufnahmeeinrichtungen fiel der Aufwand dafür weg, z.B. 1.823 Tsd. € Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten für Flüchtlingsheime.

Bei den (planmäßigen<sup>21</sup>) **Abschreibungen**, hier speziell die Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände, ist für das Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 ein Rückgang um 4.484 Tsd. € zu erkennen. Ein größerer Teil erklärt sich aus der Verringerung des Postens „Abschreibung auf Forderungen wegen Restschuldbefreiung“ um 7.273 Tsd. €. Im Vorjahr wurde hier ein höherer Betrag ausgewiesen, der auf die Restschuldbefreiung eines großen Gewerbesteuerschuldners zurückzuführen war. Die Abschreibungen auf Forderungen wegen Erlass stiegen um 2.311 Tsd. €, hauptsächlich aufgrund weniger Einzelfälle aus der Gewerbesteuer.

---

<sup>21</sup> Ein vollständiges Bild der Abschreibungen ergibt sich unter Hinzuziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen im Außerordentlichen Ergebnis.



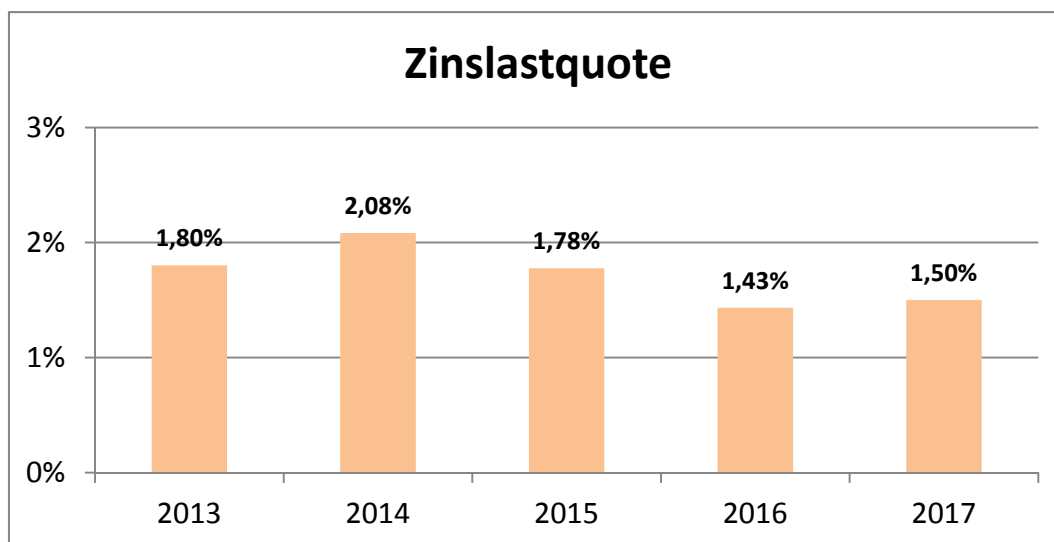
## Jahresabschluss 2017

Die Position **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen** stieg gegenüber dem Vorjahr um 6.972 Tsd. €. Die größte Steigerung zeigt hier die Position „Zuschüsse für lfd. Zwecke sozialer Erstattungen zu Leistungsentgelten“ (Betriebskostenzuschuss an freie Träger von Kindertagesstätten) mit 5.678 Tsd. € aufgrund der Anpassung der Leistungsverträge an die allgemeine Kostenentwicklung. Eine weitere signifikante Änderung ergab sich bei dem Sachkonto „Fallmanagement durch Dritte SGB II“ durch die Eingliederung des Fallmanagements für Jugendliche in die Kernverwaltung. Die Kosten hierfür sind künftig in den Personal- und Sachaufwendungen enthalten.

Im Bereich der **Steueraufwendungen inklusive Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen** sind große Anstiege zu verzeichnen - zum einen bei der Position „Landeswohlfahrtsverband<sup>22</sup> (LWV)-Umlage“ (+4.657 Tsd. €) und zum anderen bei der „Gewerbesteuerumlage“ (+954 Tsd. €).

Den größten Aufwandsposten mit 407.218 Tsd. € bilden weiterhin die **Transferaufwendungen**. Sie haben sich im Vergleich zu 2016 um 5.575 Tsd. € erhöht. Größere Veränderungen ergaben sich bei den Sachkonten „Kosten der Unterkunft (KdU) Asyl dezentral nicht anrechenbar“ (- 15.022 Tsd. €), den „Leistungen für unbegleitete minderjährige Ausländer SGB VIII“ (- 4.987 Tsd. € Tsd. €), ebenso wie das ALG nach SGB II (+ 2.939 Tsd. €) und die KV-Beträge (+ 2.140 Tsd. €). Dem stehen jedoch Erträge aus Transferleistungen gegenüber. Darüber hinaus stiegen die Kosten der Unterkunft SGB II um 3.421 Tsd. €.

Bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** ist ein Sinken der Aufwendungen um 3.839 Tsd. € auf 640 Tsd. € zu erkennen. Dies resultiert hauptsächlich aus den Positionen Körperschafts- und Kapitalertragsteuer, für die im Vorjahr jeweils Rückstellungen gebildet wurden.



### Finanzergebnis:

Das Finanzergebnis stieg gegenüber 2016 um 485 Tsd. €.

Im Bereich der **Finanzerträge** ist ein Anstieg um 1.668 Tsd. € zu verzeichnen. Hauptgrund hierfür ist der Anstieg der von der LH Wiesbaden erhobenen Nachzahlungszinsen (+ 2.179 Tsd. €) aufgrund eines Einzelfalles.

<sup>22</sup> Im Folgenden LWV

## Jahresabschluss 2017

---

Die **Erträge aus Beteiligungen** gingen um 1.100 Tsd. € zurück.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** stiegen gegenüber 2016 um 1.183 Tsd. €. Während die Bankzinsen um 1.953 Tsd. € niedriger ausfielen, verzeichneten die Erstattungszinsen aus Gewerbesteuer ein Anwachsen um 2.740 Tsd. €.

Der größte Rückgang resultiert aus mehreren für die LHW günstigen Umschuldungen und Valutierungen von Forward Darlehen aus den Vorjahren sowie dem niedrigen Zinsniveau. Hierdurch konnte vor allem im Bereich der „Bankzinsen“ eine Reduzierung des Aufwands erreicht werden.

Durch den im Bundesvergleich niedrigen Schuldenstand (mit und ohne Sonderkonjunkturprogramm) und die derzeit günstigen Bedingungen zur Refinanzierung fällt das Verhältnis von Zinsaufwendungen zu den ordentlichen Aufwendungen und Finanzaufwendungen (Zinslastquote) günstig aus. Der Zeitreihenvergleich zeigt einen leicht sinkenden Trend. Auch die schwankenden Erstattungszinsen wirken sich verzerrend auf die Kennzahl aus, während die Entwicklung der Bankzinsen keine Auffälligkeit zeigt.

Insgesamt stellt die Höhe der Zinslastquote derzeit keine relevante Größe als Risikoindikator dar.

### **Außerordentliches Ergebnis:**

Das außerordentliche Ergebnis lag mit einem Überschuss von 5.345 Tsd. € um 8.639 Tsd. € über dem Ergebnis 2016. Dabei stiegen außerordentlichen Erträge (+ 8.678 Tsd. €), während die außerordentlichen Aufwendungen in etwa gleich blieben.

Die Verbesserung der **außerordentlichen Erträge** hat ihre Ursache hauptsächlich in höheren Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken (14.811 Tsd. €), mit einer Steigerung um 8.428 Tsd. €. Daneben stiegen die „sonstigen außerordentlichen Erträge Grundstücksumlegung & Tausch“ (Baulandumlegung) um 1.523 Tsd. €.

Insgesamt ergeben sich bezüglich der **außerordentlichen Aufwendungen** keine signifikanten Abweichungen. Höheren Aufwendungen des Kontos „Aufwendungen aus Verlustübernahme“ (hier des Eigenbetriebs mattiaqua) stehen Ergebnisverbesserungen mehrerer anderer Positionen gegenüber.

Bei den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen wirken sich vor allem die Buchgewinne und Verluste aus Anlagenabgängen (z.B. Grundstücksgeschäfte), sowie die Korrekturen der Wertansätze der Eigenbetriebe nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode aus. Daher weist diese Position naturgemäß stärkere Schwankungen auf.

## Jahresabschluss 2017

### 2.5.2 Die Ergebnislage der LHW im Plan-Ist Vergleich

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	2017			2016		
	akt. Plan <sup>23</sup>	Ist	Differenz	akt. Plan	Ist	Differenz
10 ordentliche Erträge	-1.124.859	-1.270.643	145.784	-1.084.961	-1.216.985	132.024
19 ordentlicher Aufwand	1.125.382	1.197.259	-71.877	1.092.395	1.171.244	-78.849
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>523</b>	<b>-73.384</b>	<b>73.906</b>	<b>7.434</b>	<b>-45.742</b>	<b>53.176</b>
21 Finanzerträge	-30.211	-31.465	1.254	-30.598	-29.797	-801
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.704	17.974	2.731	19.417	16.790	2.627
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-9.507</b>	<b>-13.492</b>	<b>3.985</b>	<b>-11.181</b>	<b>-13.007</b>	<b>1.826</b>
<b>24 ordentliches Ergebnis</b>	<b>-8.984</b>	<b>-86.876</b>	<b>77.892</b>	<b>-3.747</b>	<b>-58.749</b>	<b>55.001</b>
25 außerordentliche Erträge	-10	-16.704	16.694	-31	-8.026	7.995
26 außerordentliche Aufwendungen	7	11.360	11.352	9	11.321	-11.312
<b>27 außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-3</b>	<b>-5.345</b>	<b>5.342</b>	<b>-23</b>	<b>3.294</b>	<b>-3.317</b>
<b>28 Jahresergebnis</b>	<b>-8.987</b>	<b>-92.221</b>	<b>83.234</b>	<b>-3.770</b>	<b>-55.454</b>	<b>51.684</b>

Stand: 09.08.2018

Das Haushaltsjahr 2017 schloss mit einem Überschuss von 92.221 Tsd. € ab.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsplan von 2017, der einen Überschuss in Höhe von 8.987 Tsd. € vorsah, ergab sich eine Verbesserung in Höhe von 83.234 Tsd. €.

Die positive Abweichung des Jahresergebnisses gegenüber dem Wert des Haushaltsplanes (ohne übertragene Budgetreste, 83.234 Tsd. €) basiert insbesondere auf Mehrerträgen aus der Gewerbesteuer und einer höheren Schlüsselzuweisung, sowie höheren Erträgen aus Transferleistungen

Sowohl die ordentlichen Erträge (+ 145.784 Tsd. €), als auch die ordentlichen Aufwendungen (+ 71.877 Tsd. €) weisen Überschreitungen gegenüber dem Planwert auf.

Der Personalaufwand inklusive Versorgung überschritt den Planansatz um 27.663 Tsd. €.

Im Bereich Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist eine Steigerung um 6.238 Tsd. € zu verzeichnen.

Die Abschreibungen weisen eine positive Abweichung in Höhe von 6.077 Tsd. € aus, hauptsächlich verursacht durch geringere Abschreibungen auf Forderungen (- 9.250 Tsd. €). Dabei blieben die Abschreibungen Sachanlagen 3.804 Tsd. € über, die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände 631 Tsd. € unter den Planwerten.

Bei der Position „Zuweisungen, Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen“ ist eine Überschreitung gegenüber dem Plan in Höhe von 369 Tsd. € feststellbar. Was bei einem Volumen bei dieser Position in Höhe von 123.039 Tsd. € (Planwert) wenig ins Gewicht fällt.

<sup>23</sup> Zum aktualisierten Planwert zählen der Ansatz, über- und außerplanmäßige Zusetzungen abzüglich Sperren.

## Jahresabschluss 2017

---

Die Transferaufwendungen weichen um 32.081 Tsd. € vom Plan ab. Dabei erstrecken sich die Abweichungen über eine Vielzahl von Positionen, insbesondere solche, die Leistungen an Asylbewerber und unbegleitete minderjährige Asylsuchende betreffen.

Das gegenüber der Planung positivere Finanzergebnis in Höhe von 3.985 Tsd. € ergibt sich hauptsächlich aus geringeren Bankzinsen (- 7.326 Tsd. €).

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen werden aufgrund ihres Charakters nicht geplant. Weitere Ausführungen zum außerordentlichen Ergebnis sind dem Kapitel Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre zu entnehmen.

### 2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen und Aufgabenschwerpunkte

Das folgende Kapitel widmet sich den Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf die Teilergebnishaushalte der Dezernate im Haushaltsjahr. Hierbei ist zu beachten, dass die Planzahlen die fortgeschriebenen Haushaltsansätze betreffen (Datenstand: Juni 2018).

Aufgrund von organisatorischen Änderungen in verschiedenen Dezernaten, die teilweise unterjährig erfolgten, wird nachfolgend in einer Struktur berichtet, die aus Gründen der Datenintegrität noch die alte Aufbauorganisation im System (bis 31.12.2017) zeigt.

Die Tabellen für die wichtigen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden aus dem Investitionscontrolling der LHW generiert<sup>24</sup> und auf den Stand nach Buchungsende aktualisiert.

Gemäß Ziff. 3 zu § 38 der Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung<sup>25</sup> sind die Auflösungen der Sonderposten, deren Zuschusszweck ausschließlich dazu bestimmt war, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte auf die entsprechenden Kostenstellen im Fachbereich. Zum Jahresabschluss wurden die Beträge mit Ausweis in der gleichen Berichtszeile in den Bereich allgemeine Finanzwirtschaft umgebucht.

Die Berichte der Dezernate wurden von unterschiedlichen Autorinnen und Autoren verfasst. Eine redaktionelle Anpassung erfolgte nur dort, wo der Aussagegehalt des Jahresabschlusses dies erforderlich machte.

---

<sup>24</sup> Die Auswahl der Maßnahmen erfolgte durch Benennung seitens Dezernate, basierend auf den Daten des Investitionscontrollings, im Rahmen der Beiträge der Dezernate zum Rechenschaftsbericht.

<sup>25</sup> Im Folgenden GemHVO.

## Jahresabschluss 2017

### 2.6.1 Dezernat I

Hauptamt (10), Personal- und Organisationsamt (11), Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik (12), Revisionsamt (14), Amt der Stadtverordnetenversammlung (16), Feuerwehr (37), Sportamt (52)

#### Umorganisationen im Jahr 2017

Zum 01.04.2017 wurde das Personal- und Organisationsamt von Dezernat III in das Dezernat I übernommen. Im Jahr 2017 war Dezernat I inhaltlich und finanziell für den Gestaltungs- und Denkmalbeirat zuständig. Dieses Gremium berät über private und städtische Bauvorhaben, Konzepte und Planungen, die für die Erhaltung und Gestaltung des Stadtbildes Wiesbaden von Bedeutung sind.

#### Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2017

Zu den Handlungsfeldern des Dezernates zählen:

- der Betrieb von Bürgerhäusern
- die Sicherstellung von Dienstleistungen in den Ortsverwaltungen
- die Durchführung von protokollarisch wichtigen Veranstaltungen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- die Sportförderung in Form von Bezuschussung von sportlichen Veranstaltungen sowie Gewährung von Zuschüssen für vereinseigene Sportanlagen
- der Betrieb von Sporthallen und Sportanlagen
- die Gewährleistung eines funktionierenden Feuerwehrwesens
- der Aufbau der Online-Plattform für Bürgerbeteiligung und die Durchführung von Bürgerbeteiligungsprozessen auf Basis der Leitlinien für Bürgerbeteiligung
- die Einarbeitung in die Themenfelder des Personal- und Organisationsamtes und die Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem neuen Amt

#### Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2017?

Die Hauptzielbereiche lagen in

- der kontinuierlichen Verbesserung der Bausubstanz im Bereich der Bürgerhäuser und Sportanlagen,
- der Umsetzung der Leitlinie für Bürgerbeteiligung,
- der Umsetzung der Leitlinie in verschiedenen Bürgerbeteiligungsprozessen (z.B. Nutzung des Grundstückes Wilhelmstraße 1) und
- dem Beschluss des Bäderkonzepts mit dessen Finanzierung (Haushalt 2018/2019).

#### Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Die oben genannten Ziele konnten in 2017 umgesetzt werden.

Beschlossene Baumaßnahmen lassen sich nur mit teils großen zeitlichen Verzögerungen umsetzen.

Die Einführung der Bürgerbeteiligung erfordert die Implementierung neuer Prozesse auch in den Ämtern. Dies wird mit verwaltungsinternen Maßnahmen begleitet.

Die Planungen bezüglich des Bäderkonzepts laufen.

## Jahresabschluss 2017

### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2017

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Plan 2017	Ergebnis 2017
10 Summe der ordentlichen Erträge	-19.935	-9.449	-10.588
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	99.476	89.639	92.188
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>79.541</b>	<b>80.190</b>	<b>81.600</b>
21 Finanzerträge	0	0	-3
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	0	3
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>79.547</b>	<b>80.190</b>	<b>81.600</b>
25 Außerordentliche Erträge	-42	-9	-368
26 Außerordentliche Aufwendungen	596	4	202
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>554</b>	<b>-6</b>	<b>-167</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>80.101</b>	<b>80.184</b>	<b>81.434</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-26.576	-27.593	-29.000
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>53.524</b>	<b>52.591</b>	<b>52.434</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 13.08.2018)

#### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Im Jahr 2017 konnten Mehrerträge in Höhe von 1.139 Tsd. € erwirtschaftet werden. Sie wurden im Wesentlichen im Bereich der Rettungsdienstgebühren erwirtschaftet. Der sehr starke Rückgang (-9.347 Tsd. €) gegenüber dem Ergebnis 2016 erklärt sich durch den Wegfall der Kostenerstattung des Landes für den Betrieb der Notunterkünfte für Flüchtlinge.

#### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Analog zum Rückgang der Kostenerstattung des Landes für den Betrieb der Notunterkünfte für Flüchtlinge, sind in diesem Bereich auch die Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen.

Die Abweichung im Bereich der ordentlichen Aufwendungen beträgt insgesamt 2.549 Tsd. €. Hier sind vor allem Steigerungen bei den Versorgungsaufwendungen (+ 2.090 Tsd. €) zu verzeichnen, zudem sind die Abschreibungen (+ 760 Tsd. €) aufgrund von zeitlich verzögerten Aktivierungen gestiegen.

#### Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Durch den Verkauf der Sporthalle Mainz-Kostheim sowie der Liegenschaft Ortsverwaltung Medenbach konnten die außerordentlichen Erträge im Vergleich zu 2016 um 326 Tsd. € gesteigert werden.

#### Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Insgesamt liegt das ordentliche Ergebnis nur um 1,76 % über dem fortgeschriebenen Plan 2017 und ist damit für das gesamte Dezernat ein zufriedenstellendes Ergebnis.

## Jahresabschluss 2017

### Wichtige Investitionsmaßnahmen des Dezernats I (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2016	Istausgaben 2017	Noch verfügbar / Rest 2017
I.02985	10 Bürgerhaus Medenbach Neubau	4.936	1.880	1.994	1.065
Das Bürgerhaus Medenbach ist fertiggestellt und wurde Anfang 2018 eingeweiht.					
I.03547	10 Haus der Vereine Dotzheim Neubau	5.925	3.615	1.734	546
Das Haus der Vereine Dotzheim ist fertiggestellt und wurde im April 2017 eingeweiht.					
I.04475	52 Neubau Kunstrasen Kombinierte Anlage Biebrich	1.000	56	721	223
Der Neubau erfolgte in 2017 und ist abgeschlossen					

### Ausblick auf das Haushaltsjahr 2018

Wichtige Instandhaltungsmaßnahmen / geplante Generalsanierungen im Bereich der Bürgerhäuser und Sporthallen verzögern sich aktuell aufgrund der langen Vergabelaufzeiten.

Die Stabsstelle „Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung“ wirbt weiterhin um die Akzeptanz in den Ämtern für Bürgerbeteiligungsverfahren.

### Chancen und Risiken

Bürgerbeteiligung bietet Chancen und Risiken zugleich: Politik wird für die Bürgerinnen und Bürger transparenter und mitgestaltbar; gleichzeitig lebt die Bürgerbeteiligung von der Akzeptanz innerhalb der Stadtverwaltung und Politik.

Die Durchführung von Baumaßnahmen ist weiterhin stark abhängig von der Leistungsfähigkeit des Hochbauamtes. Auch die aktuellen Vergabebestimmungen führen zu einer extremen zeitlichen Verzögerung.

## Jahresabschluss 2017

### 2.6.2 Dezernat II

Kassen- und Steueramt (21), Rechtsamt (30), Ordnungsamt (31), Bürgeramt (34), Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz (39), Grünflächenamt (67)

#### Umorganisationen im Jahr 2017

Änderung der Dezernatsbezeichnung von Dezernat VII (Dezernat für Ordnung und Gesundheit) zu Dezernat II (Dezernat des Bürgermeisters) zum 01.07.2017

Organisationsänderungen zum 01.04.2017:

Abgabe des Kassen- und Steueramtes (21) an Dezernat VI  
Abgabe des Grünflächenamtes (67) an das neu gegründete Dezernat V  
Übernahme des Rechtsamtes (30) von Dezernat VII

Organisationsänderungen zum 09.05.2017:

Abgabe des Bürgeramtes (34) an Dezernat V

#### Umorganisationen innerhalb einzelner Ämter:

Im Bereich des Rechtsamtes:

- Integration des Bereichs Wahlen
- Vorbereitung der Neuordnung aller Arbeitsbereiche mit Ausnahme des Justizariats

Im Bereich des Ordnungsamtes:

- Trennung / Neustrukturierung der Ämter 31 Ordnungsamt und 34 Bürgeramt zu 31 Ordnungsamt und 34 Straßenverkehrsamt mit Ausgliederung der Abteilung Verkehrsüberwachung
- Integration der Abteilungen 3104 Einwohnerwesen und Verbraucherschutz, 3105 Standesamt und 3105 Fahrerlaubnis- und Zulassungsstelle aus dem Bürgeramt (34)
- Abgabe des Bereichs Wahlen an das Rechtsamt (30)

Im Bereich des Amtes für Veterinärwesen und Verbraucherschutz

- Übernahme der Federführung der Bürger- und Presseanfragen zu den Themengebieten „Nilgänse“ und „Stadttauben“

#### Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2017

##### *Rechtsamt*

- Die rechtliche Begleitung rund um das RheinMain CongressCenter.
- Der Abschluss einer Interimsversicherung für das RheinMain CongressCenter.
- Die Mitarbeit im Projekt zur Implementierung des Europäischen Beihilferechts in der Kernverwaltung

##### *Ordnungsamt*

- Der Umzug der Stadtpolizei verbunden mit umfangreichen Vergabeverfahren.
- Die Neuorganisation der Stadtpolizei, Schwerpunkt hier war das Herauslösen der Verkehrsüberwachung.
- Die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes, inklusive neuer Stellenbeschreibungen, Personalgewinnung und Schulung der Mitarbeitenden.
- Der Start der Projekte Fahrradstaffel, Sichere Innenstadt und Anlagenkontrollen sowie Schulhöfe und Kinderspielplätze.



## Jahresabschluss 2017

- Die Entwicklung eines Sperrkonzeptes gegen Amokfahrten.
- Die Optimierung des Sicherheitskonzeptes bei Veranstaltungen.
- Die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Bundestagswahl.
- Die Verlagerung der Gewerbemeldestelle in die Innenstadt.
- Der Vorgang „Anmelden Eheschließung“ wurde optimiert.
- Durch einzelne Präventionsaktionen konnte die Öffentlichkeitsarbeit gesteigert werden.

### *Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz*

- Die Vermeidung / Bekämpfung von Tierseuchen und Virenerkrankungen

### Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2017?

Die Hauptzielbereiche lagen in der Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben und Kontrollen, der Einarbeitung in neue Rechtsgebiete, die Optimierung von neuen Sicherheitskonzepten und die Umsetzung von Organisationsverfügungen inklusive Neustrukturierungen von Abteilungen und Verlagerung von Abteilungen in andere Standorte.

Die verfolgten Ziele konnten in 2017 überwiegend umgesetzt und erreicht werden.

### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2017

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Plan 2017	Ergebnis 2017
10 Summe der ordentlichen Erträge	-11.544	-10.318	-10.559
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	33.172	34.491	33.404
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>21.628</b>	<b>24.173</b>	<b>22.846</b>
21 Finanzerträge	-1.100	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-1.100</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>20.528</b>	<b>24.173</b>	<b>22.846</b>
25 Außerordentliche Erträge	0	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	1
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>20.528</b>	<b>24.173</b>	<b>22.846</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	1.598	2.033	4.946
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>22.126</b>	<b>26.207</b>	<b>27.792</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 06.06.2018)

### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Im Bereich der ordentlichen Erträge konnten Mehrerträge in Höhe von 241 Tsd. € erwirtschaftet werden. Diese resultieren aus öffentlich-rechtlichen Verwaltungsgebühren des Ordnungsamtes im Bereich der gewerberechtlichen Genehmigungen und der Zulassungsstelle.

### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Der ordentliche Aufwand wurde um 1.087 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan unterschritten. Einsparungen in Höhe von 487 Tsd. € konnten im Bereich der Sach- und Dienstleistungen erzielt werden. 600 Tsd. € aus zusätzlich bereitgestellten Haushaltsmitteln im Rahmen der Kooperationsvereinbarung konnten in 2017 nicht verausgabt werden. Die Mittel werden in 2018 kassenwirksam.

## Jahresabschluss 2017

### Analyse Jahresergebnis /Fazit 2017

Dezernat II konnte das Haushaltsjahr 2017 insgesamt mit einer positiven Abweichung i. H. v. 1.585 Tsd. € abschließen, was im Verhältnis zum fortgeschriebenen Plan einem Überschuss von 6,4 % entspricht. Insgesamt betrachtet kann anhand der hier ausgewerteten Teilergebnisrechnung gesagt werden, dass für das Dezernat II ein realistischer Haushalt für das Jahr 2017 geplant wurde und ein ordnungsgemäßer Budgetvollzug stattgefunden hat.

### Wichtige Investitionsmaßnahmen des Dezernats II (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2016	Istausgaben 2017	Noch verfügbar / Rest 2017
I.01844	92 Beschaffung für Sicherheitsprojekte	2.216	554	98	1.494
Darin enthalten die Zusetzungen der Kooperationsvereinbarung 2017					
Bezeichnung	Höhe der Zusetzung	Istausgaben 2017	Noch verfügbar / Rest 2017		
Ausbau / Ertüchtigung Videoüberwachung	800	0	800		
Verbesserung Sachausstattung Ordnungsamt	322	3	319		
Sonderschutzmaßnahmen für Veranstaltungen	250	91	159		
Umzug Stadtpolizei	170	4	166		

## Jahresabschluss 2017

---

### 2.6.3 Dezernat III

Gesundheitsamt (53) und Amt für Wirtschaft und Liegenschaften (80)

#### **Umorganisationen im Jahr 2017:**

Zum 01.04.2017 wurde die Zuständigkeit für das Personal- und Organisationsamt von Dezernat III an das Dezernat I übergeben. Ebenfalls zum 01.04.2017 ist das Gesundheitsamt Dezernat III zugeordnet worden.

#### **Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2017**

Das Dezernat für Wirtschaft unterstützt und steuert die Ämter und den Eigenbetrieb TriWiCon bei ihrer Aufgabenerfüllung. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erfüllen die Fachbereiche die Tagesgeschäfte optimal und wenn möglich, schaffen sie Freiraum für Projekte und zusätzliche Aufgaben.

Das Gesundheitsamt nimmt die Aufgaben nach dem hessischen Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst in der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Infektionskrankheiten, der Prävention und Gesundheitsförderung wahr. Überwachung der Kindergesundheit, amtsärztliche Untersuchungen, sozialpsychiatrische Versorgung, gesundheitliche Beratung, die hygienische Überwachung von Einrichtungen auch für Wasser und eine Reihe öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen, wie u. a. die Hessischen Gesundheitstage, Patiententage Wiesbaden und die Reihe „Verständliche Medizin“ im Rathaus, sowie die Umsetzung politischer Aufträge, gehören zu den Aufgaben.

Das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften verwaltet das städtische Grundvermögen. Zu den sich daraus ergebenden Aufgaben zählen unter anderem die Flächen- und Projektentwicklung, die Vermietung und Verpachtung von städtischen Flächen sowie die Vergabe und Verwaltung von Erbbaurechten. Als weitere Aufgaben fallen das kommunale Beschaffungs- und Vergabewesen und die Aufgaben um die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung an.

#### **Welche Ziele verfolgten die Ämter des Dezernats im Jahr 2017?**

Die wesentlichen Ziele des Gesundheitsamtes sind die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Aufgabenerfüllung (Quantität und Qualität gestiegen) trotz erheblicher Personalvakanz, sowie die Umsetzung von politischen Aufträgen. Ein Hauptaugenmerk lag auf der Gewinnung neuen Personals für bereits vorhandene vakante Stellen.

Die wesentlichen Ziele des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften, insbesondere im Bereich der Hauptabteilung Liegenschaften, lagen neben dem Tagesgeschäft (Betreuung des städtischen Grundvermögens und wirtschaftliche Vermietung und Verpachtung von Immobilien) schwerpunktmäßig auf der Realisierung laufender Projekte z.B. bei der Wohnbauflächenentwicklung und -vermarktung, der Vermarktung von Immobilien sowie von Gewerbeflächen im Zusammenhang mit Unternehmensan- und umsiedlungen. Zusätzlich wurde in Kooperation mit den Ämtern 66 und 67 das Ziel zur Einführung einer neuen Software auf gemeinsamer Programm- und Datenbasis zur Abbildung und Betreuung der städtischen Liegenschaften, jeweils fachspezifisch angepasst, weiter verfolgt.

In der Hauptabteilung Vergabe und Beschaffung war das Jahr 2017 im Bereich der Zentralen Verdingungsstelle geprägt durch eine Vielzahl von Ausschreibungen für neue Bauprojekte insbesondere im Hochbaubereich. Aufgrund ihrer hohen Auftragsvolumina mussten diese vorwiegend EU-weit ausgeschrieben werden. Leider hat sich im Bereich der Bauleistungen die elektronische Angebotsabgabe bei den Unternehmen noch nicht durchgesetzt, sodass eine Vielzahl von Papierangeboten zu bearbeiten waren. Da mehrere Projekte parallel zu bearbeiten

## Jahresabschluss 2017

---

waren, bedeutete dies für die Zentrale Verdingungsstelle einen sehr hohen quantitativen Aufwand, der aber mit großen Anstrengungen gemeistert werden konnte. Daneben war aber auch ein hoher qualitativer Standard gefordert, da EU-Vergaben besonderen Verfahrensanforderungen unterliegen.

Die elektronischen Vergabeprozesse haben sich gut etabliert, sodass bestimmte Arbeitsschritte dezentralisiert werden konnten, was zu einer schnelleren Abwicklung der Vergabeverfahren führt.

Im Bereich der zentralen Beschaffung konnten im Jahr 2017 durch die Referenzeinkaufsorganisation zwei neue Rahmenverträge für Dienst- und Schutzkleidung sowie für die Schädlingsbekämpfung konzipiert, ausgeschrieben und abgeschlossen werden. Für einen ebenfalls neuen Rahmenvertrag „Sicherheitsschuhe“ wurden die konzeptionellen Vorarbeiten durchgeführt, damit dieser im Jahr 2018 ausgeschrieben werden kann.

Nachdem der Magistrat im Jahr 2016 beschlossen hatte, das Beschaffungscontrolling auf einen Zweijahresrhythmus umzustellen, wurden in 2017 die vorbereitenden Arbeiten zur Umstellung vorgenommen, damit das Beschaffungscontrolling in 2018 wie gewohnt mit den Ämtern durchgeführt werden kann.

In der Hauptabteilung Wirtschaft und Beschäftigung wurden die Bereiche Wirtschaftsförderung und Beschäftigungsförderung zusammengeführt.

Die Wirtschaftsförderung als zentrale Anlaufstelle bei der Stadtverwaltung für Unternehmen pflegt enge Kontakte zur Wiesbadener Wirtschaft (sog. Bestandspflege), begleitet die Neu- oder Umsiedlung von Unternehmen innerhalb des Stadtgebietes und organisiert Netzwerkveranstaltungen.

Zu den Hauptaufgaben der Beschäftigungsförderung zählen die Initiierung und Durchführung von Projekten zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt. Daneben erhalten Jugendliche Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Für Existenzgründer und Startups gibt es durch das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften veranlasste und (teil-)finanzierte Angebote zur Beratung und Netzwerkarbeit.

### **Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?**

Die Fachbereiche erledigten die Tagesgeschäfte in der bekannt hohen Qualität für die Gremien und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Beim Gesundheitsamt konnten, durch geschickte Priorisierung und Einsetzen von Aushilfskräften, die gesetzlichen Aufgaben zum größten Teil erfüllt werden. Die Gewinnung neuen Personals für bereits vorhandene vakante Stellen konnte nur zu einem Teil umgesetzt werden.

Im Bereich der Liegenschaften wurde die Sanierung des Turms auf dem Schläferskopf planmäßig und innerhalb des Kostenrahmens abgeschlossen. Zur Ermöglichung der öffentlichen Begehrbarkeit wurde mit der Gaststättenbetreiberin eine Vereinbarung geschlossen.

Im Rahmen der gezielten Flächenbevorratung konnten weitere Flächen erworben werden. In den neuen Wohnbaugebieten Hainweg, Eichen und Wolfsfeld Nord wurden die Bebauungspläne und Umsetzung der Entwicklungen vorangetrieben.

## Jahresabschluss 2017

Der Neubau des Parkhauses Coulinstraße konnte nahezu abgeschlossen werden. Ende April 2018 nahm das Parkhaus den Betrieb auf.

Die Zentrale Verdingungsstelle hat ihre Aufgaben in den Vergabeprozessen termingerecht erfüllt, sodass es verfahrensbedingt zu keinen Verzögerungen bei Baumaßnahmen oder sonstigen Vergaben gekommen ist.

Bei den durchgeführten EU-Vergabeverfahren kam es auch zu keinen vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren, was ein Indiz für den hohen Stand der Arbeitsqualität der zentralen Verdingungsstelle ist.

Mit 91 elektronisch durchgeführten öffentlichen Ausschreibungen, wurde in 2017 ein erneuter Höchststand erreicht.

Die Referenzeinkaufsorganisation arbeitete bei der Vorbereitung der neuen Rahmenverträge intensiv mit anderen städtischen Dienststellen zusammen und konnte die gesetzten Ziele erfüllen. Ein neuer Rahmenvertrag „Dienst- und Schutzkleidung“ wurde erfolgreich abgeschlossen. Insgesamt konnten die Ziele der Referenzeinkaufsorganisation umfangreich erfüllt werden.

In der Hauptabteilung Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung wurden verschiedene Netzwerk-Veranstaltungen für Unternehmen durchgeführt, u.a. zum Beispiel die Veranstaltungsreihe Wiesbadener Wirtschaftsdialog. Der Wirtschaftsstandort Wiesbaden wurde u. a. mit der Teilnahme an der Immobilienmesse EXPO REAL (gemeinsam mit Unternehmen) präsentiert. Diverse Beschäftigungsprojekte (Maßnahmen zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt) konnten verlängert werden. Im Geschäftsfeld „Übergang Schule - Beruf“ ist einer der wesentlichen Arbeitsschwerpunkte das JobNavi, eine Beratungsstelle für Jugendliche auf der Suche nach Praktikum und Ausbildung bzw. beruflicher Orientierung.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Plan 2017	Ergebnis 2017
10 Summe der ordentlichen Erträge	-11.047	-9.489	-10.575
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	21.249	19.374	21.544
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>10.202</b>	<b>9.886</b>	<b>10.969</b>
21 Finanzerträge	-10	-5	-10
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65	6	-10
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>55</b>	<b>1</b>	<b>-20</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>10.257</b>	<b>9.887</b>	<b>10.950</b>
25 Außerordentliche Erträge	-5.410	0	-12.183
26 Außerordentliche Aufwendungen	349	0	459
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-5.060</b>	<b>0</b>	<b>-11.725</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>5.197</b>	<b>9.887</b>	<b>-775</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	52	405	361
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>5.145</b>	<b>10.292</b>	<b>-1.136</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 13.08.2018)

### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Mehrerträge ergaben sich beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften durch Steigerungen bei den Verpachtungen (+ 292 Tsd. €), sowie Mehreinnahmen im Bereich der Vermietung von Gebäuden und Räumen (+ 305 Tsd. €).

Beim Gesundheitsamt konnten höhere Zuschüsse bzw. Landesmittel (+ 81 Tsd. €) sowie höhere Privatrechtliche Leistungsentgelte (+ 98 Tsd. €) verzeichnet werden.

## Jahresabschluss 2017

### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Gegenüber dem fortgeschriebenen Planwert kann eine Überschreitung in Höhe von 2.170 Tsd. € festgestellt werden.

Bei dem Betrieb gewerblicher Art<sup>26</sup> „Parkplätze“ ist die Betriebsprüfung noch nicht abgeschlossen. Um evtl. Steuernachzahlungen weitgehend aufzufangen, wurden die in 2016 gebildeten Rückstellungen um weitere 272 Tsd. € erhöht.

Unter Berücksichtigung der in diesem Betrag nicht enthaltenen Übertragungen von Haushaltsresten, ergibt sich jedoch ein ausgeglichenes Bild.

### Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Durch die Veräußerung von Flächen bzw. Grundstücken konnten außerordentliche Erträge in Höhe von 12.107 Tsd. € erzielt werden. Dabei stellt das Parkhaus der Rhein-Main-Halle den größten Posten dar.

### Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Insgesamt ist eine positive Abweichung in Höhe von 11.428 Tsd. € festzustellen. Die Ursache liegt hauptsächlich in den oben erwähnten Grundstücksverkaufserlösen.

### Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats III (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2016	Istausgaben 2017	Noch verfügbar / Rest 2017
I.04446	Sanierung Gaststätte Burg Sonnenberg	474	8	21	445
Sanierung der Gaststätte Burg Sonnenberg					

### Chancen und Risiken

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften ist die Betriebsprüfung für den BgA „Parkplätze“ noch nicht abgeschlossen. Die Höhe der steuerlichen Nachzahlungen steht erst mit dem Ergebnis der Betriebsprüfung fest. Derzeit kann die Höhe der steuerlichen Nachzahlung nur geschätzt werden.

Die Personalgewinnung beim Gesundheitsamt gestaltet sich schwierig. Aufgrund des gestiegenen Aufgabenpensums und den damit verbundenen Belastungen könnte dies Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des Gesundheitsamtes mit sich bringen.

<sup>26</sup> Im Folgenden BgA

## Jahresabschluss 2017

### 2.6.4 Dezernat IV

Stadtplanungsamt (61), Bauaufsichtsamt (63), Hochbauamt (64), Tiefbau- und Vermessungsamt (66)

#### Umorganisation im Jahr 2017:

Mit der Änderung des Dezernatsverteilungsplans zum 01.04.2017 wurde das Tiefbau- und Vermessungsamt dem Dezernat V zugeordnet.

#### Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder

Neben den klassischen Tätigkeiten im Hoch- und Tiefbau mit direktem Einfluss auf das Vermögen der LHW, erstrecken sich die Handlungsfelder vielfach auf Planungen und Rahmensetzungen im Bauplanungs- und Bauordnungsbereich, die generell das Leben in der Gemeinde in vielfältiger Weise gestalten und beeinflussen.

#### Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2017

- die Entwicklung von Wohnbauland,
- die Erstellung des WISEK (Wiesbadener integriertes Stadtentwicklungskonzept mit Flächennutzungs- und Verkehrsentwicklungsplan),
- die Durchführung von Bauleit- und Baugenehmigungsverfahren für große und bedeutende Vorhaben,
- die Gewährleistung wohnortnaher Versorgung in den Stadtteilen,
- die Implementierung der sozialen Bodenordnung,
- Neubau, Sanierung, Bauunterhaltung, Wartung und Reinigung der städtischen Gebäude,
- die Schaffung von Baurecht für den Neubau der HELIOS Dr. Horst-Schmidt-Kliniken,
- die Fortführung der Einführung eines IT-Verfahrens für den Gebäudebetrieb (Auftragsvergabe/ Computer Aided Facility Management<sup>27</sup>),
- der Ausbau eines effizienten Energiemanagements und die Umsetzung erster Maßnahmen, hier die Umrüstung aller städtischen Liegenschaften auf LED (LED-City)
- die Fortführung des Entwicklungs- und Handlungskonzepts für den Stadtumbau Mainz-Kastel/Kostheim,
- Personalentwicklung, Neuorganisation und Optimierung amtsinterner Strukturen innerhalb des Dezernates IV

#### Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

- Die Vorbereitungen zur Einführung des IT-Verfahrens für den Gebäudebetrieb CAFM konnten abgeschlossen werden.
- Aus den vom Energiemanagement des Hochbauamtes eingeleiteten Maßnahmen zur Optimierung des Energieverbrauches konnte in 2017 ein Anstieg der Energiekosten im Wert von 1,6 Mio. € vermieden werden.
- Das Projekt WISEK befindet sich in der Abschlussphase und wird 2018 abgeschlossen.

---

<sup>27</sup> Im Folgenden CAFM

## Jahresabschluss 2017

### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2017

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Plan 2017	Ergebnis 2017
10 Summe der ordentlichen Erträge	-7.430	-5.790	-5.949
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	19.799	20.699	20.389
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>12.369</b>	<b>14.909</b>	<b>14.440</b>
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>12.369</b>	<b>14.909</b>	<b>14.440</b>
25 Außerordentliche Erträge	-8	0	-2
26 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	5
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-8</b>	<b>0</b>	<b>3</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>12.361</b>	<b>14.909</b>	<b>14.443</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-3.441	-3.222	-3.375
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>8.919</b>	<b>11.687</b>	<b>11.067</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 13.08.2018)

### Analyse Jahresergebnis /Fazit

Die Erträge haben sich gegenüber dem Plan geringfügig 159 Tsd. € verbessert, die ordentlichen Aufwendungen waren 310 Tsd. € geringer als geplant. Insgesamt ergibt sich dadurch eine Verbesserung des Jahresergebnisses vor direkter Leistungsverrechnung 2017 um 466 Tsd. €

### Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats IV (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2016	Istausgaben 2017	Noch verfügbar / Rest 2017
I.00462 i. V. m. I.04381, I.04924 und IA 100601	Stadtumbau Kostheim / Kastel „Am Kransand“	2.036	99	189	1.648

Teilprojekt: Kiesverladestation Menz:

Am Kasteler Rheinufer nördlich angrenzend an die Theodor-Heuss-Brücke befindet sich das ehemalige Betriebsgelände der dort seit Ende des 20. Jahrhunderts ansässigen Firma „Menz“. Das brach liegende Betriebsgelände talseitig der Brücke bietet die unverhoffte Chance, unter Erhalt des unter Denkmalschutz stehenden Krans zu einer bestandsorientierten Weiterentwicklung der RheinMain Uferpromenade Kastel an die bestehenden Flächen der Rheinwiesen (Bereich Eleonorenstraße).

Auf der Gesamtfläche, die durch die bestehende Erschließungsfahrbahn (Herrichtung Straße in 2014 beantragt und bewilligt) in zwei Bereiche aufgeteilt ist, bietet sich die Chance zwischen der Rampe (Zufahrt Theodor-Heuss-Brücke) und Rheinufer einen Rad- und Fußweg (Weiterführung der Uferpromenade) sowie einen Spielpark zu entwickeln.

Der 1. BA (Auffüllung Gelände zwischen der ehemaligen Kranbahn und der Rampenstraße und Terrassierung in zwei Stufen. Rückbau der Zufahrten und Erstellung eines 4 m breiten Anlagenwegs) wurde in 2017 begonnen und wird 2018 abgeschlossen. Der 3. BA (Umnutzung des oberen Bereichs zu einer Aktivitätenfläche) wird 2018/2019 umgesetzt.



## Jahresabschluss 2017

### 2.6.5 Dezernat V

Das Dezernat V umfasst das Straßenverkehrsamt (34), Umweltamt (36), Tiefbau- und Vermessungsamt (66) und das Grünflächenamt (67).

#### Umorganisationen im Jahr 2017

Das Dezernat V wurde zum 01.04.2017 neu gegründet. Zu diesem Zeitpunkt wurden das Umweltamt, das Tiefbau- und Vermessungsamt und das Grünflächenamt in den Verantwortungsbereich des Dezernates V überführt. Mit der Organisationsverfügung vom 09.05.2017 wurden aus dem damaligen Ordnungsamt die Verkehrsüberwachung (ruhender und fließender Verkehr) und die Straßenverkehrsbehörde ausgegliedert und ebenfalls dem Dezernat V zugeordnet.

Das Grünflächenamt hat sich im Jahr 2017 organisatorisch neu aufgestellt. Die Abteilung 6702 „Grünflächen und Forsten“ wurde zum 01.04.2017 in die Abteilung 6702 „Grünflächen“ und 6704 „Friedhofswesen“ geteilt. Darüber hinaus wurde die, bis dato bei der Amtsleitung angesiedelte Stabstelle „Planung und Neubau“ als Sachgebiet 670210 in die Abteilung 6702 „Grünflächen- und Friedhofswesen“ integriert.

#### Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2017

Für das Straßenverkehrsamt bestand die Hauptaufgabe in 2017 in der Neugründung des Amtes und der damit verbundenen Aufgaben, wie z. B. die Schaffung der Handlungsfähigkeit u. a. durch Bereitstellung von zusätzlichem Personal. Zudem war die Ordnung des ruhenden und fließenden Verkehrs von grundlegender Bedeutung.

Bedeutende Handlungsfelder des Umweltamtes bestehen in den hoheitlichen Aufgaben. Hierzu gehören die untere Immissionsschutzbehörde (Luft und Lärm), der Gefahrguttransport, die untere Abfallbehörde hier Beseitigung und Ahndung illegaler Abfälle, die untere Naturschutzbehörde und die untere Hafenbehörde.

Zu den weiteren Aufgaben des Umweltamtes als Gemeinde zählen: Landschaftsplanung, die Bearbeitung von Satzungen (Baumschutz, Vorgarten, Feldwege, Fernwärme), das Führen des Altlastenkatasters und die Altlastensanierung, die Gewässerpflege/Renaturierung, die Pflege von Naturdenkmälern, die Pflege von Ausgleichsflächen, die Biotopvernetzung, der Klimaschutz im Zusammenhang mit regenerativer Energie, die Überwachung der Klimaanpassung, die Indirekteinleiterkontrolle, die Umweltberatung und -information, der Hochwasserschutz und das Umweltmanagement (Ökoprot).

Neben den klassischen Tätigkeiten im Tiefbau- und Vermessungsamt, erstrecken sich die Handlungsfelder vielfach auf Planungen des Straßenverkehrs für alle Verkehrsteilnehmer und Rahmensetzungen hinsichtlich einer Neuausrichtung bezüglich eines veränderten Mobilitätsverhaltens, die generell das Leben in der Gemeinde in vielfältiger Weise gestalten und beeinflussen.

Im Grünflächenamt fielen im Jahr 2017 neben den klassischen Tätigkeiten die folgenden umfangreichen Tätigkeiten an: Der Bestattungswald Terra Levis wurde erweitert. Das Entwicklungskonzept Fasanerie 2022 wurde erstellt und zur Genehmigung geführt. Im Haushaltsjahr 2018 wird ein Gebäude des Friedhofs Bierstadt nacherfasst, das bisher noch nicht im Anlagevermögen bilanziell erfasst ist.

#### Welche Ziele verfolgten die Ämter des Dezernates im Jahr 2017?

Beim Straßenverkehrsamt lag das Hauptziel im 2017 aufgrund der Umorganisationen in der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Amtes.

## Jahresabschluss 2017

Das Umweltamt verfolgte in 2017 verschiedene Ziele, wie zum Beispiel: die Umsetzung von Klimaschutzkonzepten, die Umweltpflege und der Umweltschutz, die Vorbereitung und Durchführung verschiedener Umweltprojekte (z. B. Bäche ans Licht) sowie die Umsetzung verschiedener Schutzmaßnahmen und Richtlinien zum Schutz der Umwelt.

Beim Tiefbau- und Vermessungsamt wurden im Jahr 2017 verschiedene Ziele verfolgt. Hierzu gehörten unter anderem die Neuaufstellung des Verkehrsentwicklungsplans, die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept, die Stärkung des ÖPNV und die Einführung eines Straßeninformationssystems (STRIS).

Im Grünflächenamt gehörten die Umorganisation der Friedhofsverwaltung, die Erstellung neuer sowie die Überarbeitungen bestehender Satzungen, Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Friedhöfe sowie die Erstellung des Entwicklungskonzeptes Fasanerie 2022 zu den Hauptaufgaben im Jahr 2017.

Die verfolgten Ziele konnten in 2017 überwiegend umgesetzt und erreicht werden.

### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2017

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Plan 2017	Ergebnis 2017
10 Summe der ordentlichen Erträge	-17.130	-16.608	-17.432
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	89.398	76.288	80.276
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>72.267</b>	<b>59.680</b>	<b>62.844</b>
21 Finanzerträge	-6	-4	-4
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15	0	1
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>9</b>	<b>-4</b>	<b>-4</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>72.276</b>	<b>59.676</b>	<b>62.840</b>
25 Außerordentliche Erträge	-1.079	-1	-2.504
26 Außerordentliche Aufwendungen	930	3	1.453
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-150</b>	<b>2</b>	<b>-1.050</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>72.126</b>	<b>59.678</b>	<b>61.790</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	5.631	6.304	4.072
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>77.758</b>	<b>65.982</b>	<b>65.862</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 19.04.2018)

#### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Die positive Entwicklung im Bereich der ordentlichen Erträge (+ 824 Tsd. €) resultiert hauptsächlich aus höheren Erträgen der einzelnen Ämter. Der größte Anstieg bei den Erträgen war im Tiefbau- und Vermessungsamt mit 541 Tsd. € (+ 466 Tsd. € Mehreinnahmen durch Parkscheinautomaten) zu verzeichnen.

Teile der Mehrerträge sind auf Mehreinnahmen durch Zuweisungen des Landes Hessen im Bereich „Abfall, Techn. Umweltschutz“ (+ 110 Tsd. €) zurückzuführen.

#### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Die Überschreitung beim ordentlichen Aufwand in Höhe von 3.988 Tsd. € ist hauptsächlich auf höhere Aufwendungen im Bereich Personal und Versorgung in den einzelnen Ämtern zurückzuführen.

## Jahresabschluss 2017

### Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Im Haushaltsjahr 2017 konnten im Vergleich zum Haushaltsjahr 2016 außerordentliche Erträge durch Grundstücksverkäufe erzielt werden. Darüber hinaus ergaben sich Erträge aus Grundstücksumlegung und dem Tausch von Grundstücken.

Die genannten Vorgänge führten ebenso zu außerordentlichen Aufwendungen durch die Abgänge der Anlagen.

### Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats V (in Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme <sup>28</sup>	Ausgaben bis 2016	Istausgaben 2017	Noch verfügbar / Rest 2017
I.02627	36 Kessel-/Wellritzbach Abtrennung/Umsetzung	5.620	4.281	558	782
<i>Bauabschnitt 1 (Spülleitung Kesselbach) wurde in 2017 gebaut; Bauabschnitt 2 (Spülleitung Wellritzbach) wurde in 2017 fertig gestellt. Offene Bauabschnitte werden fortlaufend geplant bis 2020.</i>					
I.03214	36 WRRL Wellritztal Landschaftspark	1.520	49	41	1.231
<i>Genehmigungsplanung nach Wasserhaushaltsgesetz (WHO) sowie Antragsverfahren nach Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurde umgesetzt. Genehmigungsbescheid vom 19.01.2018 vom Regierungspräsidium Darmstadt liegt vor. Baubeginn erst nach Vorliegen des Förderbescheids möglich, Förderantrag wurde am 15.03.2018 gestellt.</i>					
I.00619	Straßenmeisterei der LHW Investition	4.762	42	440	2.180
<i>Errichtung einer zentralen Straßenmeisterei der Landeshauptstadt Wiesbaden auf dem Grundstück Berliner Straße 112. Gebäude befindet sich im Bau. Einweihung ist für September 2018 geplant.</i>					
I.00216 / I.03760	Straßenbeleuchtung Energiesparlampen Investition	3.200	2.173	683	174
<i>Die Landeshauptstadt Wiesbaden betreibt insgesamt etwa 25.250 Leuchten im gesamten Stadtgebiet, davon sind noch 6.740 HQL-Leuchten (Quecksilberdampfleuchten). Der Austausch durch Natriumdampf- und LED-Leuchten (in Anwohnerstraßen) bedeutet eine Energieeinsparung von ca. 1.100.000 kWh, was einer monetären Einsparung von etwa 170.000 € pro Jahr entspricht. Die Emissionseinsparung beträgt ca. 720.000 kg/CO2 pro Jahr. Damit handelt es sich um eine hoch rentierliche Maßnahme, die den steigenden Energiekosten wirksam gegensteuert. Die Beauftragung erfolgt Zug um Zug entsprechend den Förderzusagen der ESWE Innovations- und Klimaschutzfonds. Anfang 2018 wurde der Austausch abgeschlossen.</i>					
I.03977	Susannastraße Investition	1.635	28	969	638
<i>Verkehrsgerechter und tragfähiger Ausbau der L 3039 (Susannastraße) in Wiesbaden-Igstadt zwischen dem Ortseingang aus Richtung Bierstadt und der Einmündung Hinterbergstraße. Die Maßnahme wird vom Land Hessen gefördert. Fertigstellung erfolgte im Dezember 2017.</i>					

<sup>28</sup> = Ausgaben bis 2016 + Istausgaben 2017 + Noch verfügbar / Rest 2017 + Haushaltsansatz 2017 (gem. Satzung).

## Jahresabschluss 2017

<b>I.04392</b>	Neugestaltung Platz RMCC / Museum Investition	2.945	43	1.919	983
<i>Mit dem Neubau des RheinMain CongressCenters<sup>29</sup> und der Sanierung der Kolonaden und der Treppenanlage des Landesmuseums soll der Abschnitt der Friedrich-Ebert-Allee zukünftig aufgewertet werden. Hierzu wurde aufbauend auf den Ergebnissen eines städtebaulichen Wettbewerbs eine Ausführungsplanung gefertigt. Dabei sollen die Flächen für den motorisierten Verkehr deutlich reduziert werden, bei gleichzeitiger Schaffung von Flächen für den Radverkehr sowie einer Ausweitung von Flächen für Fußgänger. Ziel der Planung ist es, den inneren Stadteingang als Übergang in die historische Stadt aufzuwerten und gleichzeitig dem RheinMain CongressCenter und dem Landesmuseum einen attraktiven Vorbereich zu geben. Baubeginn war am 08.02.2017, Bauende war März 2018.</i>					
<b>I.04804</b>	Äußere Erschließung Bierstadt-Nord	3.539	0	166	234
<i>Neubau der Anbindung des geplanten Wohngebietes Bierstadt Nord an die B455. Baubeginn ist geplant im Spätsommer 2018.</i>					
<b>I.03264</b>	67 Neukonzeption Kulturpark	3.864	1.422	457	112
<i>Herrichtung und Erweiterung der öffentlichen Grünfläche in diversen Bauabschnitten, Erholungsfläche einschließlich Wegeverbindungen, Sport- und Spielangebote, Beteiligung der unterschiedlichen Nutzergruppen.</i>					
<b>I.00525</b>	67 Friedhöfe Instandhaltung	3.300	1.730	359	71
<i>Instandhaltungsprogramm zur Unterhaltung der Friedhöfe, umfasst Gebäudeunterhaltung, Reparaturen an Wegen und Wasserleitungen, Sanierung von Mauern und Toren.</i>					
<b>I.02758</b>	67 Sanierung Baumbestand / Alleenprogramm	1.821	1.405	182	4
<i>Programm zum Ersatz/ Nachpflanzung von Straßenbäumen, einschließlich Baumgrubenherstellung, Kauf der Bäume sowie Pflanzung.</i>					
<b>I.03774</b>	67 KIP KSP WI Büdingstraße	200	0	151	49
<i>Neugestaltung des Kinderspielplatzes Büdingenstraße im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogrammes. Verbesserung der Spiel- und Aufenthaltsqualität.</i>					
<b>I.02953</b>	67 Sanierung Wasserleitung / Wege Nordfriedhof	942	810	132	0
<i>Sanierung der maroden Wasserleitung in Bauabschnitten sowie anschließende flächige Sanierung der beschädigten Wegeflächen.</i>					
<b>I.02621</b>	67 Fasanerie Entwicklungskonzept Instandhaltung	387	139	101	76
<i>In diesem Programmprojekt werden diverse Maßnahmen des Entwicklungskonzeptes Fasanerie abgebildet, aktuell Sanierung der Greifvogelanlage und Sanierung der Schleppdächer.</i>					

### Ausblick auf das Haushaltsjahr 2018

Bei der Straßenverkehrsbehörde wird der Schwerpunkt in 2018 weiterhin darauf liegen, wieder einen ordentlichen Dienstbetrieb herzustellen. Das fehlende Personal wird sukzessive eingestellt.

<sup>29</sup> Im Folgenden RMCC

## Jahresabschluss 2017

---

Das Umweltamt strebt ein weiter hohes Niveau bei der ordnungsmäßigen Erfüllung seiner Aufgaben an. Schwerpunkte werden u. a. die Themen E-Mobilität, Dieselgipfel und Biosphärenregionen sein.

Neben der Verbesserung und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur stehen beim Tiefbau- und Vermessungsamt Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zur Vermeidung eines drohenden Diesel-Fahrverbots im Vordergrund, hier insbesondere die Digitalisierung der Verkehrssteuerung.

Instandhaltungsmaßnahmen an Gärtnerunterkünften, der Neubau von Werkstatt und Unterkunft Nordfriedhof sowie Ersatzbeschaffung und Spielplatzprojekte sind nur ein Bruchteil, der neben des täglichen Dienstbetriebes, anfallenden Aufgaben des Grünflächenamtes für das Jahr 2018.

### **Chancen und Risiken**

Auch in den kommenden Jahren wird eine Herausforderung darin bestehen, die Aufgaben mit den vorhandenen Haushaltsmitteln zu erfüllen. Dies kann Chance und Risiko zugleich sein.

Die Möglichkeiten die durch die globale Digitalisierung entstehen, werden für die Verkehrssteuerung weiter genutzt.

## Jahresabschluss 2017

### 2.6.6 Dezernat VI

Ämter des Dezernates im Jahr 2017: Stand 31.12.2017 Kämmerei, Kassen- und Steueramt, Schulamt, Kulturamt

**Umorganisationen im Jahr 2017** (Abgabe/ Aufnahme von Ämtern/ Abteilungen im Dezernat):

Im Rahmen der neuen Kooperationsvereinbarung zwischen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, wurden für die laufende Wahlperiode 2017-2021 mehrere Festlegungen getroffen. In der Folge unterschiedlicher Amtslaufzeiten verschiedener Dezernenten gelten bis 2018 wechselnde Dezernatsverteilungspläne. Die nachfolgende Auflistung enthält die Zusammensetzung des Dezernats zu den jeweiligen Ständen.

01.01.2017: Kämmerei, Veterinäramt, Gesundheitsamt

01.04.2017: Kämmerei, Kassen- und Steueramt, Amt für Zuwanderung und Integration, Schulamt inklusive der Abteilung Grundschulnachmittagsbetreuung (Zuordnung organisatorisch bis 30.06.2017; buchhalterisch bis 31.12.2017), Kulturamt

01.07.2017: Kämmerei, Kassen- und Steueramt, Schulamt, Kulturamt

#### **Handlungsfelder**

Die Kämmerei unterstützt die städtischen Mitarbeitenden und Entscheider in Gremien, Ämtern und Beteiligungen bei der Erfüllung der Aufgaben im kommunalen Unternehmensverbund „Landeshauptstadt Wiesbaden“.

Zu den Schwerpunkten der Kämmerei zählen die Aufstellung des städtischen Haushalts sowie der Jahres- und Gesamtabschluss. Weiterhin gehören zu den Aufgaben der Kämmerei das zentrale Controlling, das Finanzierungs- und Liquiditätsmanagement, das Beteiligungsmanagement sowie das IT-Management.

Die Zuständigkeit des Kassen- und Steueramts erstreckt sich auf das Abwickeln des Zahlungsverkehrs, die Buchhaltung und die Vollstreckung. Es begleitet zudem die Betriebsprüfung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Das Amt fungiert zudem als Pilotamt des Projektes „Aufgabe und Struktur“. Im März wurde eine neue Organisationsverfügung für die Abteilungen Finanzbuchhaltung und Vollstreckung umgesetzt. Die Zweitwohnungssteuer läuft seit dem Jahr 2017 im Regelbetrieb und die Onlinebezahlverfahren wurden erweitert.

Das Schulamt stellt den geordneten Schulbetrieb sicher, d.h. ausreichende Energiekosten, ausreichende Mittel für Instandhaltung und Sicherheit der Schulen sowie ausreichende Personalausstattung in den Schulen und der Kernverwaltung. Des Weiteren betreut das Schulamt die Sanierung der Schulgebäude und regelt eine ausreichende Bereitstellung von Schulraum für die vorhandenen und zukünftigen Bedarfe (neue Siedlungsgebiete, Zuzüge, Flüchtlinge etc.)

Das Kulturamt ist für die Sicherstellung des kulturellen Angebotes und der kulturellen Vielfalt in Wiesbaden zuständig. Der Kulturentwicklungsplan wurde weiter vorbereitet und auch das Stadtmuseum am Markt „SAM“ weiterhin betreut. Die vorbereitenden Aufgaben für die Einführung einer Geschäftsstelle Kulturbeirat wurden begonnen.

## Jahresabschluss 2017

### Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2017?

Im Haushaltsjahr 2017 stand die ständige Kontrolle der Finanzströme unter den mehrfach wechselnden Dezernatzuschnitten im Vordergrund, um sicherzustellen, dass die allgemeine Finanzlage sich nicht anspannt und verschlechtert.

### Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Die Ziele wurden voll erreicht. Dezernat VI hat das Haushaltsjahr 2017 mit einem Überschuss abgeschlossen.

### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2017

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Plan 2017	Ergebnis 2017
10 Summe der ordentlichen Erträge	-29.956	-27.725	-29.968
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	132.556	130.570	135.976
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>102.600</b>	<b>102.845</b>	<b>106.008</b>
21 Finanzerträge	-4.333	-5.724	-4.691
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-4.333</b>	<b>-5.724</b>	<b>-4.690</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>98.267</b>	<b>97.122</b>	<b>101.318</b>
25 Außerordentliche Erträge	-353	0	-1.532
26 Außerordentliche Aufwendungen	9.265	0	7.925
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>8.912</b>	<b>0</b>	<b>6.393</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>107.179</b>	<b>97.122</b>	<b>107.710</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-5.613	527	-124
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>101.566</b>	<b>97.649</b>	<b>107.587</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 20.04.2018)

### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Die ordentlichen Erträge konnten in 2017 um 2.243 Tsd. € im Vergleich zum Plan gesteigert werden. Der größte Zuwachs war bei den Zuweisungen Land mit 1.319 Tsd. € im Bereich Kultur zu verzeichnen.

### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Im Bereich der ordentlichen Aufwendungen gab es einen Anstieg um insgesamt 5.406 Tsd. €. Hier sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 6.072 Tsd. € überschritten. Generell gilt für die ordentlichen Aufwendungen, dass die HH Ansätze 2017 geringer als das Ergebnis 2016 geplant wurden.

### Abweichungen beim Finanzergebnis

Die Abweichung im Finanzergebnis rührt aus dem Bereich des Kassen- und Steueramtes her. Eine, auf den alten Dezernatzuschnitt ausgelegte, Ertragsplanung führte zu einem Planungsdefekt, der sich im Finanzergebnis niederschlägt.

### Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis bezieht sich auf die Abschreibung der AltenHilfe Wiesbaden GmbH<sup>30</sup>, TriWiCon<sup>31</sup> und mattiaqua<sup>32</sup> im Bereich Beteiligungen bei der Kämmerei.

<sup>30</sup> Im Folgenden AHW

<sup>31</sup> Eigenbetrieb für Messe, Kongress und Tourismus

## Jahresabschluss 2017

### Abweichungen beim Ergebnis aus internen Leistungen

Die Abweichung der internen Leistungen ist begründet auf einer Erhöhung der Querschnittsumlage Stadt.

### Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Aufgrund des mehrfachen Dezernatswechsels mit den unterschiedlichen Amtszuschnitten war das Jahr 2017 ein sehr arbeitsintensives Jahr, da auch eine Haushaltsplanung 2018/19 aufgrund neuer Strukturen nicht immer leicht war.

### Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats VI (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2016	Istausgaben 2017	Noch verfügbar / Rest 2017
I.03440	40 Th.-Fliedner-Schule Ausbau Vollgymnasium	18.284	5.095	8.061	549
Hierbei handelt es sich um die Kosten des Erweiterungsbaus.					
I.02748	20 Kapitaleinlagen allgemein	15.313	11.121	4.193	-3.770
Durch die Kapitaleinlage der AHW in Höhe von 3.770 Tsd. € kam es zu einem Defizit, welches noch ausgeglichen werden muss im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2017.					
I.04316	40 KIP Peter-Rosegger-Schule Erweiterung	4.638	959	1.761	344
Neubau Grundschule Igstadt aus dem KIP - kommunales Investitionsprogramm des Landes.					
I.04474	40 KIP Justus-v.-Liebig Schule Erweiterung	4.558	188	1.594	1.906
Erweiterungsbau Grundschule Erbenheim sowie betreuende Grundschule aus dem KIP - kommunales Investitionsprogramm des Landes.					

Stand August 2018

### Ausblick auf das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund der Zusetzungen für Schulbau und Kultur zum Haushalt 2018/19 ist eine stabile Haushaltslage zum Umsetzen der einzelnen Maßnahmen gegeben.

### Chancen und Risiken

Die zugesetzten Mittel bieten die Chance mehr Maßnahmen, beispielsweise bei Schulsanierungen umzusetzen. Ein Risiko besteht darin, in einer ohnehin gut laufenden Baukonjunktur Baufirmen zur Realisierung der Maßnahmen zu finden. Wichtig ist auch das Zusammenspiel und die Kommunikation zwischen Stadtentwicklungsgesellschaft, Schulamt und Hochbauamt.

<sup>32</sup> Eigenbetrieb für Quellen, Bäder, Freizeit



## Jahresabschluss 2017

### 2.6.7 Dezernat VII

Bis zum 30.06.2017 setzte sich Dezernat VII (damals noch Dezernat II) aus dem Rechtsamt (30), Umweltamt (36), Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge (50) und dem Amt für Soziale Arbeit (51) zusammen. Die Stadtentwicklungsgesellschaft<sup>33</sup> (SEG) ist als Treuhänder im Auftrag der LHW für die Stadterneuerung und Wohnbauförderung zuständig.

Ab dem 01.07.2017 änderte sich die Ämterzusammensetzung. Seit diesem Zeitpunkt setzt sich das Dezernat VII aus dem Amt für Zuwanderung und Integration (33) (bis 30.06.2017 bei Dezernat V), dem Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge (50) und dem Amt für Soziale Arbeit (51) zusammen. Die SEG ist weiterhin als Treuhänder im Auftrag der LHW für die Stadterneuerung und Wohnbauförderung zuständig.

Eine Prüfung der Revision ergab Potential für eine Optimierung der Prozesse im Bereich des zentralen Forderungseinzugs. Der Fachbereich arbeitet derzeit intensiv, auch durch eine personelle Verstärkung, an einer Lösung.

#### **Umorganisationen im Jahr 2017 (Abgabe/ Aufnahme von Ämtern/ Abteilungen im Dezernat):**

Über die o. g. Umorganisationen hinaus gab es im Bereich des Amtes für Soziale Arbeit weitere strukturelle Veränderungen:

Zum 01.07.2017 wurde die bisherige Abteilung 4005 (Grundschulkinderbetreuung) als neue Abteilung 5109 organisatorisch zu Amt 51 umgesetzt. Darüber hinaus wechselte das im Dezernat VI angesiedelte Bildungsbüro organisatorisch als neues Sachgebiet in das Amt für Soziale Arbeit.

#### **Handlungsfelder**

Die Aufgabenschwerpunkte des Amtes für Zuwanderung und Integration (33) waren in 2017:

- Die Erstellung des Integrationskonzeptes für Geflüchtete im Rahmen der Bürgerbeteiligung
- Die Konzeption und Umsetzung des Sonderprogrammes Sprachförderung
- Die Optimierung der Stellenbesetzung bei 3303 durch Erarbeitung eines Fallzahlenschlüssels und Abschluss eines Kontraktes

#### Amt für Soziale Arbeit (51)

##### *Ausbau Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige:*

Das strategische Ziel, den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zu erfüllen und eine Platzangebotsquote von 48 % der anspruchsberechtigten Kinder zu erreichen, wurde weiter verfolgt. Aufgrund der deutlich gestiegenen Kinderzahlen, wurde die Platzangebotsquote des Vorjahres (36,6 %) verfehlt und lag zum 01.03.2017 bei 35,2 % der unter Dreijährigen. Zwischen 3/2017 und 3/2018 konnten im Saldo 32 Krippenplätze in Betrieb gehen. 65 weitere beschlossene Plätze in Kindertagesstätten befinden sich derzeit in Umsetzung. Gleichzeitig kam es zu einem Rückgang der Plätze in der Kindertagespflege. Durch eine verbesserte Entgeltstruktur für Tagespflegepersonen soll die Ausübung wieder attraktiver gestaltet werden, sodass weitere Platzverluste verhindert werden bzw. sogar ein Ausbau erreicht werden kann.

<sup>33</sup> Im Folgenden SEG

## Jahresabschluss 2017

Für den Elementarbereich (3 Jahre bis zum Schuleintritt) wurde mit Stadtverordnetenversammlung<sup>34</sup>-Beschluss 0210 vom 18.05.2017 das Versorgungsziel von 85 % auf 90 % der in Frage kommenden anspruchsberechtigten Jahrgänge erhöht. Hiermit soll ein passgenauerer Einstieg bzw. Übergang aus dem (teureren) Krippenbereich ermöglicht werden und die hohe Nachfrage befriedigt werden. Zum 01.03.2017 lag das Angebot bei 9.016 Plätzen und lag damit 42 Plätze über dem Angebot mit Stand März 2016. Die bisher im Elementarbereich noch nicht gestiegenen Kinderzahlen - die verhältnismäßig großen Kinderjahrgänge 2014-2017 wachsen erst in das Elementaralter hinein - führen zu einer Platzangebotsquote von 86,4 %. Dies bedeutet eine Verbesserung zum Vorjahr um 0,7 %.

Mit Beschluss 0526 der StVV vom 21.12.2017 wurden Ausbaubedarfe von 941 Plätzen im Krippenalter und 564 Plätzen im Elementarbereich bestätigt.

### Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge (50)

#### *Leistungen zur Grundsicherung und Integration für Arbeitsuchende - SGB II*

Das SGB II hat zwei wesentliche gesetzliche Aufgaben:

- 1) Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ihren Angehörigen durch die Grundsicherungsleistungen zu „...ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht“ (SGB II § 1 Abs. 1).
- 2) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte durch gezielte Dienst- und Sachleistungen bei der Aufnahme, Ausweitung oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen.

Das kommunale Jobcenter im Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge hat zum Stichtag 2017

- 32.176 Leistungsberechtigte - darunter
- 21.795 erwerbsfähige Leistungsberechtigte
- 10.381 Sozialgeldbeziehende
- in 15.556 Bedarfsgemeinschaften

gefördert.

Im Jahr 2017 konnten 5.455 Personen in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, berufliche Ausbildung oder in die Selbständigkeit integriert werden. Die Integrationsquote liegt damit zum Stichtag bei 25,1 % und damit über dem Zielwert der Zielvereinbarung mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration.

Die Nachhaltigkeit dieser Integrationen erreicht im Vergleich zu den Rhein-Main-Städten mit 68,1 % aller Integrationen (Stand: September 2017) einen konstanten Wert im oberen Bereich. Der Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden (> 24 Monate) ist in Wiesbaden im Jahr 2017 nur um durchschnittlich 0,5 % gestiegen. Die Integrationsquote der Alleinerziehenden konnte auf 21,8 % (678 Integrationen) gesteigert werden. Im Verlauf des Jahres 2017 sind 1.789 Geflüchtete vom AsylbewerberLeistungs-Gesetz<sup>35</sup> in den SGB II Bezug übergegangen. Im Dezember 2017 befanden sich 3.192 geflüchtete Leistungsberechtigte im SGB II Bezug.

<sup>34</sup> Im Folgenden StVV

<sup>35</sup> Im Folgenden AsylbLG

## Jahresabschluss 2017

### *Geflüchtete und Asylsuchende*

Ende 2017 bezogen 1.581 geflüchtete Personen Leistungen nach dem AsylbLG und damit 1.300 weniger als Ende 2016. 2.339 Geflüchtete leben Ende 2017 in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften. Sollte sich der derzeitige Trend sehr geringer Neuzuweisungen fortsetzen, erwartet das Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge bis Ende 2018 knapp 800 Personen, da mit der Anerkennung des Asyl- bzw. Flüchtlingsanspruchs die Menschen in das Leistungssystem des SGB II übergehen. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Markt bezahlbarer Wohnungen in Wiesbaden geht das Amt davon aus, dass unter Status quo-Bedingungen auch Ende 2018 noch 2.200 Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Wiesbaden leben werden.

### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2017

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Plan 2017	Ergebnis 2017
10 Summe der ordentlichen Erträge	-291.901	-251.103	-317.765
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	597.824	571.933	615.298
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>305.923</b>	<b>320.830</b>	<b>297.533</b>
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14	0	0
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>14</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>305.936</b>	<b>320.830</b>	<b>297.533</b>
25 Außerordentliche Erträge	-1.134	0	-109
26 Außerordentliche Aufwendungen	181	0	4
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-953</b>	<b>0</b>	<b>-105</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>304.983</b>	<b>320.830</b>	<b>297.427</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	28.157	21.784	23.993
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>333.140</b>	<b>342.613</b>	<b>321.420</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 23.04.2018)

### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag / Aufwand

Der ordentliche Ertrag liegt um insgesamt 66.662 Tsd. € höher als geplant. Das wurde im Wesentlichen durch Mehreinnahmen (aus Zuschüssen/Zuweisungen und Gebühren) in dem Bereich „Geflüchtete“ mit einem Zuwachs i. H. v. rund 33.000 Tsd. € erreicht. Dies hat verschiedene Gründe. Zum einen wurde die Pauschale, die vom Land für geflüchtete Personen gezahlt wird, seit der Haushaltsplanung angehoben. Zum anderen ist die Zahl der geflüchteten Personen gegenüber dem Planungszeitpunkt deutlich gestiegen.

Auch in den Bereichen SGB II (+ rund 19.500 Tsd. €) sowie SGB XII/Kapitel 4 (+ rund 1.500 Tsd. €) konnten Mehrerträge verzeichnet werden.

Diese Ertragssteigerungen dienten vollständig der Finanzierung der gestiegenen Aufwendungen.

Einfluss auf den ordentlichen Ertrag hatte auch eine Auflösung einer sonstigen Verbindlichkeit (angesammelte, aber nicht verwendete Einnahmen aus Landesprogrammen) aus dem Bereich Kindertagesstätten in Höhe von rund 12.000 Tsd. €.

### Abweichungen im Ergebnis vor Leistungsverrechnung

Der Plan wurde um 23.403 Tsd. € unterschritten.

## Jahresabschluss 2017

### Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats VII (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2016	Istausgaben 2017	Noch verfügbar / Rest 2017
I.04358	KT Hessenring Grundsanierung und Erweiterung	2.170	16	166	2.154
Budget I.04358 2017 2.872 Tsd. €; Budgetumsetzungen zu I.04661 in Höhe von 266 Tsd. € und 286 Tsd. € zu Projekt I.04665. Die Maßnahme wird mit 424 Tsd. € aus dem Kommunalen Investitionsprogramm und mit 300 Tsd. € aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018“ gefördert.					
I.04359	51 Ev. KT Delkenheim Erweiterung Krippe	750	0	81	669
Baubeginn war der 06.12.2017; Mittelabfluss zum 29.05.2018 bereits 545 Tsd. €.					
I.03746	51 AWA Sophienstraße Aufzug	300	1	13	286
Maßnahme hat sich verzögert, da die Wohnanlage nun komplett barrierefrei erschlossen wird (SV 17-V-51-0025); die Baupläne befinden sich derzeit zur Prüfung bei der Bauaufsichtsbehörde.					
I.04676	510203 Sanierung und Erweiterung Ev. KT Paul-Gerhard-Gemeinde	697	0	685	12

## Jahresabschluss 2017

### 2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die im Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Mittel werden außerhalb der Dezernatsbudgets zentral durch die Kämmerei als fiktives Dezernat bewirtschaftet. In diesem Bereich werden hauptsächlich die allgemeinen Deckungsmittel wie Steuern und Zuweisungen sowie Zinserträge und -aufwendungen für die gesamte LHW verwaltet.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Plan 2017	Ergebnis 2017
10 Summe der ordentlichen Erträge	-820.947	-787.905	-861.783
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	170.196	173.846	191.163
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>-650.751</b>	<b>-614.058</b>	<b>-670.620</b>
21 Finanzerträge	-24.349	-24.478	-26.758
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.690	20.698	17.979
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-7.658</b>	<b>-3.780</b>	<b>-8.779</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-658.410</b>	<b>-617.838</b>	<b>-679.399</b>
25 Außerordentliche Erträge	0	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	1.311
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.311</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>-658.410</b>	<b>-617.838</b>	<b>-678.088</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>-658.410</b>	<b>-617.838</b>	<b>-678.088</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 09.08.2018)

Insgesamt wurde der fortgeschriebene Planwert im ordentlichen Ergebnis um 61.561 Tsd. € überschritten.

Höhere ordentliche Erträge (+ 73.878 Tsd. €) begründen sich mehrheitlich durch gestiegene Steuererträge (+ 57.604 Tsd. €, davon + 67.504 Tsd. € bei der Gewerbesteuer) sowie höhere Schlüsselzuweisungen (+ 2.321 Tsd. €) und sonstige ordentliche Erträge (+ 14.490 Tsd. €, davon Auflösung von Rückstellungen + 9.087 Tsd. € und Auflösung von Wertberichtigungen 4.898 Tsd. €).

Den höheren ordentlichen Erträgen standen höhere ordentliche Aufwendungen (+17.316 Tsd. €) gegenüber. Dennoch konnte eine deutliche Verbesserung des Teilergebnisses gegenüber dem fortgeschriebenen Plan erzielt werden. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung stieg gegenüber dem Planwert um 20.022 Tsd. €. Dieser deutlich höhere Wert bei der Zuführung zur Pensionsrückstellung resultiert aus der getrennten Buchung der Zuführung und Inanspruchnahme der Rückstellung (Bruttoprinzip). In den Vorjahren wurde lediglich der Saldo aus Zuführung und Inanspruchnahme als Zuführung zur Pensionsrückstellung gebucht<sup>36</sup>. Die Abschreibungen auf Forderungen lagen unter dem Plan-Wert (- 10.443 Tsd. €). Eine höhere Gewerbesteuerumlage (+ 9.220 Tsd. €) sowie eine höhere LWV-Umlage (+ 3.342 Tsd. €) führten bei den Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlagen zu einer Überschreitung in Höhe von 12.640 Tsd. €.

<sup>36</sup> Die Fortführung der bisherigen Buchungspraxis hätte zu einer Erhöhung der Pensionsrückstellungen um ca. 14.400 Tsd. € geführt.

## Jahresabschluss 2017

### 2.7 Entwicklung der Finanzlage

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	118.968	33.024	119.575
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-26.702	-34.578	-64.516
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-13.702	11.591	-15.002
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf d. Haushaltsjahres	85.864	10.037	27.757
Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	123.810	159.030	209.674
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	209.674	169.067	237.431

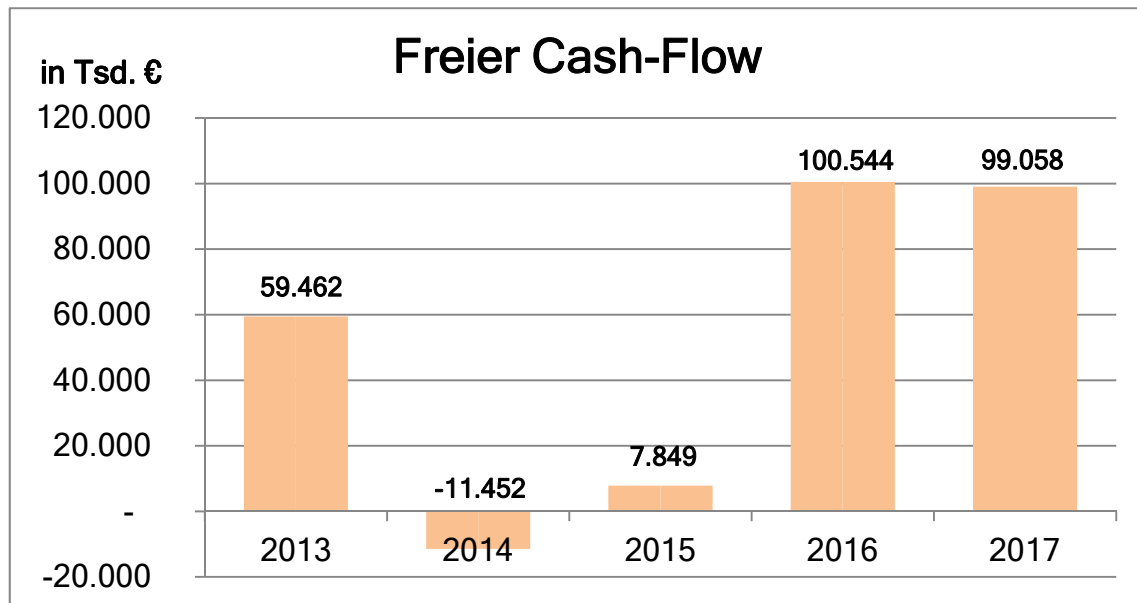
Ausführungen hierzu sind dem Kapitel 3.3 „Erläuterungen zur Finanzrechnung“ zu entnehmen.

Die Finanzierungsfähigkeit und -tätigkeit, in der Abhängigkeit von Steuern und Zuweisungen, werden durch die folgenden Kennzahlen anschaulich:

## Jahresabschluss 2017

### Selbstfinanzierungsgrad / Freier Cash-Flow<sup>37</sup>

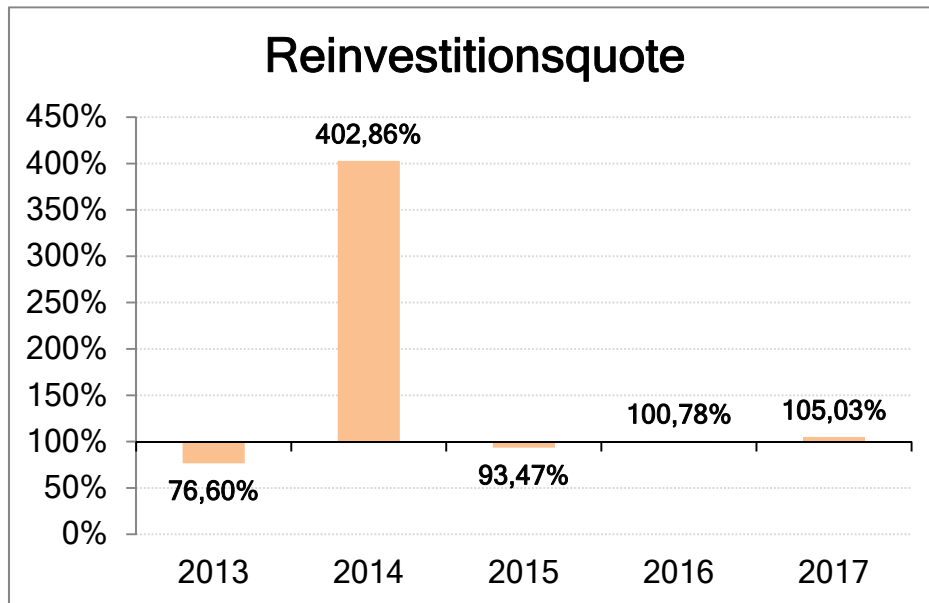
Die Kennzahl zeigt die Finanzierungskraft aus dem Zahlungsmittelfluss aus allgemeiner Verwaltungstätigkeit, die nach Abzug der ordentlichen Tilgung, bereinigt um die Tilgung aus Umschuldungen und die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms zur Innenfinanzierung zur Verfügung steht.



Aufgrund des Zahlungsmittelbestandes konnten auch in Jahren mit negativer Kennzahl Investitionen aus der Liquidität getätigt werden. Durch die hohen Steuererträge entstand 2013 ein positiver Wert. Im Haushaltsjahr 2014 setzte der positive Trend aus. Dagegen konnte in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 eine deutliche Verbesserung erzielt werden. Die LHW verfügt zum Stichtag 31.12.2017 über einen Liquiditätsbestand von 237.431 Tsd. €. Darüber hinaus wurden 35.000 Tsd. € in einem Sonderfonds angelegt. Bis auf wenige aufgenommene Landesdarlehen in Höhe von 5.516 Tsd. € erfolgte die Finanzierung der Investitionen aus dem Liquiditätsbestand.

<sup>37</sup> Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit - ordentliche Tilgung (=Tilgung-Tilgung aus Umschuldung) + Korrektur für die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms.

Reinvestitionsquote



Eine Reinvestitionsquote unter 100 % bedeutet, dass die Nettoinvestitionen in Sachanlagen geringer als die Abschreibungen im Berichtsjahr sind. Verfestigt sich hierin ein Trend, ist ein schleichender Vermögensverzehr die Folge. Im Jahr 2017 liegt der Wert bei 105,03 % der Abschreibungen auf Sachanlagen. Über die vergangenen fünf Jahre betrachtet, liegt der Mittelwert bei 155,75 %. Dies ist jedoch einem Sondereffekt geschuldet. Im Jahr 2014 wurde die kombinierte Sporthalle mit Geschäftshaus am Platz der Deutschen Einheit in Betrieb genommen (ca. 50.000 Tsd. €).



## Jahresabschluss 2017

Die Kennzahl ist beeinflusst durch größere Anlagenzugänge und -abgänge. Die nachfolgende Tabelle zeigt die größeren Abgänge. Weitere Aussagen hierzu, sind dem Kapitel 3.1.2 Sachanlagevermögen zu entnehmen.

Jahr	Beträge in Tsd. €	Vorgang (Abgänge)
2013	3.752	Walkmühle
	808	Grundstück Mainzer Straße 97
	702	Teilfläche Adalbert Stifter Schule
	722	Grundstück Dotzheim an HSK-Pflege
2014	739	Grundstück der Integrativen KT der IFB <sup>38</sup> Welfenstraße 5b
	457	Flächen zum Bau einer Moschee
	224	Flächen zum Bau einer privaten KT
	634	verschiedene Baugrundstücke
	323	Grundstück Welfenstraße 5
2015	1.343	Teilfläche der Comeniusschule
	854	Grundstück Schwalbacher Str. 10 Umbau/Neubau Geschäftshaus
	2.607	Flurstücke Hainerberg/Verkauf des Straßennetzes in der US-Siedlung Hainerberg
2016	1.090	Grundstück Biebrich an ELW für Erweiterung Deponie
	805	Grundstück Adolfsberg für Neuentwicklung Kureck
	5.076	Abriss von Schulgebäuden und Bürgerhaus Medenbach
2017	1.588	Grundstück Wiesbaden für die Erweiterung der Hochschule RheinMain
	898	Grundstück Wiesbaden-Biebrich für Gewerbeansiedlung
	9.042	Grundstück ehemaliges Parkhaus Rhein-Main-Halle für Neubau von Wohnungen
	3.745	Gebäude Parkhaus Rhein-Main-Halle für Neubau Wohnungen
	2.450	Abriss von Schulgebäuden

<sup>38</sup> Inklusion durch Förderung und Betreuung e.V.

## 2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Entwicklung der Schulden (einschließlich Schuldenstatistik):

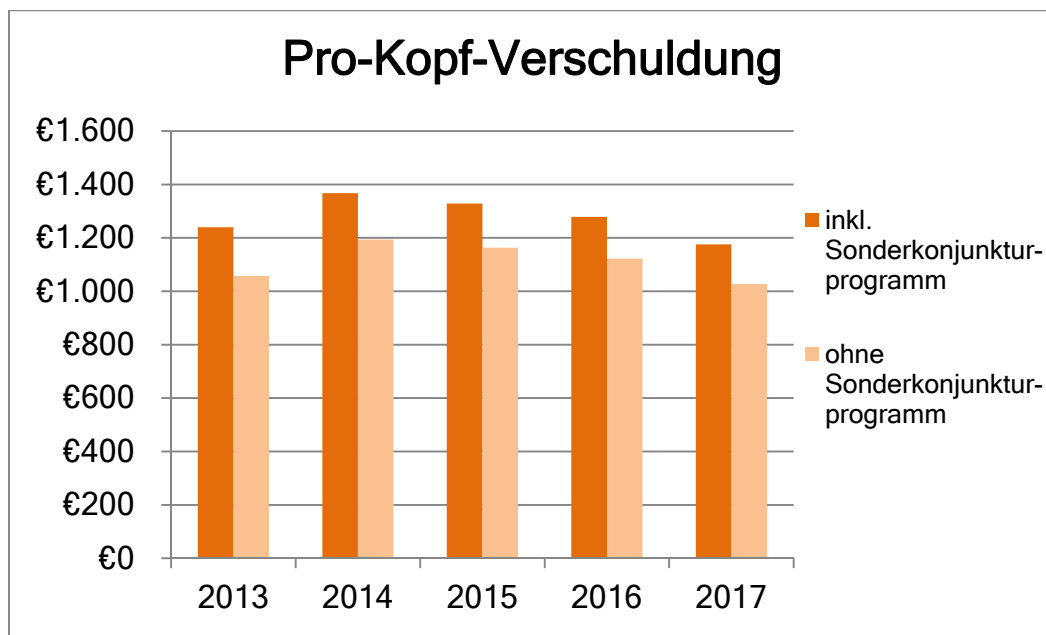
in Tsd. €	2014	2015	2016	2017
<b>Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen<sup>39</sup> gem. Schuldenstatistik</b>	<b>386.315</b>	<b>373.047</b>	<b>357.464</b>	<b>340.984</b>
<b>Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gem. Vermögensrechnung</b>	<b>386.046</b>	<b>378.117</b>	<b>370.187</b>	<b>341.631</b>
davon Sonderkonjunkturprogramm	49.101	47.159	45.218	43.276
davon Kommunalinvestitionsprogramm I	0	0	53	119
davon Tagesgeld	0	5.000	12.300	0
<b>Schuldendienst gesamt</b>	<b>49.588</b>	<b>44.030</b>	<b>63.153</b>	<b>52.559</b>
<b>Zinsen<sup>40</sup></b>	<b>13.585</b>	<b>13.676</b>	<b>11.932</b>	<b>10.789</b>
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm u. Ersatzschulen</i>	<i>1.899</i>	<i>1.826</i>	<i>1.754</i>	<i>1.682</i>
<i>davon Tagesgeld</i>	<i>12</i>	<i>22</i>	<i>10</i>	<i>0</i>
<b>Tilgung</b>	<b>36.003</b>	<b>30.354</b>	<b>51.221</b>	<b>41.770</b>
davon Sonderkonjunkturprogramm	1.942	1.942	1.942	1.942
davon Kommunalinvestitionsprogramm I	0	0	0	2

Die Schulden (im Sinne der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) des Jahres 2017 enthalten auch den Bestand an Schulden für das Sonderkonjunkturprogramm. Gemäß der hessischen Vorgaben sind diese Schulden trotz fremder Tilgungsanteile (Landesprogramm 83,33 %, Bundesprogramm 87,5 %) vollständig bei den Kommunen zu bilanzieren. Im Ergebnis führt dies zu einer Verschlankung der Schuldenstatistiken bei Land und Bund zu Lasten der kommunalen Schuldenstatistik. Als Gegenposition findet sich der Tilgungsanteil des Landes in entsprechender Höhe im Forderungsbestand.

Insgesamt verringerte sich die Summe der Kreditverbindlichkeiten im Vergleich zu 2016 um 28.556 Tsd. €.

<sup>39</sup> Die Darstellung enthält gegenüber dem an das Land Hessen gemeldeten Schuldenstand jeweils die Verbindlichkeiten aus Anspar- und Sonderbeiträgen für Landesdarlehen des Investitionsfonds B und Tagesgeld (falls aufgenommen), allerdings ab 2013 keine Landesanteile Altlasten.

<sup>40</sup> Die genannten Zinswerte sind der jeweiligen Ergebnisrechnung (d. h. inklusive Abgrenzung) entnommen.



Die Kennzahl drückt die Schulden durch Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen je Einwohner aus. Durch die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 50.000 Tsd. € für das Projekt „Platz der deutschen Einheit“ (Sporthalle und Gewerbekomplex) stieg die Kennzahl im Jahr 2014 wieder an. In den Jahren 2015 bis 2017 konnte die Verschuldung aufgrund von Tilgungen wieder kontinuierlich zurückgeführt werden. Und erreichte in 2017 den niedrigsten Stand der letzten 10 Jahre. Die Kennzahl wird auch durch die steigenden Einwohnerzahlen beeinflusst.

### 2.9 Chancen

#### 1. Demographische Entwicklung

Die LHW zählt nach neueren Analysen<sup>41</sup> zu den Wanderungsgewinnern bis 2035. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die LHW die Chance auf, eine stetige, wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen.

#### 2. RheinMain CongressCenter

Durch den Neubau des RMCC (Inbetriebnahme im April 2018) erhält die LHW wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an alter Stelle. Bei guter Auslastung ergeben sich sowohl Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen als auch durch die positive Geschäftsentwicklung, die dann zu einer ebenfalls guten Ergebnisentwicklung und damit zu geringeren Betriebskostenzuschüssen führt.

#### 3. Niedriges Zinsniveau

Das weiterhin niedrige Zinsniveau bewirkt eine beträchtliche Haushaltsentlastung. Die Liquiditätswirkung trägt mit dazu bei, dass die LHW lediglich zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen Tagesgeld/Kassenkredite aufnimmt. Die LHW überwacht stets die Zinsentwicklung und sichert das Zinsniveau z. B. über Forward-Kredite.

#### 4. Liquiditätsüberschüsse

Die erreichten Liquiditätsüberschüsse in Verbindung mit dem genannten niedrigen Zinsniveau bieten die Chance zur Erneuerung des, zumindest teilweise in die Jahre gekommenen Infrastrukturvermögens und die Investition in Zukunftsthemen.

#### 5. Investitionen in Wohnungsbau

Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften arbeiten derzeit an einem ambitionierten Wohnungsbauprogramm (1200 neue Wohnungen pro Jahr, davon 400 gefördert)<sup>42</sup>, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Die LHW unterstützt ihre Wohnungsbauunternehmen hierbei mit zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen.

---

<sup>41</sup> Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017.

<sup>42</sup> Beschluss Nr. 142 der Stadtverordnetenversammlung vom 30.03.2017

### 2.10 Risiken

Aus der kommunalen Aufgabenwahrnehmung der Stadt ergeben sich naturgemäß eine Reihe von Risiken. Als Risikobereiche sind insbesondere zu nennen:

#### 1. Steuerentwicklung

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Jahr 2017 auf 1.270.643 Tsd. €. Auf die Position „Steuern und ähnliche Erträge“ entfallen 636.327 Tsd. €. Darin enthalten sind 519.539 Tsd. € aus den Steuerarten Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (468.104 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 50.436 Tsd. €). Demnach ist das Ertragsaufkommen der LHW wesentlich von der Entwicklung dieser beiden Steuerarten abhängig. Das Risiko der Stadt besteht insbesondere darin, dass diese beiden Steuerarten stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf, bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt werden.

#### 2. Bundes- und Landesgesetzgebung

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt.

Ab 1. August 2018 ist beispielsweise in Hessen der Kita-Besuch für alle Kinder ab drei Jahren bis zur Einschulung an sechs Stunden pro Tag kostenfrei. Bislang war nur das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung für fünf Stunden von den Gebühren befreit. Die Kommunen erhalten zur Finanzierung eine Pauschale pro Kind. Die Pauschale soll, nach Ansicht des Landes Hessen, die vollständigen Kosten decken. Das wird zu beobachten sein.

Weitere Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die neue Gesetzgebung zur Umsatzsteuer aus § 2b Umsatzsteuergesetz<sup>43</sup>, welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die LHW sind derzeit noch nicht absehbar.

Die LHW wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

#### 3. Anstieg der Fallzahlen im Bereich Flüchtlinge und Asyl

Die Zahl der betreuten Flüchtlinge und Asylbewerber sank seit dem Spitzenjahr 2015 kontinuierlich. Allerdings entstehen Risiken für den Haushalt in den Bereichen Zuwanderung und Integration, sowie Grundsicherung und Flüchtlinge durch steigende Kosten für das Personal und die Leistungen an Hilfeempfänger. Während die Pauschale des LAG die Kosten der Erstaufnahme weitgehend deckt, kann nunmehr von einem stärkeren Übergang der Asylbewerber in das SGB II und SGB XII ausgegangen werden. Die Erstattungsquote des SGB II liegt bei ca. 84 %, die des SGB XII (nur Grundsicherung) bei 100 %. Die restlichen Mittel (z.B. Teile der Verwaltung, Anteil an den Unterkunftskosten) sind aus dem Haushalt der LHW zu tragen. Hinzu kommen zusätzlich die Familienangehörigen, die als Familiennachzug berechtigt sind, SGB II-Leistungen zu beziehen. Auch in diesem Fall wirkt die LHW den Risiken über ihre

---

<sup>43</sup> Im Folgenden UStG

## Jahresabschluss 2017

aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

### 4. Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung birgt auch Risiken in sich. So geht die neueste Bevölkerungsprognose<sup>44</sup> von einem Anstieg (ca. 56 Tsd. im Jahr 2016, ca. 68 Tsd. im Jahr 2035) der Personen im Rentenalter um 20,9 % bis 2035 aus. Personen im Rentenalter verfügen in der Regel über ein geringeres Einkommen als Erwerbspersonen. Damit sinkt die Einkommensteuer. Zudem steigt das Risiko zusätzlicher Sozialtransfers.

### 5. Günstige Zinsentwicklung / Liquiditätsüberschüsse

Beide Faktoren bieten auch das Risiko, den zusätzlich gewonnenen Spielraum für konsumtive Zwecke zu nutzen. Hiermit gehen in der Regel dauerhafte Steigerungen von Ausgaben einher (z. B. im Falle des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen ohne die entsprechende ganzheitliche Refinanzierung). Sie führen tendenziell bei sinkenden Einnahmen (insbesondere Steuern) zu einer strukturellen Überschuldung, da einmal eingeführte Leistungen nur schwer abgebaut werden können. Die Zinsen liegen mittlerweile unter der Inflationsrate. Insofern ist eine schleichende Entwertung der liquiden Mittel festzustellen. Für Tagesgeld werden kaum noch Zinsen gezahlt. Die LH Wiesbaden steuert dem unter anderem in der Anlage einiger Gelder in einem individuell aufgelegten Fonds gegen.

### 6. Beteiligungen

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings überwacht das Beteiligungsmanagement die unternehmerische Planung der Gesellschaften. Darüber hinaus stellt das Beteiligungsmanagement sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig, u. a. mittels der Quartalsberichterstattung wesentlicher städtischer Gesellschaften, festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerungsrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz<sup>45</sup> (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer<sup>46</sup> PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. Dort sind bereits im Jahr 2016 bei keiner Mehrheitsgesellschaft der LHW Beanstandungen zu diesem Fragenkreis festgestellt worden und auch bei allen vorliegenden Jahresabschlüssen des Jahres 2017 der Mehrheitsgesellschaften der LHW findet der Fragenkreis 4 angemessene Beachtung. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

<sup>44</sup> Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017

<sup>45</sup> Im Folgenden HGrG

<sup>46</sup> Im Folgenden IDW

## Jahresabschluss 2017

---

Das Prüfungsfeld im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der städtischen Gesellschaften wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinie beinhaltet auch das in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet die Überprüfung beihilfenrechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union<sup>47</sup> insb. zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700).

Für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der LHW befindet, hält die LHW Ausfallbürgschaften in Höhe von 579.210 Tsd. €. Dem Risiko des Eintritts wird ebenfalls im Rahmen der oben genannten Maßnahmen des Beteiligungsmanagements entgegengewirkt.

### Feierabendheim Simeonhaus GmbH

Die LHW hat die bisher von der Wiesbaden Stiftung gehaltenen Geschäftsanteile (5,1 %) am Feierabendheim Simeonhaus im Sommer 2016 erworben. Die LHW hält somit 100 % an der Feierabendheim Simeonhaus GmbH.

### Altenhilfe Wiesbaden GmbH

Mit Beschluss Nr. 0550 hat die StVV am 21. Dezember 2017 beschlossen, dass der bereits am 14.09.2017 gefasste Beschluss Nr. 317 der Stadtverordnetenversammlung, hier die Umwandlung des Kassenkredits der AHW, vorgezogen wird und im Jahr 2017 in Form einer Kapitaleinlage durchgeführt wird.

Die AHW erhielt aufgrund des o.g. Beschlusses eine Eigenkapitalzuführung in Höhe von 3.770.000,00 € im Jahr 2017.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung bereits 2015 beschlossen, eine tragfähige - insbesondere bauliche Perspektive - für die Altenpflege in städtischer Trägerschaft unter dem Dach der Altenhilfe Wiesbaden GmbH zu entwickeln. Parallel dazu wurden und werden umfangreiche Renovierungstätigkeiten am Bestandsgebäude Toni-Sender-Haus vorgenommen. Ob das Moritz-Lang-Haus am alten Standort saniert oder abgerissen wird und durch einen Neubau mit 90 Plätzen am selben oder ggf. an einem anderen Standort ersetzt wird, ist noch nicht endgültig entschieden. In Abhängigkeit vom Ergebnis soll die HSK Pflege GmbH auf die Altenhilfe Wiesbaden GmbH bzw. die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH verschmolzen werden.

Gemäß Grundlagenbericht zur Altenhilfeplanung des Amtes für Soziale Arbeit leben gegenwärtig 54.000 ältere Menschen über 65 Jahre in Wiesbaden. Gemäß den aktuellen Bevölkerungsprognosen soll sich die Anzahl bis zum Jahr 2030 auf 62.000 erhöhen. Der stärkste Zuwachs wird bei den Hochbetagten (über 80-Jährigen) erwartet. Deren Zahl soll von derzeit 14.500 auf knapp 20.000 ansteigen. Um den erwarteten Mehrbedarf im Bereich der vollstationäre Pflege sicherstellen zu können wird davon ausgegangen, dass bis zum Jahr 2020 rund 200 zusätzliche Pflegeplätze sowie bis zum Jahr 2030 insgesamt 400 zusätzliche Pflegeplätze in Wiesbaden benötigt werden. Die jüngst veröffentlichten Berichte der WHO lassen zudem erkennen, dass sich die Anzahl der an Demenz erkrankten Menschen bis zum Jahr 2030 verdoppeln könnte. Dieser Wandel stellt große Herausforderungen an die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung.

---

<sup>47</sup> Im Folgenden AEUV

## Jahresabschluss 2017

### **mattiaqua**

Beim Eigenbetrieb mattiaqua sind Verluste eingetreten, die nicht durch einen Betriebskostenzuschuss ausgeglichen wurden. Aus diesem Grund besteht ein weiterer Korrekturbedarf in Höhe des den Betriebskostenzuschuss übersteigenden Jahresverlustes. Dieser Betrag mindert den Wert der entsprechenden Finanzanlage.

Im Jahresabschluss 2017 wird - unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode - eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 3.222.015,70 € der Finanzanlage vorgenommen. Dagegen konnte zuvor eine nachträgliche Zuschreibung in Höhe von 5.661,77 € vorgenommen werden, da der tatsächliche Verlust im Jahr 2016 geringer war als die vorgenommene Abwertung, die auf Basis der Hochrechnung erfolgte. Gleichzeitig erfolgte ein Verlustausgleich in Höhe von 1.311 Tsd. € um eine bilanzielle Überschuldung zu vermeiden. (siehe auch unter 3.1.9 Verbindlichkeiten)

Im Jahr 2018 soll eine Eigenkapitalerhöhung in Form einer Kapitaleinlage i. H. v. 8.121.206,06 € stattfinden (vgl. Beschluss Nr. 0021 der Stadtverordnetenversammlung vom 07.02.2018 zu SV 18-V-20-0004), damit im Sinne des Eigenbetriebsgesetzes eine ausreichende Eigenkapitalversorgung des Eigenbetriebs gewährleistet ist.

### **RheinMain CongressCenter (RMCC)**

Neben den oben genannten Chancen, wird der Betrieb des RMCC jedoch mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen verbunden sein. Die Baukosten betragen ca. 200 Mio. €. Alleine durch die Zinsen und Abschreibungen steigen die Betriebskosten gegenüber der alten Rhein-Main-Halle deutlich. Falls sich für die Zeit nach der Inbetriebnahme ab 2018 ein inhärentes Vermarktungsrisiko in Form der nicht ausreichenden Vermietung der Hallen ergäbe, brächte dies ein Risiko für höhere Betriebskostenzuschüsse und Verlustausgleiche seitens der LH Wiesbaden mit sich. Dem Vermarktungsrisiko wird durch intensive Akquise- und Marketingaktivitäten begegnet.

### **TriWiCon**

Da bei der TriWiCon Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen.

Es wurde im Jahresabschluss 2017 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 3.507.042,92 € der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt außerordentlichen Aufwand dar. Eine nachträgliche Abwertung in Höhe von 55.755,00 € wurde vorgenommen, da der tatsächliche Verlust in 2016 höher war als die vorgenommene Abwertung, die auf Basis der Hochrechnung erfolgte.

Mit Beschluss Nr. 0180 hat die Stadtverordnetenversammlung am 18. Mai 2017 beschlossen, Mittel in Höhe von 422.680,00 € als Kapitaleinlage in die TriWiCon einzulegen, um die Steuernachzahlung für den Zeitraum von 2010 bis 2012 der Wiesbaden Marketing GmbH auszugleichen. Die Kapitaleinlage wurde in 2017 durchgeführt.



## Jahresabschluss 2017

### Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden<sup>48</sup> (vormals HSK Rhein-Main GmbH)

Der Schwerpunkt der Gesellschaft liegt in der Profilierung und Stärkung der LHW als Gesundheitsstadt durch Maßnahmen und Projekte sowie der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Darüber hinaus prüft die EGW, gemäß eines Gremienbeschlusses der Landeshauptstadt Wiesbaden, wie unter Berücksichtigung von steuerlichen und gesellschaftsrechtlichen Aspekten eine Verzahnung der EGW mit der HSK (Dr. Horst-Schmidt-Kliniken) Pflegegesellschaft und Wiesbadener Seniorenzentren sichergestellt werden kann. Die EGW soll dadurch die strategische Steuerung der Gesellschaften in diesem Bereich bündeln und konzentrieren. Dazu hat die EGW ein Konzept mit alternativen Gestaltungsoptionen erarbeitet und vorgelegt. Nach Vorlage der entsprechenden Konzeption durch die EGW haben die Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden im März 2017 beschlossen, 94,4 % der Geschäftsanteile der Altenhilfe Wiesbaden GmbH an die EGW zu übertragen.

### ESWE<sup>49</sup> Verkehrsgesellschaft mbH

Die Risiken in diesem Sektor wirken sich mittelbar über die Gewinnabführungen der Wohnen Verkehr und Versorgung<sup>50</sup> Wiesbaden Holding GmbH aus. So können steigende Energie- und Personalkosten nicht voll über den Fahrpreis erwirtschaftet werden. Die anhaltende Personalfuktuation und eine zeitweise hohe Krankenquote sind ursächlich für einen zusätzlichen Personalbedarf im Fahrdienst. Der umfassende Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie die erhebliche Förderung bei der Ausbildung neuer Arbeitskräfte sollen dem zusätzlichen Personalbedarf entgegenwirken.

Mit der Erteilung der Linienkonzession, die vom 01.10.2017 bis zum 30.09.2027 gilt, konnte die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH in 2016 die positive Entscheidung zur europarechtskonformen Direktvergabe der ÖPNV-Leistungen in Wiesbaden bis 2027 sicherstellen. Damit sind einerseits das attraktive Angebot eines engmaschigen Liniennetzes und einer hohen Fahrdichte für die Fahrgäste sichergestellt und andererseits auch die Arbeitsplätze bei ESWE Verkehrsgesellschaft mbH langfristig gesichert.

Mit Beschluss Nr. 0233 hat die StVV am 29.06.2017 zur Kenntnis genommen, dass ESWE Verkehrsgesellschaft mbH anstrebt, bis 2022 einen völlig emissionsfreien ÖPNV zu betreiben. Hierzu zählen der Einsatz der CityBahn, der Austausch der verbleibenden Dieselbusse weitestgehend durch batteriebetriebene E-Busse, der Austausch der Dieselbusse, die wegen der besonders langen Fahrstrecken nicht durch batteriebetriebene E-Busse ersetzt werden können, durch Brennstoffzellenbusse und der Austausch aller Hilfsfahrzeuge gegen E-Fahrzeuge.

Danach ist künftig mit einer erhöhten Belastung des Jahresergebnisses der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH zu rechnen, da die umfangreichen Projekte nicht in vollem Umfang von Fördermittelgebern getragen werden.

### WVV Wiesbaden Holding GmbH

Die WVV umfasst den Bereich Verkehr, Versorgung und Immobilien. Risiken im Bereich Verkehr sind bereits im vorhergehenden Absatz beschrieben. Die ESWE Versorgungs AG trägt mit ihrem Ergebnis wesentlich zur Quersubventionierung des Verkehrs bei. Im Jahr 2017 weist die Holding ein höheres Ergebnis gegenüber der Planung aus. Aus der Wirtschaftsplanung der WVV wird ersichtlich, dass künftig sinkende Gewinne der Versorgung, steigenden Verlusten des Verkehrs gegenüber stehen, u. a. aufgrund von diversen Großprojekten. Die

<sup>48</sup> Im Folgenden EGW

<sup>49</sup> Stadtwerke Wiesbaden

<sup>50</sup> Im Folgenden WVV

## Jahresabschluss 2017

---

Ausschüttungsfähigkeit an die LHW aus dem Periodenergebnis wird in den Folgejahren verringert. Im Immobiliensektor sind vor allem die projektorientierten Gesellschaften SEG und WiBau GmbH mit Risiken behaftet, während die GWW<sup>51</sup> durch den Nachfrageüberhang auf dem Wohnungsmarkt ein solides Ergebnis erwirtschaftet und damit über eine stabile Ertragskraft verfügt.

Im Jahr 2017 hat die WVV mit den Gesellschaften SEG, WiBau und GWI<sup>52</sup> einen Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

### Stiftung Stadtmuseum

Mit Beschluss des StVV Nr. 0572 vom 19.12.2013 wurde die Errichtung einer Stiftung des öffentlichen Rechts beschlossen. Die Stiftung Stadtmuseum war zuvor eine Abteilung des Kulturamts und wurde zum 01.01.2017 zur Stiftung des öffentlichen Rechts als selbständig rechtsfähige juristische Person umgewandelt.

Nach Anerkennung der Stiftung durch das Land Hessen und Erlangung ihrer Rechtsfähigkeit sollten alle erforderlichen vertraglichen Regelungen vorgenommen werden, wie z. B. Übertragung der Exponate der Sammlung Nassauischer Altertümer in das Stiftungsvermögen (Grundstockvermögen).

Das Grundstockvermögen der Stiftung wurde durch das Kulturamt und den Fachbereich Stadtkasse mit 39.832.557,05 € ermittelt und ist in der Bilanz als Sondervermögen erfasst.

Eine erneute bilanzielle Betrachtung des Sachverhalts im Jahr 2018 ergab, dass die Stiftung als selbständige Stiftung nicht im Finanzanlagevermögen der Landeshauptstadt Wiesbaden zu führen ist. Ab dem Haushaltsjahr 2018 wird die Stiftung Stadtmuseum daher nicht mehr in der Bilanz abgebildet.

### Stiftungskapital - Petzoldstiftung

Im Zuge des Verkaufs der zur Petzoldstiftung gehörenden Gewerbeimmobilie Große Bleiche 1 in Mainz musste der Kaufpreis plus Nebenkosten für die neu erworbene Wohnimmobilie Hopfgartenstrasse 8 aktiviert werden. In dem Kaufpreis in Höhe von 1.435.214,20 Euro sind Grunderwerbsteuer, Notar- und Gerichtskosten enthalten. Dieser Kaufpreis wurde dem Stiftungskapital zugeschrieben, so dass per 31.12.2017 ein Stiftungskapital in Höhe von 2.888.156,01 Euro ausgewiesen wird.

### WJW

Für die Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH (WJW) bestehen bestandsgefährdende Risiken in der Änderung und Gestaltung der gesetzlichen Grundlagen (SGBII und SGBVIII) sowie in veränderten Ausgestaltungen durch die örtliche Vorgehensweise und der damit einhergehenden Finanzausstattung. Die Gesellschaft muss sich künftig diesen Herausforderungen stellen, indem sie Ihre Kapazität dem Bedarf und der Nachfrage entsprechend anpasst. Hierzu ist die Erstellung eines umfassenden Konzeptes in enger Zusammenarbeit mit der LHW erforderlich, um künftig eine nachhaltig erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft sicherzustellen. Für die Folgejahre wird damit gerechnet, dass Restrukturierungskosten das Ergebnis zusätzlich belasten werden.

Die abschließende Sicherung der Pachtflächen der Domäne Mechtildshausen steht immer noch aus. Sowohl Erbbaurechts- wie auch Pachtvertrag konnten bislang wegen einzelner, durch den

---

<sup>51</sup> Wiesbadener Wohnbaugesellschaft

<sup>52</sup> Gewerbeimmobilien GmbH

## Jahresabschluss 2017

Verpächter zu erbringenden Vorleistungen noch nicht abgeschlossen werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass der Abschluss des Pachtvertrages zwischen dem Land Hessen und der WJW GmbH nunmehr im Verlauf des Jahres 2018 erfolgen wird.

### Hinweis

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

### 7. Strukturelle Risiken

Durchgeführte oder geplante große Investitionen städtischer Gesellschaften, wie z. B. das RMCC, die geplante Citybahn oder Wohnungsbauprojekte, bergen Risiken für die Zukunft in sich. Neue bzw. steigende Betriebskosten oder der zu erbringende Schuldendienst können zu steigenden Betriebskostenzuschüssen bzw. geringeren Gewinnabführungen städtischer Gesellschaften oder Eigenbetriebe führen. Damit wirken sich diese Vorgänge mittelbar auf den städtischen Haushalt aus. Sie sind in Krisenzeiten auf lange Sicht nicht konsolidierungsfähig und bilden damit potentiell ein strukturelles Risiko. Dem Eingehen solcher Risiken ist nur mit entsprechend umsichtigen Beschlussfassungen entgegen zu wirken.

### 8. Investition und Instandhaltung

Die LHW verfügt über ein umfangreiches Gebäude- und Infrastrukturvermögen. Hieraus ergeben sich ständig Investitions- und Instandhaltungsrisiken. Soweit diese vorhersehbar sind, werden sie im Rahmen der Haushaltsplanung erfasst und entsprechende Maßnahmen geplant. Die Durchführung der Maßnahmen und die technische Entwicklung der Anlagen unterliegen der dauernden Überwachung durch die Bauämter.

### 9. Allgemeine Organisationsrisiken

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der LHW existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die LHW eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt. Hierzu gehören:

- die Schaffung der Stelle eines Korruptionsbeauftragten,
- der Erlass städtischer Vergaberichtlinien,
- der Erlass von Dienstanweisungen,
- die permanente Kontrolle von beauftragten Unternehmen,
- die Vertragskontrolle durch das Rechtsamt.

### 10. Liquiditätsrisiko

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres betrug 237.431 Tsd. €. Mehrere Jahre mit sinkenden Gewerbesteuererträgen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die LHW derzeit nicht erkennbar.

## Jahresabschluss 2017

---

### **11. Zinsrisiken**

Aus der Finanzierungstätigkeit einer Kommune heraus erwachsen Zinsrisiken. Zur Reduzierung dieses Risikos hat die Stadtverordnetenversammlung der LHW mit Beschluss Nr. 0071 vom 12.02.2004 die Einführung eines Zinsrisikomanagements beschlossen. Die Kämmerei berichtet den Körperschaften hierüber regelmäßig halbjährlich. Im Jahre 2017 wurde das Mandat durch die Commerzbank in Frankfurt am Main wahrgenommen.

### **12. Betriebsprüfungen**

Die LHW wird regelmäßig Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Soweit bezifferbar, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

## Jahresabschluss 2017

### 2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2017 sowie Ausblick

Gegenüber der Feierabendheim Simeonhaus GmbH wurde seitens der Zusatzversorgungskasse (KDZ) im März 2018 vom Recht der Kündigung der Mitgliedschaft Gebrauch gemacht. Etwaige Abfindungsansprüche zu Gunsten der KDZ, die sich in der Größenordnung von bis zu 10 Mio. € bewegen könnten, sind durch die Landeshauptstadt Wiesbaden durch Verpflichtungserklärung gesichert.

#### Haushalt

Die Haushaltssatzung 2018/2019 wurde am 21.12.2017 durch die StVV beschlossen. Von der Aufsichtsbehörde wurde sie am 24.05.2018 mit Hinweisen zur Haushaltsführung genehmigt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 geht, unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken, von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 28.683 Tsd. € aus.

Die geplanten Auszahlungen für Investitionen (immaterielle und Sachanlagen, sowie Finanzanlagen) belaufen sich auf 93.914 Tsd. €. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 64.252 Tsd. € und der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 150.000 Tsd. €<sup>53</sup> festgesetzt.

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts 2018 mit den Plan- und Ist-Zahlen des Haushaltsjahres 2017 gegenüber.

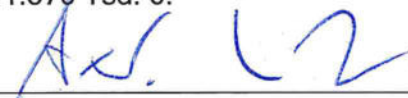
Position / Bezeichnung in Tsd. €	HH Ansatz 2018	Ist 2017	Plan akt. <sup>54</sup> 2017	HH Ansatz 2017
10 ordentliche Erträge	-1.201.386	-1.270.643	-1.124.859	-1.097.247
19 ordentlicher Aufwand	1.241.387	1.197.259	1.125.382	1.118.129
20 Verwaltungsergebnis	40.001	-73.384	523	20.882
21 Finanzerträge	-24.985	-31.465	-30.211	-31.311
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	14.767	17.974	20.704	20.704
23 Finanzergebnis	-10.219	-13.492	-9.507	-10.607
24 ordentliches Ergebnis	29.783	-86.876	-8.984	10.275
25 außerordentliche Erträge	-1.100	-16.704	-10	0
26 außerordentliche Aufwendungen	0	11.360	7	0
27 außerordentliches Ergebnis	-1.100	-5.345	-3	0
28 Jahresergebnis	28.683	-92.221	-8.987	10.275

Die Sollstellung der Gewerbesteuer beträgt 312.904 Tsd. € (Datenstand: 09/2018).

Die vorläufige Festsetzung der Schlüsselzuweisungen (09. Februar 2018) für das Jahr 2018 beträgt 157.906 Tsd. €.

Im Endergebnis 2018 prognostiziert die Hochrechnung des Haushaltsmanagementsystems (Datenstand: 31.08.2018) einen Fehlbetrag in Höhe von - 11.570 Tsd. €.

Wiesbaden, den 11. Februar 2019



Imholz

Stadtkämmerer

<sup>53</sup> Das Ministerium des Inneren und für Sport hat mit Genehmigungserlass vom 24. Mai 2018 einen Höchstbetrag der Kassenkredite von 150.000 Tsd. € jährlich genehmigt.

<sup>54</sup> Fortgeschriebener Ansatz ohne übertragene Ermächtigungen (früher: Haushaltsreste/Vorträge).

## 2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

<b>Vermögenslage</b>	<b>Reinvestitionsquote</b>	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen}^{55}}{\text{Abschreibungen auf Sachanlagen}} \times 100$
	<b>Pro- Kopf-Verschuldung</b>	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen}}{\text{Einwohnerzahl}^{56}}$
<b>Finanzlage</b>	<b>Freier Cash-Flow</b>	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit ./ Auszahlungen a. d. ordentl. Tilgung v. Krediten und Anleihen
<b>Ertrags- und Aufwandslage</b>	<b>Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad</b>	$\frac{(\text{Ordentliche Erträge} + \text{Finanzerträge}) \times 100}{(\text{Ordentliche Aufwendungen} + \text{Finanzaufwendungen})}$
	<b>Steuerquote</b>	$\frac{\text{Erträge aus Steuern} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	<b>Zuwendungsquote</b>	$\frac{\text{Etr. a. Zuweisungen und Zusch. f. lfd. Zwecke} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	<b>Personalaufwandsquote</b>	$\frac{\text{Personalaufwendungen (inkl. Versorgung)} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	<b>Zinslastquote</b>	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

<sup>55</sup> = Zugänge zu AK/HK des Haushaltsjahres (-) (Abgänge zu AK/HK des Haushaltsjahres (+/-) Umbuchungen zu AK/HK des Haushaltsjahres (-) Abschreibungen auf Anlagenabgänge und Umbuchungen).

<sup>56</sup> Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit dem Gesamtabchluss finden ab dem Jahresabschluss 2014 die jeweils veröffentlichten Daten des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik Verwendung. Dies gilt auch für die Vergangenheitswerte ab dem Jahr 2010.

## Jahresabschluss 2017

### 3 Anhang/Erläuterungen zum Jahresabschluss

Im Anhang zum Jahresabschluss 2017 werden gemäß Ziffer 4 des § 112 HGO die wesentlichen Positionen erläutert mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Teilergebnisrechnungen der Dezernate werden für die Teilhaushalte Wiesbaden und die Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim<sup>57</sup> zusammen erstellt und befinden sich im Tabellenteil ab Kapitel 4.10.

Investitionen und Instandhaltung werden im Kapitel 3.4 erläutert.

Da die Werte in Tsd. € ausgewiesen sind, kann es gegenüber den exakten Werten der jeweiligen Rechnungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

#### 3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung

Das Anlagevermögen als wertmäßig bedeutsamste Position in der Vermögensrechnung hat sich 2017 um 31.355 Tsd. € auf nunmehr 2.359.608 Tsd. € erhöht. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 85,55 %.

##### 3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände (in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz*
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	2.353	3.192	-839
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	73.767	71.924	1.843
<b>Gesamt</b>	<b>76.120</b>	<b>75.115</b>	<b>1.004</b>

\* in allen Tabellen können sich kleine Rundungsdifferenzen ergeben durch die Aufrundung auf Tsd. €

Die Zugänge setzen sich zusammen aus der Gewährung von Investitionszuschüssen an Dritte (rd. 8.183 Tsd. €) und der Beschaffung von Software / Lizenzen (rd. 319 Tsd. €).

Bei den geleisteten Investitionszuschüssen an Dritte sind unter anderem Investitionszuschüsse an das Land Hessen für den Bau einer Tiefgarage der Hochschule Fresenius (rd. 2.500 Tsd. €), an die SEG für den Neubau von Wohnungen in der Straße Bierstadter Höhe (rd. 2.525 Tsd. €) und ein weiterer Zuschuss an die SEG für den Neubau des Schulkinderhauses in Wiesbaden-Sonnenberg (rd. 600 Tsd. €) ausgezahlt worden. Die Evangelische Regionalverwaltung erhielt 2017 Zuschüsse (rd. 685 Tsd. €) für die Krippenerweiterung der ev. Paul-Gerhardt-Gemeinde.

Bereits abgeschriebene Investitionszuschüsse werden aus dem Anlagevermögen ausgebucht. In 2017 wurden daher die im Jahr 2007 gewährten und zwischenzeitlich abgeschriebenen Investitionszuschüsse ausgebucht, daraus resultieren Anlagenabgänge in Höhe von rd. 132 Tsd. € sowie die damit zusammenhängenden Wertberichtigungen.

<sup>57</sup> Im Folgenden AKK.

## Jahresabschluss 2017

Eine weitere Festlegung bestand darin, auch bereits abgeschriebene Software aus dem Anlagevermögen auszubuchen. In 2017 resultierten daraus Anlagenabgänge in Höhe von rd. 375 Tsd. €.

### 3.1.2 Sachanlagevermögen

Grundstücke (in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz
Unbebaute Grundstücke	170.549	160.784	9.766
Bebaute Grundstücke	301.460	312.082	-10.622
<b>Gesamt</b>	<b>472.009</b>	<b>472.866</b>	<b>-857</b>

Bei den Grundstücken sind öffentliche Grünflächen und Waldflächen nicht enthalten, sie werden unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesen.

2017 hat sich der Buchwert bei den unbebauten Grundstücke u.a. durch Nachzahlungsverpflichtungen nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes im Baugebiet Hainweg in Wiesbaden-Nordenstadt erhöht (rd. 9.190 Tsd. €).

Verkauft wurde beispielsweise ein Grundstück für die Erweiterung der Hochschule RheinMain (rd. 1.588 Tsd. €), sowie ein Grundstück in Wiesbaden-Biebrich (rd. 898 Tsd. €) für Gewerbeansiedlung. Für den Neubau von Wohnungen wurde das Grundstück des Parkhauses Rhein-Main-Halle verkauft (rd. 9.042 Tsd. €).

Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken (in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz
Schulbauten	289.004	295.474	-6.471
Gebäude der Kinder-, Jugend - und Freizeiteinrichtungen	37.024	38.148	-1.124
Bauten der Alten- u. Betreuungseinrichtungen	3.335	3.425	-90
Bauten der Sporteinrichtungen	15.333	16.074	-741
Kulturgebäude	19.809	20.207	-398
Gebäude des Brand- u. Katastrophenschutzes	10.368	10.573	-205
Friedhofsgebäude	878	912	-34
sonstige Betriebsgebäude	4.943	5.396	-453
Gebäude der Verwaltung	13.191	13.485	-294
Wohn- und Mischgebäude	74.635	71.197	3.438
Andere Bauten	2.907	2.994	-86
Bauten auf fremden Grundstücken	2.052	2.099	-47
Außenanlagen	13.487	12.144	1.343
<b>Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken</b>	<b>486.967</b>	<b>492.128</b>	<b>-5.162</b>

Der Wert setzt sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.



## Jahresabschluss 2017

Der Buchwert der Schulen hat sich u.a. durch den Abriss von Schulgebäuden verringert. Abgerissen wurden z.B. einige Gebäude der Theodor-Fliedner-Schule (rd. 1.093 Tsd. €), sowie ein Teil (Werkstatttrakt) der Friedrich-Ebert-Schule (rd. 1.356 Tsd. €).

Ebenso reduzierte sich der Buchwert bei den sonstigen Betriebsgebäuden z.B. durch den Verkauf des Parkhauses Rhein-Main-Halle (rd. 3.745 Tsd. €).

Bei den „Wohn- und Mischgebäuden“ hat sich der Buchwert unter anderem dadurch erhöht, dass das Haus der Vereine in Dotzheim in Betrieb genommen wurde (rd. 5.033 Tsd. €).

Eine Erhöhung des Buchwertes bei den Außenanlagen ergab sich u.a. durch den Neubau des Kunstrasenplatzes der Dyckerhoff-Sportanlage (rd. 468 Tsd. €) und der Fertigstellung der Außenanlage Haus der Vereine in Dotzheim (rd. 470 Tsd. €). Weiterhin wurde die Außenanlage des Kulturparks auf der Fläche des Erbbaurechtsgrundstücks KuK e.V. (rd. 1.269 Tsd. €) hier ausgewiesen.

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, z.B. bei den Gebäuden der Kinder-, Jugend- und Freizeiteinrichtungen, und den Bauten der Sporteinrichtungen, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz
Straßen	162.050	171.705	-9.655
Wege, Plätze	21.687	23.018	-1.331
Ingenieurbauten	61.388	61.680	-292
Verkehrslenkungsanlagen	12.442	12.500	-58
Denkmäler	3.420	3.465	-46
Öffentliche Grünflächen	45.768	45.337	431
Friedhofsanlagen	16.001	16.010	-9
Gewässerbauten	7.123	7.247	-124
Wald	48.161	48.043	118
<b>Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen</b>	<b>378.040</b>	<b>389.005</b>	<b>-10.965</b>

## Jahresabschluss 2017

Die nachfolgende Tabelle zeigt Beispiele von Investitionsmaßnahmen, die in 2017 im Infrastrukturvermögen erfasst wurden (Werte der Anschaffungs- und Herstellungskosten<sup>58</sup> gerundet auf Tsd. €). Die Werte setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

Kulturpark 2. Bauabschnitt	273 Tsd. €
Kulturpark, Stützmauer zum Gelände Hauptbahnhof	355 Tsd. €
Grundsanierung Straße Alt Auringen	467 Tsd. €
Grundsanierung Susannastraße Igstadt (L 3039)	1.043 Tsd. €
Grundsanierung Helenenstraße	717 Tsd. €
Fahnenmasten in der Wilhelmstraße	315 Tsd. €
Verschiedene Fahrbahndeckenerneuerungen	1.315 Tsd. €
Straßenbeleuchtung	763 Tsd. €

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Weiteres Anlagevermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	136	147	-11
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.910	71.983	-38.074
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	74.370	57.345	17.025

Die Bilanzposition **Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung** ist mit 136 Tsd. € wertmäßig unbedeutend. Der Buchwert reduzierte sich durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres.

Das Anlagevermögen im Bereich der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** hat sich in 2017 verringert.

Im Jahr 2017 wurde die Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden errichtet. Für den Stiftungszweck wurden der Stiftung die Vermögensgegenstände des Stadtmuseums übertragen, hierzu gehört unter anderem auch die Sammlung Nassauischer Altertümer (gesamt rd. 39.953 Tsd. €).

<sup>58</sup> Im Folgenden AHK.

## Jahresabschluss 2017

*Beispiele in welchen Bereichen sich das Anlagevermögen erhöht hat, sind im Folgenden dargestellt:*

Mobiliar/Einbauten	921 Tsd. €
Fahrzeugbeschaffungen	723 Tsd. €
Melde- und Warnanlagen	918 Tsd. €
Ausstattung Brand- und Katastrophenschutz	776 Tsd. €
Kücheneinrichtungen	411 Tsd. €
Computer und Netzwerktechnik	576 Tsd. €
Spiel- und Bolzplatzeinrichtungen	211 Tsd. €
Sportgeräte	543 Tsd. €

*Beispiel Abgangsbuchung 2017 (Wert der AHK):*

Fahrzeugverkäufe	539 Tsd. €
------------------	------------

Die **Anlagen im Bau** sind mit rd. 74.370 Tsd. € ausgewiesen.

Wesentlicher Bestandteil der Anlagen im Bau sind die Umlegungsverfahren Petersweg-Ost und Oberer Wingertsweg mit zusammen rund 32.199 Tsd. €.

*Beispiele für noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen:*

Neubau und Umbau der Theodor-Fliedner-Schule	13.175 Tsd. €
Neubau Rudolf-Dietz-Schule	1.438 Tsd. €
Neubau Albert-Schweitzer-Schule	1.268 Tsd. €
Neubau Carl-von-Ossietzky-Schule	790 Tsd. €
Erweiterung Peter-Rosegger-Schule	2.732 Tsd. €
Erweiterung Diesterwegschule	2.087 Tsd. €
Erweiterung Justus-von-Liebig-Schule	1.842 Tsd. €
Neubau Ursula-Wölfel-Schule	562 Tsd. €
Neubau Bürgerhaus Medenbach	4.172 Tsd. €
Neugestaltung Rheinufer Biebrich	1.279 Tsd. €
Bau Spülleitungen Kessel-/Wellritzbach	959 Tsd. €
Neugestaltung Platz RheinMain CongressCenter	1.962 Tsd. €
Beschaffung Löschfahrzeuge	804 Tsd. €
Generalsanierung Kunsthaus	639 Tsd. €

Die Werte der AHK, gerundet auf Tsd. €, setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

## Jahresabschluss 2017

### 3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz
Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen	478.372	440.122	38.250
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	63.602	65.413	-1.812
Beteiligungen und Zweckverbände	179	179	0
Ausleihungen an Unternehmen m. Beteiligungsverhältnis	16.830	16.775	55
Wertpapiere des Anlagevermögens	35.000	0	35.000
Sonst. Ausleihungen (Finanzanlagen)	70.436	73.535	-3.100
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	173.640	0
<b>Gesamt</b>	<b>838.058</b>	<b>769.664</b>	<b>68.394</b>

#### Erläuterungen zu veränderten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

##### Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen

Der Buchwert der Finanzanlage wurde aufgrund des vorläufigen Jahresabschlusses des Eigenbetriebs mattiaqua vollständig abgeschrieben.

Dem Gliederungspunkt „Risiken“ sind weitere Einzelheiten zu den verbundenen Unternehmen **mattiaqua + TriWiCon** zu entnehmen.

Weitere Informationen zu **Sonstigen Ausleihungen** entnehmen Sie dem Punkt „Weiteres Finanzanlagevermögen“.

# Jahresabschluss 2017

Der Anteilsbesitz der LHW stellt sich zum 31.12.2017 wie folgt dar:

	Buchwert in EUR 31.12.2017	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2016
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			
<b>Sondervermögen</b>			
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	100.000		100.000
TriWicon(ehemals Kurbetriebe Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	2.183.537		5.323.654
Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	122.608.358		122.608.358
Mattiaqua	0		3.216.354
Stiftungskapital (Grundkapital)	2.888.156		1.883.961
Stiftung Stadtmuseum (rechtlich selbständige)	39.832.557		0
<b>Summe Sondervermögen</b>	<b>167.612.608</b>		<b>133.132.327</b>
<b>sonstige Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			
WVW Wiesbaden Holding GmbH	285.353.126	100	285.353.126
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (vormals HSK Rhein-Main GmbH, Wiesbaden)	2.000.002	100	2.000.002
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH, Wiesbaden (abw.Wirtschaftsjahr 01.08.-31.07.)	9.245.471	100	9.245.471
Altenhilfe Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	6.124.000	100	2.354.000
Feierabendheim Siemeonhaus GmbH, Wiesbaden	1	100	1
WIM Liegenschaftsfond GmbH & Co.KG	5.467.136	100	5.467.136
Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH	25.000	100	25.000
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungs-ges. der Stadt Wiesbaden m.b.H., Wiesbaden	1.775.368	5,1	1.775.368
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden	195.186	5,13	195.186
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden	556.057	5,1	556.057
Exina GmbH	18.000	67,00	18.000
<b>Summe sonstige verbundene Unternehmen</b>	<b>310.759.347</b>		<b>306.989.347</b>
<b>Summe Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>478.371.955</b>		<b>440.121.674</b>
<b>Beteiligungen</b>			
<b>sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>			
NASPA	173.640.000	30	173.640.000
<b>Summe sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>	<b>173.640.000</b>		<b>173.640.000</b>
<b>Zweckverbände</b>			
Kommunales Gebietsrechenzentrum Wiesbaden	1		1
Abwasserverband Flörsheim	1	38,5	1
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	1		1
Naturpark Rhein-Taunus	1		1
Hessischer Verwaltungsschulverband	1		1
<b>Summe Zweckverbände</b>	<b>5</b>		<b>5</b>
<b>sonstige Beteiligungen</b>			
Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	15.000	12,5	15.000
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	61.072	4,00	61.072
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH, Wiesbaden	0	49,9	0
ivm GmbH, Frankfurt am Main	7.471	3,1	7.471
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	80.431	3,7	80.431
ZVN Finanz GmbH, Wiesbaden	1.150	4,6	1.356
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	12.500	7,14	12.500
MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co.KG	1.000	0,3	1.000
<b>Summe sonstige Beteiligungen</b>	<b>178.624</b>		<b>178.830</b>
<b>Summe Beteiligungen</b>	<b>178.624</b>		<b>178.830</b>
<b>Sonstige Ausleihungen</b>			
<b>davon Genossenschaftsanteile</b>			
Wiesbadener Volksbank e.G.	1.636		1.636
Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft	320		320
<b>Summe Genossenschaftsanteile</b>	<b>1.956</b>		<b>1.956</b>

## Jahresabschluss 2017

### Weiteres Finanzanlagevermögen

Bei den **Sondervermögen** handelt es sich neben den beiden Eigenbetrieben um das Stiftungsgrundkapital einer Immobilienstiftung (431 Tsd. €), sowie neun Bargeldstiftungen (1.453 Tsd. €).

Die Wertpapiere des Anlagevermögens umfassen den neu aufgelegten Spezialfonds der Deka Bank in Höhe von 35.000 Tsd. €. In dem Spezialfonds ist ein Teil der Erlöse aus dem Teilverkauf der ESWE Versorgungs AG an die Thüga AG angelegt.

Zu den **sonstigen Ausleihungen** gehört ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35.700 Tsd. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG aus dem Jahre 2001). Die Laufzeit der Anlage beträgt 20 Jahre (sofern keine Kündigung erfolgt) und wird zu 6,02 % p. a. verzinst. Die Zinsen werden jährlich ausgezahlt.

Die Ausleihungen (an verbundene Unternehmen 63.602 Tsd. €, an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 16.830 Tsd. € und an Sonstige 70.435 Tsd. €, - abzüglich der 35.700 Tsd. € Schuldscheindarlehen) beinhalten im Wesentlichen soziale Wohnungsbaudarlehen. Es handelt sich um niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Die größten Ausleihungen im Überblick:

Ausleihungen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz
GWW	39.757	40.807	- 1.050
GeWeGe <sup>59</sup>	18.400	18.712	- 312
Nass. Heimstätte	16.830	16.775	+ 55
Private/ Vereine	13.762	13.954	- 192
GWH <sup>60</sup>	12.255	13.421	- 1.166
Geno50	4.528	4.597	- 69
SEG	4.429	4.485	- 56
GSWerk	4.181	5.600	- 1.419
mattiaqua	962	1.329	- 367

<sup>59</sup> GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH.

<sup>60</sup> GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen.

## Jahresabschluss 2017

### 3.1.4 Umlaufvermögen

#### Vorräte

Da die LHW kein wesentliches Vorratsvermögen in Lagern hält, gelten die Vorräte als verbraucht und werden nicht angesetzt.

#### Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen / -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Gemäß der Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms, des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes sowie des Kommunalen Investitionsprogramms werden hier Forderungen gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 34.190 Tsd. € ausgewiesen. In gleicher Höhe wird bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert. Diese Form der Darstellung wurde ausschließlich auf Grund der oben erwähnten Förderrichtlinie vorgenommen.

Die Forderungen aus sonstigen Zuweisungen und Zuschüssen erhöhten sich um 3.541 Tsd. € auf 11.535 Tsd. €. Dies ist ausschließlich durch den Anstieg der Forderung für die Bundesbeteiligung des IV. Quartals 2017 an den SGB II und SGB XII Aufwendungen bedingt.

#### Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Die Forderungen aus Gewerbesteuer reduzierten sich in 2017 von 66.763 Tsd. € auf 62.009 Tsd. €.

Die Wertberichtigungen für diese Bilanzpositionen sind ebenfalls zurückgegangen und zwar von 43.724 Tsd. € auf 42.493 Tsd. €.

Die Forderungen für die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer betragen zum Bilanzstichtag 7.591 Tsd. € (Anstieg um 5.136 Tsd. € im Vergleich zu 2016).

Umgliederungen von kreditorischen Debitoren wurden in Höhe von 871 Tsd. € vorgenommen.

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz
Gewerbesteuer	62.009	66.763	-4.754
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	3.267	2.610	657
Forderung aus Beiträgen	94	120	-26
Grundsteuer	1.438	780	658
Spielapparatesteuer u.a.	221	195	26
Konzessionsabgabe	-67	702	-769
Zweitwohnungsteuer	328	83	245
Hundesteuer	336	279	57
Gemeindeanteil a. d. Einkommenssteuer	7.769	2.455	5.314
Gemeindeanteil a. d. Umsatzsteuer	-177	0	-177
Sonstige Abgaben	294	367	-73
Umgliederungen kreditorischer Debitoren	871	1.078	-207
Wertberichtigungen	-42.493	-43.724	1.231
<b>Gesamt</b>	<b>33.890</b>	<b>31.708</b>	<b>2.181</b>

## Jahresabschluss 2017

---

### Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verringerten sich um 1.571 Tsd. € auf 749 Tsd. € im Vergleich zu 2016. Im Gegensatz zu 2016 bestehen zum Bilanzstichtag 2017 keine hohen Forderungen aus Grundstücksverkäufen.

Korrekturen für fehlerhafte Abstimmkonten zu der Bilanzposition „sonstige Vermögensgegenstände“ wurden wie folgt vorgenommen:

- 1.908 Tsd. € Forderungen und 1.246 Tsd. € Wertberichtigungen wurden zu den sonstigen Vermögensgegenständen umgegliedert.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren wurden in Höhe von 591 Tsd. € vorgenommen.

Insgesamt betragen die Wertberichtigungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag 552 Tsd. €.

### Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Die gesamten Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 10.991 Tsd. € auf 40.328 Tsd. €.

Wesentliche Veränderungen traten bei folgenden Positionen auf:

- Die **Forderungen aus Betriebsmittelkrediten** an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen erhöhten sich um 20.000 Tsd. € auf 25.434 Tsd. €. Die Zunahme ergibt sich aus der Neuvergabe zweier Kredite von insgesamt 5.000 Tsd. € an die WJW<sup>61</sup> GmbH sowie eines vorübergehenden Zwischenfinanzierungskredites von 15.000 Tsd. € an die TriWiCon im Zusammenhang der Kapitalmarktdarlehensfinanzierung des RMCC. Die offenen Zinsforderungen aus diesen Krediten betragen zum 31.12.2017 rd. 239 Tsd. €.

---

<sup>61</sup> Wiesbadener Jugendwerkstätten



## Jahresabschluss 2017

Im Detail setzen sich die Forderungen aus Betriebsmittelkrediten wie folgt zusammen:

Schuldner	Tilgungsforderung in Tsd. €	Zinsforderung in Tsd. €
TRIWICON	15.000	0
WJW GmbH	5.000	0
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (früher HSK Rhein-Main GmbH)	2.700	14
HSK Pflege	1.384	7
AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH	1.350	207
<b>Gesamt</b>	<b>25.434</b>	<b>228</b>

Die sonstigen Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Sondervermögen reduzierten sich um 317 Tsd. € auf 5.117 Tsd. €. (Sachkonto 243000).

Im Rahmen des **Cashpool-Projekts** bestehen zum 31.12.2017 gegenüber den Wasserversorgungsbetrieben der LHW Forderungen i. H. v. 3.200 Tsd. € und gegenüber mattiaqua 5.000 Tsd. €

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren betragen 437 Tsd. €.

Weiterhin enthält diese Position **sonstige Forderungen** i. H. v. 4.569 Tsd. € an städtische Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen, die im Rahmen der **Abwicklung der Personalkosten** entstanden sind:

Name	Forderung in Tsd. €
Entsorgungsbetriebe der LHW	3.365
mattiaqua	454
TriWiCon	349
Rhein-Main-Hallen GmbH	158
WVV Wiesbaden Holding GmbH	84
Kurhaus Wiesbaden GmbH	72
WIVERTIS GmbH	56
Wasserversorgungsbetriebe der LHW	31
<b>Gesamt</b>	<b>4.569</b>

## Jahresabschluss 2017

---

### **Sonstige Vermögensgegenstände**

Die wesentlichen Posten der sonstigen Vermögensgegenstände bilden die Nebenforderungen (4.398 Tsd. €), Forderungen für Darlehen, die nach dem Bundessozialhilfegesetz<sup>62</sup>, SGB II und SGB XII vergeben wurden (2.436 Tsd. €) und andere sonstige Vermögensgegenstände (6.268 Tsd. €.). Der starke Rückgang bei den sonstigen Vermögensgegenständen resultiert daraus, dass zum Bilanzstichtag 2016 im Vergleich zu 2017 deutlich mehr offene Forderungen aus der Abrechnung der Kostenerstattungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ausgewiesen wurden. Ein wesentlicher Grund bestand darin, dass das zuständige Hessische Ministerium für Soziales und Integration mit der Bearbeitung der Kostenerstattungsanträge im Rückstand war.

Die Forderungen aus antizipativer Abgrenzung reduzierten sich um 73 Tsd. € im Vergleich zum Vorjahr auf 492 Tsd. €.

Der Stand der Wertberichtigungen für die sonstigen Vermögensgegenstände beträgt zum Stichtag 31.12.2017 8.305 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 1.098 Tsd. € vorgenommen.

### **Flüssige Mittel**

Die flüssigen Mittel enthalten die Guthaben auf städtischen Girokonten i. H. v. 22.749 Tsd. € und Festgelder i. H. v. 213.700 Tsd. € bei diversen Banken und Sparkassen. Weiterhin enthalten sind Bestände von Treuhandkonten i. H. v. 902 Tsd. € von der SEG, und 29 Tsd. € von EGW GmbH (früher HSK-Rhein-Main GmbH) sowie der Bestand der städtischen Handvorschüsse i. H. v. 40 Tsd. €.

### **3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (4.007 Tsd. €) sowie im Dezember 2017 gezahlte Transferaufwendungen (20.684 Tsd. €) und Beamtenbezüge (4.878 Tsd. €) für den Januar des Folgejahres.

Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden i. H. v. 160 Tsd. € gebildet.

---

<sup>62</sup> Im Folgenden BSHG

## Jahresabschluss 2017

### 3.1.6 Eigenkapital

Die Nettosition entspricht dem nicht angreifbaren „Eigenkapitalstock“ i. H. v. 1.259.090 Tsd. €. Die Nettosition blieb unverändert.

#### Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses

Zum 01.01.2017 wurde der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2016 (55.454 Tsd. €) in die Rücklage aus ordentlichem Ergebnis überführt, sodass sich der Bestand der Rücklage auf 136.727 Tsd. € erhöht hat. Die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses blieb unverändert auf einem Stand von 11.674 Tsd. €. Die Verluste beim außerordentlichen Ergebnis 2016 wurden durch das positive ordentliche Ergebnis ausgeglichen, und verringerten dieses um 3.294 Tsd. € auf + 55.454 Tsd. €.

#### Sonderrücklagen

In dieser Position enthalten ist das Stiftungskapital in Höhe von 1.884 Tsd. €.

### 3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Als eigenkapitalähnliche Position weist die LHW 258.022 Tsd. € als Sonderposten aus. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge (in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz*
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	-222.785	-230.959	-8.174
Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	-8.380	-8.819	-438
Investitionsbeiträge (Straßen, Wege, Plätze)	-26.857	-29.122	-2.264
<b>Gesamt</b>	<b>-258.022</b>	<b>-268.899</b>	<b>10.877</b>

nachrichtlich SoPo Gebührenausgleichsrücklage	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>-258.022</b>	<b>-268.899</b>	<b>10.877</b>

\* es ergeben sich kleine Rundungsdifferenzen durch die Aufrundung auf Tsd. €

### 3.1.8 Rückstellungen

#### Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die LHW verzinst die Pensionsrückstellungen derzeit mit einem Zinssatz in Höhe von 4,5 %. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 Handelsgesetzbuch<sup>63</sup> (zum Stichtag 31.12.2017 in Höhe von 3,68 %) ergeben sich stille Lasten in Höhe von ca. 50.904 Tsd. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich auch diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt.

Unter den Rückstellungen für **Pensionen** werden Verpflichtungen der LHW für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen. Insgesamt bestehen zum 31.12.2017 Pensionsverpflichtungen i. H. v. 463.819 Tsd. € gegenüber 1.913 Berechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.108 Anwärter/-innen (211.559 Tsd. €), 774 Pensionsbezieher/-innen (251.549 Tsd. €), d. h. Pensionärinnen, Pensionäre, Witwen/Witwer und Waisen sowie 31 Anspruchsberechtigte Beamte auf Altersgeld (711 Tsd. €).

Gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung wird aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen **Beihilfe** als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt. Zum 31.12.2017 bestehen Beihilfeverpflichtungen i. H. v. insgesamt 67.534 Tsd. € gegenüber 1.913 Beihilfeberechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.108 Anwärter/-innen (28.810 Tsd. €), 774 Pensionsbezieher/-innen (38.724 Tsd. €) und 31 Anspruchsberechtigte Beamte auf Altersgeld (0 Tsd. €).

Die **Rückstellung für Altersteilzeit** beträgt insgesamt 1.280 Tsd. € und wurde für 29 Altersteilzeitfälle, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde, gebildet. Dies bedeutet eine Zuführung zur Rückstellung in 2017 in Höhe von 812 Tsd. €. Die Altersteilzeitverpflichtungen bestehen zum 31.12.2017 ausschließlich gegenüber Tarifbeschäftigten.

**Bei der Position der Rückstellung für Steuern und Finanzausgleich wurden in 2017 mehrere Veränderungen bei den bestehenden Rückstellungen verzeichnet:**

- für die Rückstellung Körperschafts- und Kapitalertragsteuer des BgA Parkplätze für die Veranlagungszeiträume 2006 - 2014 musste aufgrund der Einschätzung der ungewissen Verbindlichkeit gegenüber dem Finanzamt eine Erhöhung um 272 Tsd. € vorgenommen werden.
- die Rückstellung im Bereich des BgA Künstlerviertel für Steueraufwendungen für die Veranlagungszeiträume 2009 - 2011 in Höhe von 19 Tsd. € wurde im Haushaltsjahr 2017 in Anspruch genommen.
- unverändert konnte die Rückstellung in Höhe von 2.513 Tsd. € für Körperschafts-, Kapitalertrag- und Umsatzsteuer des BgA Spielbank für die Veranlagungszeiträume 2010 - 2016 bleiben.

Die **Rückstellung für die Versteuerung des geldwerten Vorteils der Mitarbeiter durch den Besuch von Maßnahmen im Rahmen des IGM<sup>64</sup>** wurde in 2017 in Höhe von 113 Tsd. € in Anspruch genommen und verringerte sich dadurch auf 193 Tsd. €.

<sup>63</sup> Im Folgenden HGB

<sup>64</sup> Integriertes Gesundheitsmanagement.

## Jahresabschluss 2017

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich i. d. R. um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die den ermittelten Wert des Grund und Bodens übersteigen.

Im Jahr 2017 wurden die folgenden Veränderungen bei dieser Position vorgenommen:

- 167 Tsd. € der Rückstellung für die Beseitigung des Arsenschadens Rheinwiesen wurde im Haushaltsjahr 2017 in Anspruch genommen, die bestehende Rückstellung verringert sich hierdurch auf 1.017 Tsd. €.
- Die Rückstellung für die Sanierung des Sedra-Geländes wurde aufgrund einer voraussichtlich zu erwartenden Sanierungsanordnung des Regierungspräsidiums Darmstadt i. H. v. 10.000 Tsd. € in 2016 gebildet. Hier gab es in 2017 keine Veränderung.

Gemäß der Hessischen GemHVO ist für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungen, die im Folgejahr nachgeholt werden sollen, eine **Instandhaltungsrückstellung** zu bilden. Das Verfahren zur Ermittlung der Höhe der zu bildenden Instandhaltungsrückstellung wurde zum Jahresabschluss 2014 geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des Jahres 2012 wird ein Quotient von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen festgelegt. Damit ergibt sich eine Rückstellungshöhe zum 31.12.2017 von 1.130 Tsd. €.

Die Instandhaltungsrückstellung aus 2016 wurde zweckentsprechend i. H. v. 1.190 Tsd. € verwendet.

### Sonstige Rückstellungen

Aus der Rückstellung für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TVöD<sup>65</sup> wurden 2.190 Tsd. € in Anspruch genommen sowie 2.316 Tsd. € neu gebildet. Dies ergibt eine Gesamthöhe der Rückstellung zum 31.12.2017 von 2.316 Tsd. €.

622 Tsd. € wurden der Rückstellung für das Lebensarbeitszeitkonto zugeführt, der Stand zum 31.12.2017 beträgt dadurch 6.141 Tsd. €.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen für andere Aufwendungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Der Gesamtbetrag dieser Rückstellungen verringerte sich von 1.836 Tsd. € auf 1.230 Tsd. €.

### Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Rückstellung zur Deckung des **negativen Eigenkapitals des Kommunalen Gebietsrechenzentrums (KGRZ)** verringert sich in 2017 um 382 Tsd. € und beträgt zum 31.12.2017 nun 814 Tsd. €.
- Die in 2016 gebildete Rückstellung zur Absicherung einer Rückforderung von **Sanierungsförderungsdarlehen** in Höhe von 428 Tsd. € konnte im Haushaltsjahr 2017 aufgelöst werden, die Verbindlichkeit gegenüber der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen kam nicht zu Stande.
- Die Rückstellung **Rückbau Bauernbrücke** bleibt mit 47 Tsd. € unverändert.
- Ebenfalls unverändert blieb die Rückstellung für **Zinsverpflichtungen im Rahmen der Sozialen Stadt Biebrich und Westend**. Der Stand zum 31.12.2017 beträgt 113 Tsd. €.
- Für offene **Nebenkostenabrechnungen im Bereich der Verwaltungsgebäude** wurde die Rückstellung in 2017 um 36 Tsd. € erhöht. Gleichzeitig wurden 30 Tsd. € der vorhandenen Rückstellung verbraucht. Aktuell beträgt die Rückstellung 58 Tsd. €.

<sup>65</sup> Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst

## Jahresabschluss 2017

---

- Beim Schulamt musste für den Bereich **Schülerbeförderung** in Verbindung mit der Einführung des Hessentickets eine Rückstellung in Höhe von 146 Tsd. € gebildet werden.
- Für strittige **Rechnungen der Firma Wivertis im Bereich Informationsmanagement**<sup>66</sup>, wurde in 2017 eine Rückstellung in Höhe 47 Tsd. € gebildet.

Andere Rückstellungen im Sinne des § 39 Abs. 2 GemHVO wurden in Ausübung des Wahlrechts nicht gebildet.

### 3.1.9 Verbindlichkeiten

#### Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2017

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel dargestellt (Kapitel 4.6).

Die Verbindlichkeiten verringerten sich um 52.242 Tsd. € auf 402.263 Tsd. €. Im Folgenden werden nun die wesentlichen Veränderungen bei den einzelnen Bilanzpositionen erläutert.

#### Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen haben sich insgesamt um 16.256 Tsd. € auf 341.631 Tsd. € verringert.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionskredite gegenüber Kreditinstituten haben sich um 13.184 Tsd. € auf 266.602 Tsd. € verringert.
- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionskredite gegenüber öffentlichen Kreditgebern haben sich um 1.196 Tsd. € auf 31.634 Tsd. € verringert.
- In der Jahresschuldenstatistik werden die durch das Land zu tilgenden Anteile der „Altlasten-Darlehen“ mit aufgenommen. Dadurch sind die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dort um 390 Tsd. € höher.
- Die Verbindlichkeiten aus dem Sonderkonjunkturprogramm (Eigen- und Landesanteil) sind wie auch im Jahr 2016 um 411 Tsd. € (Eigenanteil) und 1.531 Tsd. € (Landesanteil) auf nunmehr 9.181 Tsd. € (Eigenanteil) und 34.095 Tsd. € (Landesanteil) gesunken. Die Höhe des Landesanteils entspricht der Höhe der Forderung gegenüber dem Land Hessen, die bei der Bilanzposition „Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen“ gegenüber dem Land Hessen ausgewiesen wird.
- Die Verbindlichkeiten im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms betragen 24 Tsd. € (Eigenanteil) und 95 Tsd. € (Landesanteil).

#### Verbindlichkeiten aus Krediten für Liquiditätssicherung

Der Liquiditätskredit i.H.v. 12.300 Tsd. € zum 31.12.2016 wurde in 2017 vollständig zurückgeführt. Damit bestanden zum Bilanzstichtag 2017 keine Verbindlichkeiten aus Krediten für Liquiditätssicherung.

---

<sup>66</sup> Im Folgenden ITM

## Jahresabschluss 2017

---

### **Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen**

Die Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten sowie Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen haben sich um 2.340 Tsd. € erhöht.

### **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 1.518 Tsd. € erhöht und betragen nun 9.115 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden im Jahr 2017 i. H. v. 1.348 Tsd. € vorgenommen.

### **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen**

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 13.038 Tsd. €.

Es ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- Das verwendbare Stiftungskapital hat sich gegenüber 2016 um 799 Tsd. € auf 5.122 Tsd. € erhöht.
- Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen betragen insgesamt 4.661 Tsd. € und haben somit um 1.332 Tsd. € abgenommen.
- Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen verringerten sich um 15.622 Tsd. € auf 1.572 Tsd. €. Dies ist vor allem durch eine Rückzahlung einer Termingeldanlage für die TriWiCon i. H. v. 15.000 Tsd. € bedingt.
- Mit Beschluss Nr. 0021 vom 07.02.2018 der StVV verpflichtete sich die LHW zur Leistung einer Rücklagenzuführung in Höhe von 9.432 Tsd. € an den Eigenbetrieb mattiaqua. Ein Teil der Umsetzung des Beschlusses erfolgte in Form der Bildung einer Verbindlichkeit zum Verlustausgleich (§ 23 Abs. 1 S. 4 Eigenbetriebsgesetz i. v. m. § 268 Abs. 3 HGB, Verbot des Ausweises eines negativen Eigenkapitals) in Höhe von 1.311 Tsd. € zum 31.12.2017. Der Eigenbetrieb mattiaqua erfasste in gleicher Höhe eine entsprechende Forderung. Die Auszahlung der Verbindlichkeit (1.311 Tsd. €) und der Kapitalerhöhung (8.121 Tsd. €) erfolgte zusammen am 13.03.2018. Die Summe beider Beträge ergibt den im o. g. Beschluss genannten Betrag in Höhe von 9.432 Tsd. €.

## Jahresabschluss 2017

### Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 9.258 Tsd. € auf nunmehr 29.427 Tsd. € verringert.

Den größten Anteil an den sonstigen Verbindlichkeiten nehmen zweckgebundene Einnahmen, die noch nicht dem Zweck entsprechend verwendet wurden, ein.

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016	Differenz
Garagenfonds	11.169	10.077	1.093
Offensive für Kinderbetreuung	0	9.265	-9.265
Biotopausgleich	1.157	1.024	132
Nachlässe	2.111	1.670	441
Schönheitsreparaturen Altenwohnanlagen	167	170	-3
Grundwasserüberwachungsprogramm	177	177	0
Spenden	191	193	-3
Ökokonto	141	123	18
Fehlbelegungsabgabe, kommunaler Anteil	0	1	-1
Ablösesumme Stellflächen	2.301	2.301	0
Zuweisungen Soziale Stadt	977	996	-19
<b>Gesamt</b>	<b>18.391</b>	<b>25.997</b>	<b>-7.607</b>

Weitere wesentliche Positionen der sonstigen Verbindlichkeiten:

- 4.013 Tsd. € aus der antizipativen Abgrenzung für noch nicht ausgezahlte Darlehenszinsen
- 800 Tsd. € für einen Mietkostenzuschuss im Rahmen der Ansiedlung eines weiteren Standorts der European Business School in Wiesbaden.

Für nicht ausgeglichene Verrechnungskonten erfolgt der Ausgleich im Folgejahr.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden im Jahr 2017 i. H. v. 2.808 Tsd. € vorgenommen.

### 3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 35.581 Tsd. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen. Die LHW ist Trägerin von Friedhöfen in verschiedenen Ortsteilen und mit unterschiedlichen Leistungsangeboten. Die Leistungsangebote umfassen i. d. R. alle gängigen Friedhofsleistungen inkl. Einäscherung sowie Sonderformen von Grabnutzungsrechten. Entsprechend der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhebt die LHW Gebühren für den Erwerb eines Grabnutzungsrechtes über einen bestimmten Zeitraum, ggf. einschließlich der Pflege, sowie Gebühren für Nutzung der Trauerhalle und die Beisetzung. Die für Grabnutzungsrechte eingenommenen Gebühren werden über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst.

Ebenfalls enthalten sind mehrjährige Abgrenzungsposten für die Einnahmen aus der Legatgrabpflege (778 Tsd. €) sowie aus der Grundwasserabgabe (124 Tsd. €). Die sonstigen



## Jahresabschluss 2017

Abgrenzungsposten wurden in Höhe von 44 Tsd. € gebildet. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten für die Deutsche Bahn AG beträgt zum Bilanzstichtag 2 Tsd. €.

### 3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

#### 3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die Teilergebnisrechnungen spiegeln immer die in dem Haushaltsjahr jeweils gültige Organisationsstruktur ab. Bei Verschiebungen von Ämtern oder Ämterbereichen von einem Dezernat in ein anderes ändern sich automatisch auch die Werte des Vorjahres, so dass diese Spalte in den Teilergebnisrechnungen von den Teilergebnisrechnungen des Vorjahres abweichen kann.

Durch Organisatorische Änderungen bei der Landeshauptstadt Wiesbaden hat es solche Verschiebungen von Ämtern zwischen den Haushalten 2016 und 2017 gegeben. Die Verantwortung für folgende Ämter wurden von einem Dezernat an ein anderes übergeben:

Amt	Dezernatzugehörigkeit bis 2016	Dezernatzugehörigkeit ab 2017
Amt 11 Personal- und Organisationsamt	Dezernat III	Dezernat I
Amt 53 Gesundheitsamt	Dezernat VI	Dezernat III
Amt 36 Umweltamt	Dezernat II	Dezernat V
Amt 66 Tiefbau- und Vermessungsamt	Dezernat IV	Dezernat V
Amt 67 Grünflächenamt	Dezernat VII	Dezernat V
Amt 21 Kassen- und Steueramt	Dezernat VII	Dezernat VI
Amt 33 Amt für Zuwanderung und	Dezernat V	Dezernat VI
Amt 40 Schulamt	Dezernat V	Dezernat VI
Amt 41 Kulturamt	Dezernat V	Dezernat VI
Amt 30 Rechtsamt	Dezernat II	Dezernat VII
Amt 39 Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Dezernat VI	Dezernat VII

Die Sonderposten aus Investitionszuschüssen werden nicht mehr, wie in den Jahren bis 2012, in die Kostenstellen der Fachbereiche aufgelöst, sondern gemäß Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 GemHVO in das Teilergebnis „Allgemeine Finanzwirtschaft“ gebucht. Da die Planung noch auf der Ebene der Fachdezernate erfolgte, ergeben sich dementsprechende Plan-Ist-Abweichungen.

## Jahresabschluss 2017

---

Eine Analyse des Ergebnisses und der Plan-Ist- sowie Ist-Ist-Abweichungen sind im Rechenschaftsbericht (Kap. 2) zu finden.

### 3.2.2 Restmittel und Überleitungen

Die Plan-Ist-Abweichungen der budgetwirksamen Bestandteile bilden gemäß den geltenden Budgetrichtlinien auf Dezernatsebene die maximale Überleitungssumme.

Die Überleitungen erfolgen weiterhin, um einen wirtschaftlichen Umgang der Ämter mit ihrem Budget zu gewährleisten. Dezernate, die ihr Budget überschritten haben, erhalten je nach Sachlage einen negativen Budgetvortrag im nächsten Jahr.

Aus dem Jahr 2016 wurden 31.753 Tsd. € in das Jahr 2017 übergeleitet.

### 3.2.3 Ergebnisverwendung

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2017 in Höhe von 86.876 Tsd. € addiert mit dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2017 in Höhe von 5.345 Tsd. € ergibt einen Gesamtüberschuss 2017 in Höhe von 92.221 Tsd. €. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2017 in Höhe von 86.876 Tsd. € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2017 in Höhe von 5.345 Tsd. € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Damit erhöhen sich die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses auf 223.602 Tsd. € und die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses auf 17.019 Tsd. €. Insgesamt beträgt der Stand der Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses somit 240.622 Tsd. € nach der Buchung der Ergebnisverwendung.

## Jahresabschluss 2017

### 3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung

#### 3.3.1 Einleitung

Die Finanzrechnung wurde gemäß § 47 GemHVO nach der indirekten Methode aufgestellt, bei der der Zahlungsmittelfluss aus den Konten der Ergebnis- und Vermögensrechnung entwickelt wird.

Sie liefert zusammenfassende Informationen über den Zahlungsmittelfluss im Berichtsjahr, der zunächst als Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit bestimmt wird. Im Weiteren wird seine Verwendung für Investitionen sowie die Entwicklung der Finanzierungstätigkeit dargestellt.

Fremde Zahlungsmittel gemäß § 15 GemHVO sowie die Aufnahme und Tilgung von Kassenkrediten werden im Finanzhaushalt nicht veranschlagt. Im Unterschied dazu zeigt die Finanzrechnung sämtliche Zahlungsströme des vergangenen Jahres, d.h. auch die sog. haushaltsunwirksamen Vorgänge. Deren Berücksichtigung ermöglicht einen unmittelbaren Bezug auf die Bilanzposition „flüssige Mittel“.

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Differenz
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	118.968	119.575	607
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-26.702	-64.516	37.814
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-13.702	-15.002	1.300
Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	7.300	-12.300	-19.600
Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag d. Haushaltsjahres	85.864	27.757	-58.107
Zahlungsmittelbestand am Beginn des Haushaltsjahres	123.810	209.674	85.864
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	209.674	237.431	27.757

#### 3.3.2 Erläuterungen der erheblichen Unterschiede

##### 3.3.2.1 Erläuterungen im Vorjahresvergleich

Die Finanzrechnung weist für das Jahr 2017 in Bezug zum Vorjahr einen etwa gleichhohen Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit aus. Dieser konnte im Haushaltsjahr u.a. zur Anlage flüssiger Mittel in einen Spezialfonds (s. o.) verwendet werden, was sich unmittelbar im erhöhten Saldo des Zahlungsmittelflusses aus Investitionstätigkeit niederschlägt.

Daneben konnte die Tilgung aufgenommener Kredite weiter forciert und ein Kassenkredit, der im Rahmen des Cashpoolings im Vorjahr aufgenommen war, vollständig bedient werden (haushaltsunwirksamer Vorgang).

Der Zahlungsmittelüberschuss des Haushaltsjahres nahm im Vergleich zum Vorjahr entsprechend ab. Die Stichtagsliquidität stieg absolut um 12,7%.

## Jahresabschluss 2017

### *3.3.2.2 Erläuterungen der Planabweichungen*

#### **Zahlungsmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit**

Der Ansatz des Zahlungsflusses aus Verwaltungstätigkeit ging von einem noch im September 2016 vorsichtig geschätzten Jahresverlust i. H. v. 10.275 Tsd. € aus. Im Ergebnis der Haushaltsbewirtschaftung 2017 wurde ein Jahresüberschuss von 92.221 Tsd. € erzielt. Dieser deutlich höhere Wert resultierte im Wesentlichen aus konjunkturbedingten Steuerzuflüssen.

Der niedrigere Ansatz des Zahlungsmittelflusses aus Verwaltungstätigkeit war u.a. darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zu den Erfahrungswerten der vergangenen Haushaltsjahre ein um ca. 8.000 Tsd. € zu hoher Abschreibungsbedarf angesetzt sowie Daten zu Veränderungen von Rückstellungen sowie von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nicht berücksichtigt wurden. Der tatsächlich erreichte Zahlungsmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit übersteigt den Planwert um 72,4 %.

#### **Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit**

Ein negativer Cashflow aus Investitionstätigkeit ist Indikator dafür, dass die LHW im abgeschlossenen Haushaltsjahr mehr investiert als desinvestiert hat. Die in Bezug auf den Ansatz um 46 % höhere Investitionskraft wird vor allem durch den im Haushaltsplan ursprünglich nicht enthaltenen Zuwachs durch die Einrichtung des weiter oben erwähnten Spezialfonds erreicht.

#### **Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit**

Der Ansatz für 2017 ging von einer Nettokreditaufnahme aus. Der Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit zeigt im Ist eine erheblich höhere Tilgungsleistung, die vor allem auf einer stärkeren Rückführung bzw. Umschuldung langfristiger Kredite im Haushaltsjahr beruht und positive Wirkungen auf zukünftige Zinsaufwendungen hat.

## Jahresabschluss 2017

### 3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen

Die Werte in diesem Kapitel basieren auf dem Datenstand Juli/ August 2017.

Investitionen (in Tsd. €)	Ausgaben Ist 2016	Ansatz 2017	Budgetveränderung 2017	Ausgaben Ist 2017	Restbudget bzw. Überleitung <sup>67</sup>
Dez. I	5.596	5.175	21.129	11.399	14.905
Dez. II	162	158	1.838	219	1.778
Dez. III <sup>68</sup>	239	196	520	124	592
Dez. IV	277	81	255	62	273
Dez. V	9.990	14.508	28.955	11.379	31.956
Dez VI / Finanzen	591	473	4.941	4.404	1.010
Dez. VI / Kultur	1.395	544	9.340	868	9.016
Dez. VI / Schule	15.494	22.615	39.388	17.911	21.477
Dez. VII	7.370	9.426	50.853	6.988	53.291
<b>Summe</b>	<b>41.114</b>	<b>53.176</b>	<b>157.219</b>	<b>53.354</b>	<b>134.298</b>

Instandhaltung (in Tsd. €)	Ausgaben Ist 2016	Ansatz 2017	Budgetveränderung 2017	Ausgaben Ist 2017	Restbudget bzw. Überleitung <sup>69</sup>
Dez. I	5.818	4.361	9.274	4.593	9.042
Dez. II	121	122	202	172	152
Dez. III	481	564	1.044	327	1.281
Dez. IV	1.034	944	1.456	1.181	1.219
Dez. V	12.163	12.363	10.409	13.209	9.557
Dez VI / Finanzen	35	82	482	137	428
Dez. VI / Kultur	634	725	1.473	480	1.718
Dez. VI / Schule	8.984	5.825	12.289	8.178	4.103
Dez. VII	4.100	3.743	5.937	3.598	6.082
<b>Summe</b>	<b>33.370</b>	<b>28.729</b>	<b>42.566</b>	<b>31.875</b>	<b>33.582</b>

<b>Gesamt</b>	<b>74.484</b>	<b>81.905</b>	<b>199.785</b>	<b>85.229</b>	<b>167.880</b>
---------------	---------------	---------------	----------------	---------------	----------------

(Stand 10/2018)

<sup>67</sup> Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann durch evtl. Einsparungen abweichen.

<sup>68</sup> Darstellung Dezernat III ohne Grundstücksfonds.

<sup>69</sup> Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann durch evtl. Einsparungen abweichen.

## Jahresabschluss 2017

### Allgemeine Erläuterungen zur Tabelle (Stand 08/2018):

- Das Instandhaltungsbudget umfasst neben den Instandhaltungen von Bauwerken im eigentlichen Sinne auch Mittel für weitere nichtaktivierungsfähige Vorhaben, wie z. B. Zuschüsse zu Instandhaltungen Dritter.
- Die Spalte Budgetveränderungen enthält die Summe aller Budgetveränderungen (Übertrag aus dem Vorjahr, üpl/apl<sup>70</sup>-Genehmigungen, Deckungen und (soweit zum Zeitpunkt der Erstellung gebucht) Überträge ins Folgejahr).
- Die Darstellung erfolgt auf Basis der Dezernatszuschnitte zum Zeitpunkt 31.12.2017.
- Der Grundstücksfonds (Dezernat III) ist nicht berücksichtigt.
- Die Arbeiten im Budgetabschluss waren zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vollständig abgeschlossen. Es waren noch einzelne Genehmigungen überplanmäßiger Ausgaben offen, so dass sich noch Änderungen an der Höhe der tatsächlichen Überleitung ergeben können.

### 3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen

Investitionen (in Tsd. €)		Rest aus 2016	Ansatz 2017	Akt. Ansatz 2017	Ausgaben 2017	Restbudget bzw. max. Überleitung
<b>I.04927</b>	20 Spezialfonds	0	0	35.000	35.000	0
<b>I.03440</b>	40 Th.-Friedner-Schule Ausbau Vollgymnasium	5.826	4.518	8.609	8.061	549
<b>I.04167</b>	80 VKR Nordenstadt, Hainweg - Kahl/WM -	0	0	5.666	5.666	0
<b>I.02748</b>	20 Kapitaleinlagen	0	0	4.193	4.193	0
<b>I.03048</b>	80 Ankäufe Nordenstadt Hainweg div. Grundstücke	0	0	3.175	3.175	0

(Stand: 07/2018 laut SAP)

Eine ausführliche Liste über alle größeren Investitionsmaßnahmen befindet sich im Kapitel 4.11.

### 3.4.2 Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen

Die in Vorjahren an dieser Stelle veröffentlichten Erläuterungen der wesentlichen Positionen aus dem Investitions- und Instandhaltungsprogramm sind aufgeteilt nach Dezernaten im Rechenschaftsbericht aufgeführt.

<sup>70</sup> überplanmäßige / außerplanmäßige Aufwendungen / Ausgaben.

## Jahresabschluss 2017

### 3.5 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 1 der HGO hat eine Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern. Dabei sind Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 2 HGO).

Jede Gemeinde hat gemäß § 19 HGO die Aufgabe, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

### 3.6 Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger der LHW nehmen durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Oberbürgermeisters sowie durch Bürgerentscheide an der Verwaltung der Stadt teil.

Die Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der LHW.

Die Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung der LHW beträgt nach § 38 Abs. 1 HGO für die Städte über 250.000 Einwohner 81. Die Gemeindevertreter können sich zu einer Fraktion zusammenschließen (§ 36 a Abs. 1 HGO).

Die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung beträgt fünf Jahre. Im März 2016 fand die letzte Kommunalwahl statt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Stadt. Sie kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf den Magistrat oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 51 HGO aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung.

Im Einzelnen gliederte sich die Stadtverordnetenversammlung ab 31.12.2017 in die folgenden **Fraktionen**

	Stand: 31.12.2017
Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)	21 Sitze
Christlich Demokratische Union (CDU)	29 Sitze
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	11 Sitze
AfD	9 Sitze
FDP	8 Sitze
Linke&Piraten	6 Sitze
Frei Wähler / Bürgerliste Wiesbaden (FW/BLW)	3 Sitze
Liberal-konservative-Reformer / Unabhängige Liste Wiesbaden (LKR/ULW)	2 Sitze
Fraktionslose	2 Sitze

Nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung muss eine Fraktion aus mindestens zwei Stadtverordneten bestehen.

## Jahresabschluss 2017

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Gabriel, Christa	Bröder, Wilfried (bis 06.11.2017) David, Michael Seidensticker, Eberhard Große, Claus-Peter Müller, Erika (vom 07.11.2017 bis 10.11.2017) von Seemen, Ingo Enders, Gabriele Wernergold, Jürgen (seit 11.11.2017)
Weitere Stadtverordnete in 2017:	
Altintop-Nelson, Nedret Andes-Müller, Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachhofen, Vanessa Bachmann, Christian Becht, Monika Belz, Stephan Beyes, Aglaja Bohrer, Hartmut Braun, Karl Breuer, Stefan Bröder, Wilfried Coigné, Mechthilde Delbasteh Dr., Rashid Denzer, Manuel Deusser-Betin, Jutta (seit 13.06.2017) Diers, Christian Egert, Urban Forßbohm, Brigitte Gabler, Norman (bis 12.06.2017) Gores, Wolfgang Güler, Sibel Hagenmüller, Axel (seit 02.05.2017) Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim (seit 16.12.2017) Hebenstreit, Anita Heller, Monika Hinnerger, Christiane Kessler, Hans-Martin (bis 15.12.2017) Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Knauer, Christa (seit 01.07.2017) Koch, Simone Küpper, Konstanze Lambrou, Robert Lohrmann, Andrea Lorenz, Bernhard Lork Dr., Klaus-Dieter Lüderitz, Wilfried Manjura, Christoph (bis 30.06.2017)	Maritzen, Ronny Mensching, Fredy Mucha, Monika Müller Dr., Eckhard Müller, Erika (bis 31.12.2017) Nickel, Wolfgang Obergfell, Hans-Michael Oschmann, Petermartin Pfeifer, Rainer Preinl, Thomas Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Rutten, Sebastian Schmehl, Hendrik Schmitz Dr., Sven-Uwe Schuchalter-Eicke, Gabriele Schulz, Dimitri Schulz, Joachim Schulz, Peter Schwalbach, Lucas Schwarzer, Julia Sidiani, Daniel (bis 01.05.2017) Sobek, Jörg Spallek, Stefan Spruch, Claudia Temmen, Sandra Uebersohn Dr., Gerhard Vogt, Petra Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard Wagner, Erika Wallmann, Astrid Weck, André Weinerth, Sarah Wernergold, Jürgen Wilhelmy, Veit Winkelmann, Alexander Wittkowski Dr., Bernd



## Jahresabschluss 2017

---

Für die Wahlperiode 2016 bis 2021 wurden folgende Ausschüsse gebildet:

- Ältestenausschuss
- Beteiligungsausschuss
- Ständiger Wahlvorbereitungsausschuss
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Freizeit und Sport
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr
- Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
- Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit
- Revisionsausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung überwacht die Verwaltung der Stadt und die Geschäftsführung des Magistrats.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung über die wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten und ihr wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister, dem hauptamtlichen Bürgermeister, 5 hauptamtlichen Stadträtinnen/Stadträten (Dezernentinnen/Dezernenten) sowie weiteren 15 ehrenamtlichen Stadträtinnen/Stadträten.

## Jahresabschluss 2017

Die Mitglieder des Magistrats in 2017 (Stand: 31.12.2017) waren:

<b>Oberbürgermeister</b>	
Gerich, Sven	
<b>Bürgermeister</b>	
Goßmann, Arno (bis 30.06.2017) Dr. Franz, Oliver (seit 01.07.2017)	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev Kessler, Hans-Martin (seit 15.12.2017) Kowol, Andreas (seit 01.04.2017) Dr. Franz, Oliver (bis 30.06.2017) Möricke, Sigrid (bis 14.12.2017) Scholz, Rose-Lore (bis 31.03.2017) Manjura, Christoph (seit 01.07.2017) Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Brenneis Dr., Helga Gaßner, Markus Goebel, Michael Jentsch Dr., Doris Kaffenberger, Bodo Meyer, Nathalie (seit 29.06.2017) Nehrbaß, Helmut Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte Schlempp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga Tomaschky-Fritz, Helga Winkelmann, Ulrich Wolf, Gabriele Wolz, Ivo

Sie wurden von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt direkt gewählt. Die Amtszeit des Oberbürgermeisters beträgt sechs Jahre. Die nächste Wahl findet im Jahr 2019 statt.

Die hauptamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Deren Amtszeit beträgt ebenfalls sechs Jahre.

Die ehrenamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Der Magistrat vertritt die Stadt. Er ist deren Verwaltungsbehörde und besorgt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der bereitgestellten Mittel die laufende Verwaltung der LHW.

### 3.7 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Im Haushaltsjahr 2017 standen durchschnittlich 4.464 Personen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Im Einzelnen waren dies 980 Personen in einem Dienstverhältnis (Beamtinnen/ Beamte) sowie 3.484 Personen in einem Arbeitsverhältnis (Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer).

## Jahresabschluss 2017

### 3.8 Haftungsverhältnisse

Die LHW ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie vier Landkreisen in Hessen und zwei Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden und auch nur dann, sofern diese nicht aus dem Vermögen der Sparkasse befriedigt werden können.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Der Anteil der LHW beträgt aktuell 31 %. Aus heutiger Sicht bestehen keine Haftungsrisiken für die Gewährträger.

Die LHW hat diverse Ausfallbürgschaften übernommen. Die Höhe des Bürgschaftsrisikos zum 31.12.2017 betrug insgesamt 579.210 Tsd. €. Da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt:

	in Tsd. €
<b>Bürgschaften für Außenstehende</b>	<b>6.243</b>
<b>Bürgschaften für Kapitalgesellschaften</b> , deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar unter 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
<b>Bürgschaften für Kapitalgesellschaften</b> , deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
WVV Wiesbaden Holding GmbH	204.147
GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	102.598
ESWE Versorgungs AG	58.734
HELIOS	53.628
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	73.194
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	22.230
SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	13.243
AltenHilfe Wiesbaden GmbH	3.110
WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH	3.134
WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	9.351
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	3.053
WI-Bau GmbH	26.545
<b>Gesamt</b>	<b>579.210</b>

Die LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen.

## Jahresabschluss 2017

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

### 3.9 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Größere Mietverhältnisse der LH Wiesbaden:

Gebäude	Vertragslaufzeit bis	Mietfläche in m <sup>2</sup>	jährlicher Mietzins inkl. NK-Vorausz. in Tsd. €
Europaviertel (ohne Lagerflächen)	28.02.2020	7.247	1.103
Hasengartenstraße 21	30.11.2019	7.438	1.410
Schillerplatz 1-2	30.09.2026	8.288	1.527
Konradinallee 11	30.09.2039	16.721	3.343
Gustav-Stresemann- Ring 15	31.12.2027	22.628	4.737

Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1.000 Tsd. € p. a.):

Vertragliche Verpflichtung	Laufzeit	Kosten in 2017	Kosten 2018 ff
IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS*	01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich	mind. 8.063 Tsd. €	Derzeit Verlängerung jeweils um ein Jahr
Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger**	Unterschiedlich - je nach Träger	53.524 Tsd. €	mind. 57.593 Tsd. € p.a.
Straßenbeleuchtungsvertrag mit ESWE	01.01.2016-31.12.2035	1.666 Tsd. €	mind. 1.928 Tsd. €

\* Zusätzlich zum IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS nehmen die Ämter Zusatzausstattungen bei WIVERTIS in Anspruch. Für diese Zusatzausstattungen belaufen sich die jährlichen Kosten im Durchschnitt der letzten 5 Jahre auf 5.324 Tsd. €.

\*\* durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse ab 2018 ff. zu rechnen.

## Jahresabschluss 2017

### 3.10 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die vorliegende Vermögensrechnung ist in Euro aufgestellt. Die in den vergangenen Jahresabschlüssen dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften werden grundsätzlich fortgeführt (Grundsatz der Bilanzkontinuität). Auf die Angabe von Posten, für die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren kein Betrag auszuweisen ist, wird verzichtet.

Alle Investitionen des **Anlagevermögens** der LHW wurden grundsätzlich mit den AHK aktiviert. Nicht entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände unterliegen dem Aktivierungsverbot. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen ausschließlich linear. Die Nutzungsdauer für die einzelnen Wirtschaftsgüter orientiert sich im Allgemeinen an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** kommen dabei in der Regel die fortgeführten AHK zur Anwendung. Ausnahme bilden die Eigenbetriebe, welche mit der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode bewertet werden.

Seit 2013 werden Grundstücke, für die ein Erbbaurecht vergeben wurde, analog zur Bewertung in der Eröffnungsbilanz abgewertet.

Für **Vorräte** wird aufgrund ihres wertmäßig geringen Bestandes bei der LHW eine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Dabei werden, differenziert nach Forderungsarten, angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen wurden entsprechend ihrer Art und des Alters in verschiedene Klassen eingeteilt, für die dann pauschale Berichtigungsraster definiert wurden. Forderungen an andere Behörden werden nicht wertberichtigt, Forderungen bei denen sich die Schuldner in einem laufenden Insolvenzverfahren befinden, werden generell i. H. v. 98 % bzw. 100 % (Gewerbsteuerforderungen) wertberichtigt.

Gewerbsteuerforderungen über 50 Tsd. € werden unabhängig von ihrem Alter zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit überprüft und falls notwendig mit bis zu 100 % einzelwertberichtigt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden nicht saldiert ausgewiesen. Debitorische Kreditoren oder kreditorische Debitoren werden entsprechend zu den sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert.

#### **Flüssige Mittel**

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalbetrag bilanziert.

**Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000 € übersteigen.

#### **Eigenkapital**

Die **Nettoposition** (Basiskapital) ergab sich als Saldo von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz. Sie verändert sich

## Jahresabschluss 2017

---

lediglich, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden fünf Jahre nicht ausgeglichen werden kann (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO-Doppik).

### Sonderposten

Erhaltene investive Zuschüsse, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der „bezuschusste“ Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale).

### Rückstellungen

Die Bildung der **Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen** aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen ergibt sich aus § 39 Abs. 1 GemHVO-Doppik, Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen ergeben sich aus dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG).

Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2017 zugrunde.

Zum Jahresabschluss 2017 wurde die Buchung der Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen auf das Bruttoprinzip umgestellt. Durch die Umstellung der Buchungstechnik erhöhen sich die Zuführung sowie die Auflösung / Inanspruchnahme der Rückstellung.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a Einkommenssteuergesetz<sup>71</sup>. Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (zum Stichtag 31.12.2017 in Höhe von 3,68 %) ergeben sich stille Lasten in Höhe von ca. 50.904 Tsd. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich auch diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt.

Die Bewertung unterstellt eine monatliche vorschüssige Zahlungsweise. Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld erfolgte nach der kollektiven Methode. Dabei wurde generell eine Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von 55 % (60 % bei Eheschließung vor dem 01.01.2002) des Ruhegehalts angesetzt, das der/die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er/sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Die Anwartschaft auf Waisengeld beträgt 12 % für Halbwaisen und 20 % für Vollwaisen.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden mangels exakter Datenbasis folgende Näherungen angesetzt:

Als Eintrittsdatum für den Finanzierungsbeginn gemäß § 6a EStG sowie als Beginn der Dienstzeit zur Erfüllung der Wartezeit gemäß § 4 HESBeamtVG<sup>72</sup> wurde bei den Beamtinnen/Beamten der gemeldete Beginn der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit zugrunde gelegt.

Zur Vermeidung des unverhältnismäßig hohen Aufwands, der bei der Ermittlung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in jedem Einzelfall entstanden wäre, wurden pauschale Annahmen zum Arbeitszeitverhalten nach den Erfahrungswerten des Personal- und

---

<sup>71</sup> Im Folgenden EStG.

<sup>72</sup> Hessisches Beamtenversorgungsgesetz

## Jahresabschluss 2017

---

Organisationsamtes zugrunde gelegt. Die Beamtinnen und Beamten in Altersteilzeit wurden dabei gesondert betrachtet.

Die Zuschüsse nach der Hessischen Beihilfenverordnung stellen eine unmittelbare Verpflichtung der LHW dar. Für die Beihilfeverpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten ist eine **Rückstellung** zu bilden. Bei der Bewertung der **Beihilfeverpflichtungen** zum Stichtag 31.12.2017 wurde eine durchschnittliche Beihilfezahlung in Höhe von 4.603 € p. a. in Ansatz gebracht. Dafür wurde die durchschnittliche Beihilfezahlung pro Versorgungsempfänger über die letzten drei Vorjahre für die Prognose angesetzt.

Die Ermittlung der **Rückstellung für Altersteilzeit** erfolgte auf Basis der Stellungnahme des IDW vom 19.06.2013 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Sie wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % ermittelt. Für Tarifbeschäftigte richten sich Art und Umfang der Altersteilzeitleistungen nach dem Tarifvertrag zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) vom 27.02.2010 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 5 vom 29.04.2016 in Verbindung mit dem Altersteilzeitgesetz (AltTZG) vom 23.07.1996 in der jeweils geltenden Fassung.

Die **Rückstellung für das Leistungsentgelt** nach § 18 TVöD errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (2 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats Septembers, der im Dezember an die Beschäftigten ausgezahlt wird. Dieser Differenzbetrag wird entsprechend der Dienstvereinbarung jeweils im Juni des Folgejahres nach Leistungsgesichtspunkten ausgezahlt.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich überwiegend um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die über den ermittelten Wert des Grund und Bodens hinausgehen, deswegen nicht aktivisch abgesetzt werden können und auf der Passivseite als Rückstellungen ausgewiesen werden.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten z. B. für einen Anteil von ca. 39 % des negativen Eigenkapitals eines Zweckverbandes.

Die **Rückstellungen für Instandhaltungen** werden seit dem Jahresabschluss 2013 auf Basis des Quotienten in Höhe von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen gebildet. Frühere Verfahren haben sich bei der Vielzahl der Objekte als nicht praktikabel erwiesen.

**Verbindlichkeiten** sind zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag angesetzt.

**Passive Rechnungsabgrenzungsposten** werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10 Tsd. € im Einzelfall übersteigen.

## Jahresabschluss 2017

### 4 Tabellenteil

---



# Jahresabschluss 2016

## 4.1 Anlagenspiegel (in Tsd. €)

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen							Buchwert	
	Gesamte AK/HK am Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Gesamte AK/HK am Ende des Haushaltsjahres	Kumulierte Abschreibungen am Beginn des Haushaltsjahres	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen auf Abgänge	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Kumulierte Abschreibungen am Ende des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
<b>1. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>													
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	8.920	310	375	9	8.864	5.728	0	1.158	375	0	6.511	2.353	3.192
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	102.704	8.183	132	0	110.755	30.781	0	6.340	132	0	36.988	73.767	71.924
<b>Summe 1.</b>	<b>111.624</b>	<b>8.493</b>	<b>507</b>	<b>9</b>	<b>119.619</b>	<b>36.509</b>	<b>0</b>	<b>7.498</b>	<b>507</b>	<b>0</b>	<b>43.499</b>	<b>76.120</b>	<b>75.115</b>
<b>2. Sachanlagevermögen</b>													
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	476.612	13.192	13.893	-130	475.781	3.746	0	25	0	0	3.772	472.009	472.866
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	750.298	3.768	6.809	4.977	752.234	258.170	0	12.126	5.028	0	265.268	486.967	492.128
2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.154.392	6.030	1.319	2.177	1.161.280	765.387	0	17.858	5	0	783.240	378.040	389.005
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	220	1	0	0	220	73	0	12	0	0	85	136	147
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	117.661	6.125	684	-38.371	84.730	45.678	0	5.794	651	117	50.821	33.910	71.983
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	57.345	25.665	141	-8.499	74.370	0	0	0	0	0	0	74.370	57.345
<b>Summe 2.</b>	<b>2.556.528</b>	<b>54.781</b>	<b>22.846</b>	<b>-39.847</b>	<b>2.548.615</b>	<b>1.073.054</b>	<b>0</b>	<b>35.815</b>	<b>5.684</b>	<b>117</b>	<b>1.103.185</b>	<b>1.445.431</b>	<b>1.483.474</b>
<b>3. Finanzanlagevermögen</b>													
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	467.304	5.743	431	39.838	512.453	27.182	6	6.905	0	-117	34.082	478.372	440.122
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	65.413	0	1.812	0	63.602	0	0	0	0	0	0	63.602	65.413
3.3 Beteiligungen	179	2	0	0	181	0	0	3	0	0	3	179	179
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.775	290	235	0	16.830	0	0	0	0	0	0	16.830	16.775
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0	35.000	0	0	35.000	0	0	0	0	0	0	35.000	0
3.6 Sonstige Finanzanlagen	73.535	0	3.100	0	70.436	0	0	0	0	0	0	70.436	73.535
<b>Summe 3.</b>	<b>623.206</b>	<b>41.035</b>	<b>5.577</b>	<b>39.838</b>	<b>698.502</b>	<b>27.182</b>	<b>6</b>	<b>6.908</b>	<b>0</b>	<b>-117</b>	<b>34.084</b>	<b>664.418</b>	<b>596.024</b>
4. Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	0	0	0	173.640	0	0	0	0	0	0	173.640	173.640
<b>Gesamtsumme (1. bis 4.)</b>	<b>3.464.998</b>	<b>104.309</b>	<b>28.931</b>	<b>0</b>	<b>3.540.377</b>	<b>1.136.744</b>	<b>6</b>	<b>50.221</b>	<b>6.191</b>	<b>0</b>	<b>1.180.768</b>	<b>2.359.608</b>	<b>2.328.254</b>

## Jahresabschluss 2017

### 4.2 Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Zum Ende des Haushaltsjahres (ohne Wertber.) Tsd. €	Restlaufzeiten			nachrichtlich Wertberichtigungen Tsd. €	nachrichtlich Abschreibungen Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €
		bis zu einem Jahr (bis 31.12.2018) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.19 - 31.12.22) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2023) Tsd. €				
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	45.829	13.173	6.136	26.520	-	-	45.829	43.922
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	76.383	76.319	50	13	-	2.315	33.890	31.708
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.302	1.258	23	20	-	51	749	2.320
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	40.435	40.435	-	-	106	-	40.329	29.338
5. Sonstige Vermögensgegenstände	18.750	17.490	1.019	241	-	844	10.445	22.633
<b>Summe</b>	<b>182.698</b>	<b>148.676</b>	<b>7.229</b>	<b>26.793</b>	<b>-</b>	<b>3.210</b>	<b>131.242</b>	<b>129.921</b>

## Jahresabschluss 2017

### 4.3 Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital	Anfangsstand	Verwendung des Jahresergebnis aus dem Vorjahr	Veränderungen aus dem laufenden Jahr	Endstand
	01.01.2017 EUR	2017 EUR	2017 EUR	31.12.2017 EUR
<b>I. Nettoposition</b>	<b>1.259.089.688</b>			<b>1.259.089.688</b>
<b>II. Rücklagen</b>	<b>94.830.814</b>	<b>55.454.128</b>	<b>0</b>	<b>150.284.942</b>
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	81.272.626	55.454.128	0	136.726.753
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	11.674.228	0	0	11.674.228
<u>Sonderrücklage</u> Stiftungskapital	1.883.961	0	0	1.883.961
<b>III. Verluste aus Vorjahren</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>IV. Jahresergebnis</b>	<b>55.454.128</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>92.220.557</b>
<b>Eigenkapital inkl. Jahresergebnis</b>	<b>1.409.374.630</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.501.595.187</b>

### 4.4 Sonderpostenspiegel

Sonderposten		Stand zu Beginn des des (1)	Zugänge im Haushaltsjahr (2)	Abgänge im Haushaltsjahr (3)	planmäßige Auflösung € (4)	Stand am Ende des Haushaltsjahre (5)
<b>1.</b>	<b>Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und</b>					
1.1	Zuweisungen von öffentlichen Bereichen	230.959	2.670	0	10.844	222.785
1.2	Zuschüsse von nicht öffentlichen Bereichen	8.819	77	196	320	8.380
1.3	Investitionsbeiträge	29.122	119	0	2.383	26.857
	<b>Summe 1.</b>	<b>268.899</b>	<b>2.866</b>	<b>196</b>	<b>13.547</b>	<b>258.022</b>
<b>2.</b>	<b>Sonderposten für den Gebührenausschuss</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	<b>Summe 2.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>3.</b>	<b>Fehlbelegungsabgabe</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	<b>Summe 3.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	<b>Gesamtsumme (1. bis 3.)</b>	<b>268.899</b>	<b>2.866</b>	<b>196</b>	<b>13.547</b>	<b>258.022</b>

# Jahresabschluss 2017

## 4.5 Rückstellungsspiegel

	Anfangsstand 01.01.2017 EUR	Verbrauch 2017 EUR	Auflösung 2017 EUR	Zuführung 2017 EUR	Endstand 31.12.2017 EUR
<b>Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>	<b>501.197.514</b>		<b>9.086.984</b>	<b>40.521.986</b>	<b>532.632.516</b>
Pensionsrückstellung	439.641.671		8.563.331	32.740.612	463.818.952
Rückstellung Altersteilzeit	468.309		120.067	931.650	1.279.892
Rückstellung Beihilfe Versorgungsempfänger	61.087.534		403.586	6.849.724	67.533.672
<b>Rückstellung für Finanzausgleich und Steuern</b>	<b>4.570.821</b>	<b>132.073</b>		<b>272.122</b>	<b>4.710.870</b>
<b>Rückstellung für die Sanierung von Altlasten</b>	<b>11.596.893</b>	<b>167.276</b>			<b>11.429.617</b>
<b>sonstige Rückstellungen</b>	<b>10.734.392</b>	<b>3.409.262</b>	<b>810.659</b>	<b>4.302.467</b>	<b>10.816.938</b>
Rückstellung für Leistungsentgelt	2.189.537	2.189.537		2.316.331	2.316.331
Rückstellung Lebensarbeitszeitkonto	5.518.447			622.417	6.140.865
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	1.190.119	1.190.119		1.129.741	1.129.741
<b>Sonstige Rückstellungen</b>	<b>1.836.289</b>	<b>29.605</b>	<b>810.659</b>	<b>233.978</b>	<b>1.230.002</b>
Rückforderung Sanierungsförderungsdarlehen	428.259		428.259		813.895
Deckung neg. Eigenkapital KGRZ	1.196.295		382.400		48.465
ITM (Rechnung Wivertis)				48.465	48.465
Rückbau Bauernbrücke	47.257				47.257
Zinsverpflicht. Soz. Stadt.	112.513				112.513
Nebenkostenabrechnung Verwaltungsgebäude	51.965	29.605		36.013	58.372
Schülerbeförderungskosten				146.000	146.000
Führungskräfteworkshop				3.500	3.500
<b>Gesamt</b>	<b>528.099.620</b>	<b>3.708.610</b>	<b>9.897.643</b>	<b>45.096.575</b>	<b>559.589.942</b>

#### 4.6 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2018) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.19 - 31.12.22) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2023) Tsd. €
1. Anleihen					
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon Verbindlichkeiten für Liquiditätssicherung	337.357 12.300	309.997	19.230	73.331	217.436
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	31.623	30.596	3.145	10.479	16.972
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	1.207	1.038		39	999
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften					
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	1.805	4.145	4.145		
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.596	9.115	9.115		-
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.653	4.908	4.908	-	-
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	31.580	13.038	13.038	-	-
8. Sonstige Verbindlichkeiten	38.685	29.427	29.427	-	-
<b>Summe</b>	<b>454.505</b>	<b>402.264</b>	<b>83.008</b>	<b>83.849</b>	<b>235.407</b>

## Jahresabschluss 2017

### 4.7 Übersicht über die fremden Finanzmittel

Forderungen	Anfangsstand 2017 EUR	Endstand 2017 EUR
Legalisationen Urkundenprüfung	0,00	383,00
Vorverkauf Caligari	0,00	2.229,50
Bundesanteile Gebühren	1.748,54	0,00
<b>Summe sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>1.748,54</b>	<b>2.612,50</b>

Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2017 EUR	Endstand 2017 EUR
sonstige Verbindlichkeiten aus Cash Pool für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	15.000.000,00	0,00
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.323.028,28	5.122.383,05
<b>Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen</b>	<b>20.203.986,64</b>	<b>6.003.341,41</b>
Erich-Haub-Zais-Stiftung	281.246,91	141.123,96
Georg-Konell-Preis	9.070,83	8.588,94
Christian-Zais-Preis	14.089,67	14.117,85
Bundesanteile Gebühren	0,00	71.366,44
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	19.091,22	28.201,32
sonstige durchlaufende Gelder	30.261,69	34.496,59
Erbschaft Kubis	90.688,40	142.482,20
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	9.264.629,29	0,00
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	447.466,04	464.083,35
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	4.178,00	4.178,00
<b>sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>10.160.722,05</b>	<b>908.638,65</b>

# Jahresabschluss 2017

## 4.8 Ergebnisrechnung Wiesbaden

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ././ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.676	-17.251	-14.547	-2.705
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-44.268	-37.336	-44.677	7.340
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-29.345	-20.186	-20.653	467
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-903	-1.250	-1.079	-171
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-548.517	-529.635	-591.523	61.888
6	Erträge aus Transferleistungen	-212.933	-169.885	-230.486	60.601
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-237.745	-244.153	-246.716	2.563
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-13.838	-12.093	-13.390	1.297
9	Sonstige ordentliche Erträge	-48.131	-23.043	-39.055	16.012
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-1.150.357</b>	<b>-1.054.833</b>	<b>-1.202.125</b>	<b>147.292</b>
11	Personalaufwendungen	230.888	236.233	240.349	-4.117
12	Versorgungsaufwendungen	45.226	45.722	69.096	-23.374
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	174.254	150.259	155.801	-5.541
14	Abschreibungen	52.780	54.063	47.335	6.728
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	112.149	118.799	117.855	945
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	120.818	111.739	126.604	-14.864
17	Transferaufwendungen	400.812	374.255	406.414	-32.159
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-25.314	-26.635	-30.404	3.769
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>1.111.613</b>	<b>1.064.437</b>	<b>1.133.051</b>	<b>-68.614</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-38.744</b>	<b>9.604</b>	<b>-69.074</b>	<b>78.678</b>
21	Finanzerträge	-29.110	-29.631	-31.240	1.609
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15.740	19.699	17.296	2.404
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-13.370</b>	<b>-9.932</b>	<b>-13.944</b>	<b>4.012</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-52.114</b>	<b>-328</b>	<b>-83.018</b>	<b>82.690</b>
25	Außerordentliche Erträge	-7.611	-10	-13.566	13.556
26	Außerordentliche Aufwendungen	11.175	7	11.333	-11.326
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>3.564</b>	<b>-3</b>	<b>-2.233</b>	<b>2.230</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>-48.550</b>	<b>-331</b>	<b>-85.251</b>	<b>84.920</b>

# Jahresabschluss 2017

## 4.9 Ergebnisrechnung AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-847	-732	-853	121
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.083	-1.827	-1.816	-12
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-115	-54	-137	83
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-62	0	-82	82
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-43.817	-49.073	-44.803	-4.270
6	Erträge aus Transferleistungen	-328	-334	-267	-68
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-19.193	-17.881	-20.273	2.393
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-1	0	-159	159
9	Sonstige ordentliche Erträge	-182	-125	-127	1
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-66.629</b>	<b>-70.026</b>	<b>-68.518</b>	<b>-1.508</b>
11	Personalaufwendungen	2.095	1.950	2.113	-163
12	Versorgungsaufwendungen	75	73	82	-9
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.570	9.947	10.644	-696
14	Abschreibungen	4.880	4.490	5.141	-650
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	4.286	4.240	5.553	-1.313
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	9.099	11.101	8.828	2.273
17	Transferaufwendungen	831	882	804	78
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	29.794	28.262	31.044	-2.782
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>59.631</b>	<b>60.945</b>	<b>64.208</b>	<b>-3.263</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-6.998</b>	<b>-9.081</b>	<b>-4.310</b>	<b>-4.772</b>
21	Finanzerträge	-688	-580	-226	-354
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.051	1.005	678	327
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>363</b>	<b>425</b>	<b>452</b>	<b>-27</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-6.635</b>	<b>-8.656</b>	<b>-3.858</b>	<b>-4.799</b>
25	Außerordentliche Erträge	-415	0	-3.138	3.138
26	Außerordentliche Aufwendungen	146	0	26	-26
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-270</b>	<b>0</b>	<b>-3.112</b>	<b>3.112</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>-6.904</b>	<b>-8.656</b>	<b>-6.970</b>	<b>-1.687</b>



# Jahresabschluss 2017

## 4.10 Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK

### Dezernat I

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-911	-877	-832	-44
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.032	-2.873	-3.692	820
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-14.713	-4.395	-4.657	262
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-211	-190	-280	91
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-126	-31	-33	2
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	-13	13
9	Sonstige ordentliche Erträge	-942	-1.083	-1.080	-4
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-19.935</b>	<b>-9.449</b>	<b>-10.588</b>	<b>1.139</b>
11	Personalaufwendungen	45.181	47.593	46.533	1.061
12	Versorgungsaufwendungen	12.958	11.253	13.343	-2.090
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	33.229	25.177	23.978	1.199
14	Abschreibungen	5.202	4.749	5.509	-760
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	2.765	755	2.808	-2.053
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	48	0	48
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	142	64	17	47
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>99.476</b>	<b>89.639</b>	<b>92.188</b>	<b>-2.549</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>79.541</b>	<b>80.190</b>	<b>81.600</b>	<b>-1.410</b>
21	Finanzerträge	0	0	-3	3
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	0	3	-3
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>79.547</b>	<b>80.190</b>	<b>81.600</b>	<b>-1.410</b>
25	Außerordentliche Erträge	-42	-9	-368	359
26	Außerordentliche Aufwendungen	596	4	202	-198
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>554</b>	<b>-6</b>	<b>-167</b>	<b>161</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>80.101</b>	<b>80.185</b>	<b>81.434</b>	<b>-1.249</b>
29	Ergebnis aus dLV	-723	-1.450	-628	-822
30	Ergebnis aus Umlagen	-25.854	-26.143	-28.372	2.229
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>-26.576</b>	<b>-27.593</b>	<b>-29.000</b>	<b>1.407</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>53.524</b>	<b>52.591</b>	<b>52.434</b>	<b>157</b>

# Jahresabschluss 2017

## Dezernat II

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-146	-183	-164	-19
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15.601	-14.456	-13.409	-1.048
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-755	-591	-697	105
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-78	-92	-98	6
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-681	-680	-687	7
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	0	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	-411	-343	-367	24
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-17.673</b>	<b>-16.346</b>	<b>-15.421</b>	<b>-925</b>
11	Personalaufwendungen	17.642	18.769	18.148	621
12	Versorgungsaufwendungen	1.911	1.829	1.882	-52
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.716	21.390	19.953	1.437
14	Abschreibungen	449	250	405	-154
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	23	303	30	273
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5	3	8	-5
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>40.746</b>	<b>42.545</b>	<b>40.426</b>	<b>2.120</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>23.073</b>	<b>26.200</b>	<b>25.005</b>	<b>1.195</b>
21	Finanzerträge	-1.100	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-1.100</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>21.973</b>	<b>26.200</b>	<b>25.005</b>	<b>1.195</b>
25	Außerordentliche Erträge	0	0	-6	6
26	Außerordentliche Aufwendungen	0	1	1	-1
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>-5</b>	<b>6</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>21.973</b>	<b>26.200</b>	<b>25.000</b>	<b>1.200</b>
29	Ergebnis aus dLV	18	116	-45	161
30	Ergebnis aus Umlagen	911	292	3.678	-3.386
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>929</b>	<b>407</b>	<b>3.633</b>	<b>-3.226</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>22.903</b>	<b>26.608</b>	<b>28.633</b>	<b>-2.025</b>

# Jahresabschluss 2017

## Dezernat III

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.121	-7.956	-8.903	947
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-524	-488	-536	48
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-341	-149	-278	129
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-50	0	-6	6
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-108	-67	-133	66
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	-8	8
9	Sonstige ordentliche Erträge	-904	-829	-710	-119
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-11.047</b>	<b>-9.489</b>	<b>-10.575</b>	<b>1.086</b>
11	Personalaufwendungen	8.027	7.608	7.906	-298
12	Versorgungsaufwendungen	1.105	1.617	1.044	574
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.969	3.777	9.069	-5.293
14	Abschreibungen	1.454	1.331	1.296	36
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.897	3.297	1.719	1.577
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	123	550	41	509
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.675	1.194	468	726
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>21.249</b>	<b>19.374</b>	<b>21.544</b>	<b>-2.170</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>10.202</b>	<b>9.886</b>	<b>10.969</b>	<b>-1.084</b>
21	Finanzerträge	-10	-5	-10	4
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65	6	-10	16
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>55</b>	<b>1</b>	<b>-20</b>	<b>21</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>10.257</b>	<b>9.887</b>	<b>10.950</b>	<b>-1.063</b>
25	Außerordentliche Erträge	-5.410	0	-12.183	12.183
26	Außerordentliche Aufwendungen	349	0	459	-459
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-5.060</b>	<b>0</b>	<b>-11.725</b>	<b>11.725</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>5.197</b>	<b>9.887</b>	<b>-775</b>	<b>10.662</b>
29	Ergebnis aus dLV	-845	-171	-793	622
30	Ergebnis aus Umlagen	793	576	432	144
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>-52</b>	<b>405</b>	<b>-361</b>	<b>766</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>5.145</b>	<b>10.292</b>	<b>-1.136</b>	<b>11.428</b>

# Jahresabschluss 2017

## Dezernat IV

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2017	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-733	-4.830	-608	-4.222
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.364	-284	-5.058	4.774
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-239	-156	-220	64
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-32	-228	-13	-215
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	0	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	-62	-292	-51	-241
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-7.430</b>	<b>-5.790</b>	<b>-5.949</b>	<b>159</b>
11	Personalaufwendungen	12.995	13.521	13.269	252
12	Versorgungsaufwendungen	1.182	981	1.194	-213
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.074	6.189	5.696	493
14	Abschreibungen	121	130	182	-51
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	424	-124	45	-169
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3	2	3	-2
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>19.799</b>	<b>20.699</b>	<b>20.389</b>	<b>310</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>12.369</b>	<b>14.909</b>	<b>14.440</b>	<b>469</b>
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>12.369</b>	<b>14.909</b>	<b>14.440</b>	<b>469</b>
25	Außerordentliche Erträge	-8	0	-2	2
26	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	5	-5
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-8</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>-3</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>12.361</b>	<b>14.909</b>	<b>14.443</b>	<b>466</b>
29	Ergebnis aus dLV	-2.981	-2.037	-2.768	731
30	Ergebnis aus Umlagen	-461	-1.185	-608	-578
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>-3.441</b>	<b>-3.222</b>	<b>-3.375</b>	<b>153</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>8.919</b>	<b>11.686</b>	<b>11.067</b>	<b>619</b>

# Jahresabschluss 2017

## Dezernat V

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.694	-1.477	-1.659	182
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.173	-12.429	-12.619	191
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.044	-583	-1.141	559
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-380	0	-14	14
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	-3	3
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-733	-1.750	-894	-856
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-199	0	-352	352
9	Sonstige ordentliche Erträge	-909	-814	-748	-66
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-17.130</b>	<b>-17.053</b>	<b>-17.432</b>	<b>379</b>
11	Personalaufwendungen	26.343	27.228	27.818	-590
12	Versorgungsaufwendungen	1.433	1.230	1.584	-354
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	40.790	29.879	31.174	-1.296
14	Abschreibungen	20.311	17.561	19.309	-1.748
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	388	215	315	-101
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	2	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	131	45	75	-30
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>89.398</b>	<b>76.157</b>	<b>80.276</b>	<b>-4.119</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>72.267</b>	<b>59.104</b>	<b>62.844</b>	<b>-3.740</b>
21	Finanzerträge	-6	-4	-4	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15	0	1	-1
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>9</b>	<b>-4</b>	<b>-4</b>	<b>0</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>72.276</b>	<b>59.100</b>	<b>62.840</b>	<b>-3.740</b>
25	Außerordentliche Erträge	-1.079	-1	-2.504	2.503
26	Außerordentliche Aufwendungen	930	3	1.453	-1.451
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-150</b>	<b>2</b>	<b>-1.050</b>	<b>1.052</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>72.126</b>	<b>59.102</b>	<b>61.790</b>	<b>-2.688</b>
29	Ergebnis aus dLV	620	-38	488	-526
30	Ergebnis aus Umlagen	5.011	6.342	3.584	2.758
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>5.631</b>	<b>6.304</b>	<b>4.072</b>	<b>2.232</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>77.758</b>	<b>65.406</b>	<b>65.862</b>	<b>-456</b>

# Jahresabschluss 2017

## Dezernat VI

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.155	-1.933	-2.294	361
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-260	-207	-279	72
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.597	-2.147	-2.407	260
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-29	-5	-17	12
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-6.650	-5.048	-6.508	1.460
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-8	0	-396	396
9	Sonstige ordentliche Erträge	-18.258	-18.384	-18.067	-316
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-29.956</b>	<b>-27.725</b>	<b>-29.968</b>	<b>2.244</b>
11	Personalaufwendungen	27.322	28.545	28.055	490
12	Versorgungsaufwendungen	2.973	2.577	2.832	-254
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	47.943	42.049	48.121	-6.072
14	Abschreibungen	11.817	11.489	12.318	-829
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	42.709	46.243	44.595	1.649
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	10	0	1	-1
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-218	305	54	251
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>132.556</b>	<b>131.210</b>	<b>135.976</b>	<b>-4.766</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>102.600</b>	<b>103.485</b>	<b>106.008</b>	<b>-2.522</b>
21	Finanzerträge	-4.333	-5.724	-4.691	-1.033
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1	-1
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-4.333</b>	<b>-5.724</b>	<b>-4.690</b>	<b>-1.034</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>98.267</b>	<b>97.761</b>	<b>101.318</b>	<b>-3.556</b>
25	Außerordentliche Erträge	-353	0	-1.532	1.532
26	Außerordentliche Aufwendungen	9.265	0	7.925	-7.925
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>8.912</b>	<b>0</b>	<b>6.393</b>	<b>-6.393</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>107.179</b>	<b>97.761</b>	<b>107.710</b>	<b>-9.949</b>
29	Ergebnis aus dLV	1.522	1.110	1.387	-277
30	Ergebnis aus Umlagen	-7.135	-583	-1.511	928
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>-5.613</b>	<b>527</b>	<b>-124</b>	<b>651</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>101.566</b>	<b>98.289</b>	<b>107.587</b>	<b>-9.298</b>

# Jahresabschluss 2017

## Dezernat VII

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	3	4	5	6	7
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-764	-727	-940	213
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.397	-8.427	-10.899	2.473
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-7.125	-9.541	-8.714	-828
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-212.893	-169.933	-230.348	60.416
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-58.483	-61.053	-63.160	2.107
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-5	0	-35	35
9	Sonstige ordentliche Erträge	-4.234	-1.423	-3.668	2.246
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-291.901</b>	<b>-251.103</b>	<b>-317.765</b>	<b>66.662</b>
11	Personalaufwendungen	94.835	94.918	100.149	-5.231
12	Versorgungsaufwendungen	6.733	5.807	6.777	-970
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27.887	26.652	28.512	-1.859
14	Abschreibungen	6.009	5.381	6.239	-858
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	60.780	64.550	66.430	-1.880
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	401.508	374.587	407.177	-32.589
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	71	14	14	0
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>597.824</b>	<b>571.911</b>	<b>615.298</b>	<b>-43.387</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>305.923</b>	<b>320.808</b>	<b>297.533</b>	<b>23.275</b>
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14	0	0	0
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>14</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>305.936</b>	<b>320.808</b>	<b>297.533</b>	<b>23.275</b>
25	Außerordentliche Erträge	-1.134	0	-109	109
26	Außerordentliche Aufwendungen	181	0	4	-4
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-953</b>	<b>0</b>	<b>-105</b>	<b>105</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>304.983</b>	<b>320.808</b>	<b>297.427</b>	<b>23.380</b>
29	Ergebnis aus dLV	1.423	1.083	1.197	-114
30	Ergebnis aus Umlagen	26.734	20.701	22.796	-2.095
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>28.157</b>	<b>21.784</b>	<b>23.993</b>	<b>-2.209</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>333.140</b>	<b>342.591</b>	<b>321.420</b>	<b>21.171</b>

# Jahresabschluss 2017

## Allgemeine Finanzwirtschaft

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2016	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2017	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.646	-2.677	-2.677	0
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	-1.250	0	-1.250
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-591.954	-578.708	-636.312	57.604
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-190.125	-193.177	-195.559	2.383
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-13.628	-12.093	-12.744	652
9	Sonstige ordentliche Erträge	-22.594	0	-14.490	14.490
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-820.947</b>	<b>-787.905</b>	<b>-861.783</b>	<b>73.879</b>
11	Personalaufwendungen	638	0	584	-584
12	Versorgungsaufwendungen	17.006	20.500	40.522	-20.022
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.217	5.093	-59	5.152
14	Abschreibungen	12.297	17.661	7.218	10.443
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	7.450	7.800	7.465	335
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	129.917	122.792	135.432	-12.640
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.670	0	0	0
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>170.196</b>	<b>173.846</b>	<b>191.163</b>	<b>-17.316</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-650.751</b>	<b>-614.058</b>	<b>-670.620</b>	<b>56.562</b>
21	Finanzerträge	-24.349	-24.478	-26.758	2.280
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.690	20.698	17.979	2.719
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-7.658</b>	<b>-3.780</b>	<b>-8.779</b>	<b>4.999</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-658.410</b>	<b>-617.838</b>	<b>-679.399</b>	<b>61.561</b>
25	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
26	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	1.311	-1.311
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.311</b>	<b>-1.311</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>-658.410</b>	<b>-617.838</b>	<b>-678.088</b>	<b>60.250</b>
29	Ergebnis aus dLV	0	0	0	0
30	Ergebnis aus Umlagen	0	0	0	0
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>-658.409</b>	<b>-617.838</b>	<b>-678.088</b>	<b>60.250</b>



4.11 Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen 2017

Bezeichnung		Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017 / max. Überleitung
<b>Dezernat I</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>7.546</b>	<b>2.640</b>	<b>14.098</b>	<b>8.329</b>	<b>5.768</b>
I.04905	91 INV-Zuschuss Altes Gericht	0	0	2.500	2.500	0
I.02985	10 BGH Medenbach Neubau	2.331	840	3.155	1.995	1.160
I.03547	10 BGH Haus der Vereine Dotzheim Neubau	1.590	0	2.310	1.734	576
I.04475	52 KA - Biebrich, Neubau Kunstrasen 2	944	0	944	721	223
I.03302	37 Neubau Feuer- u Rettungswache Igstadt	969	1.300	2.269	448	1.821
I.04748	52 INV-Zuschuss VfR Wi Neubau Kunstrasen	0	0	315	290	25
I.03328	52 SH - San. Taunushalle Nordenstadt	925	0	925	200	725
I.02256	10 BGH Delkenheim Generalsanierung	536	500	1.036	159	877
I.04522	91 mattiaqua Investitionszuschuss	250	0	404	142	262
I.03816	52 SH - Wilhelm-Leuschner, Ern. Tribühne	0	0	240	141	99

# Jahresabschluss 2017



Bezeichnung	Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017 / max. Überleitung
<b>Dezernat I</b>					
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)	5.428	830	5.218	324	4.891
Programme	4.576	1.705	6.991	2.745	4.246
Bau- und Beschaffungsprogramm Dez. I	4.356	1.705	6.771	2.694	4.077
Zuschüsse an Dritte Dez. I	220	0	220	51	169
<b>Gesamt</b>	<b>17.550</b>	<b>5.175</b>	<b>26.307</b>	<b>11.399</b>	<b>14.905</b>

# Jahresabschluss 2017



Bezeichnung		Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017 / max. Überleitung
<b>Dezernat II</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 20 Tsd. €)</b>		<b>195</b>	<b>116</b>	<b>1.847</b>	<b>211</b>	<b>1.636</b>
I.01844	92 Beschaffungen für Sicherheitsprojekte	20	30	1.592	98	1.494
I.03010	34 Beschaffungen	34	10	62	62	0
I.00347	92 Beschaffungen Dezernat II	110	36	146	27	119
I.00353	31 Beschaffungen	32	40	48	23	24
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 20 Tsd. €)</b>		<b>106</b>	<b>42</b>	<b>149</b>	<b>8</b>	<b>141</b>
<b>Gesamt</b>		<b>301</b>	<b>158</b>	<b>1.996</b>	<b>219</b>	<b>1.778</b>

## Jahresabschluss 2017

Bezeichnung		Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017 / max. Überleitung
<b>Dezernat III</b>						
<b>Maßnahmen mit IST Buchungen in 2017</b>		<b>469</b>	<b>191</b>	<b>700</b>	<b>124</b>	<b>576</b>
I.00127	53 Beschaffungen Fachabteilungen	37	8	45	34	11
I.03414	93 Investitionszuschuss Neubau RMH	0	0	26	26	0
I.04446	80 Sanierung Gaststätte Burg Sonnenberg	324	142	466	21	445
I.00126	53 Beschaffungen Betriebsinventar	43	28	71	17	55
I.00125	53 Beschaffung PC-Programme	57	10	67	13	54
I.00060	80 Beschaffungen investiv	1	0	15	12	3
I.00104	93 Dezernat III Beschaffungen	7	3	10	1	9
<b>Maßnahmen ohne IST Buchungen in 2017</b>		<b>11</b>	<b>5</b>	<b>16</b>	<b>0</b>	<b>16</b>
<b>Gesamt</b>		<b>480</b>	<b>196</b>	<b>716</b>	<b>124</b>	<b>592</b>

(Stand Ende September 2018)

# Jahresabschluss 2017



Bezeichnung		Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017 / max. Überleitung
<b>Dezernat IV</b>						
<b>Maßnahmen mit IST Buchungen</b>		<b>58</b>	<b>203</b>	<b>253</b>	<b>62</b>	<b>141</b>
I.00662	64 Beschaffungen	41	130	210	44	86
I.00312	63 Beschaffungen	10	44	34	13	32
I.00309	61 Beschaffungen	5	22	4	4	18
I.02198	94 Beschaffungen	2	6	4	2	5
<b>Maßnahmen ohne IST Buchungen</b>		<b>23</b>	<b>114</b>	<b>60</b>	<b>0</b>	<b>114</b>
<b>Gesamt</b>		<b>81</b>	<b>317</b>	<b>313</b>	<b>62</b>	<b>255</b>

## Jahresabschluss 2017

Bezeichnung		Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017/ max. Überleitung
<b>Dezernat V</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>5.865</b>	<b>2.000</b>	<b>9.162</b>	<b>4.619</b>	<b>4.542</b>
I.04392	66 WIN Neugestaltung Platz RMCC/Museum	2.902	0	2.902	1.919	983
I.02627	36 Kessel/Wellritzbach Abtr.Umsetzung	1.340	0	1.340	558	782
I.01902	66 WIN Goerdelerstraße - Bestand	799	0	799	458	341
I.03264	67 Neukonzeption Kulturpark	469	0	569	457	112
I.00619	66 WIN Strassenmeisterei der LHW	0	2.000	2.620	440	2.180
I.04514	66 AIN EM Gottfried-Dörr-Straße	0	0	400	400	0
I.01275	66 AIN EM Fritz-Lenges-Straße 1. BA	0	0	226	226	0
I.02296	66 WIN Helenenstraße	355	0	305	161	144
<b>Programme (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>8.514</b>	<b>5.449</b>	<b>15.225</b>	<b>5.853</b>	<b>9.442</b>
Äußere Erschließung Wohngebiete		0	800	965	166	799
Straßenbeleuchtungsanlagen		1.032	320	1.425	923	502
Grundhafte Erneuerungen		2.433	905	2.112	1.305	878
Verkehrssicherung Fahr- /Gehwege		231	350	581	524	57
Stadtumbau Kostheim/Kastel 66/61		1	0	981	151	830
Ingenieurbauwerke		846	905	1.751	433	1.318
Fahrbahndeckenprogramm		780	800	1.688	1.031	657
Kinderspielplatzprogramm		311	140	825	309	516
Sonstige Investitionsprogramme (Beschaffungen)		2.881	1.229	4.897	1.012	3.885
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		<b>12.074</b>	<b>7.059</b>	<b>18.859</b>	<b>890</b>	<b>18.096</b>
<b>Beschaffungen (außerhalb Programmpositionen)</b>		<b>14</b>	<b>0</b>	<b>20</b>	<b>17</b>	<b>3</b>
<b>Gesamt</b>		<b>26.466</b>	<b>14.508</b>	<b>43.265</b>	<b>11.379</b>	<b>32.084</b>

## Jahresabschluss 2017

Bezeichnung		Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017 / max. Überleitung
<b>Dezernat VI Finanzen</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		0	0	4.193	4.193	0
I.02748	20 Kapitaleinlagen allgemein	0	0	4.193	4.193	0
<b>Programme</b>		675	473	1.166	211	955
Bau u. Beschaffungsprogramm		675	473	1.166	211	955
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		50	0	54	0	54
<b>Gesamt</b>		<b>725</b>	<b>473</b>	<b>5.414</b>	<b>4.404</b>	<b>1.010</b>

Bezeichnung		Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017 / max. Überleitung
<b>Dezernat VI Kultur</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		1.904	300	2.204	331	1.873
I.03757	41 Kunsthaus Generalsanierung	1.904	300	2.204	331	1.873
<b>Programme</b>		606	134	527	335	193
Bau u. Beschaffungsprogramm		485	134	394	201	193
Zuschüsse an Dritte Programm		122	0	134	134	0
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		7.214	110	7.153	202	6.951
<b>Gesamt</b>		<b>9.725</b>	<b>544</b>	<b>9.884</b>	<b>868</b>	<b>9.016</b>

## Jahresabschluss 2017

Bezeichnung		Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017/ max. Überleitung
<b>Dezernat VI Schulen</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>27.311</b>	<b>6.567</b>	<b>11.686</b>	<b>11.686</b>	<b>0</b>
I.03440	40 Th.-Fliedner-Schule Ausbau Vollgymn	5.826	4.518	8.061	8.061	0
I.03762	40 Carl-von-Ossietzky-Schule Neubau	8.300	1.000	1.182	1.182	0
I.04226	40 Brückenschule Sanierung	533	0	545	545	0
I.03758	40 Betreuung Friedr.-Ludwig-Jahn-Schul	777	0	457	457	0
I.03722	40 Albert-Schweitzer-Schule Neubau	10.062	0	454	454	0
I.03756	40 Rudolf-Dietz-Schule	1.022	0	451	451	0
I.04357	40 Grundschule Innenstadt Neubau	790	1.049	309	309	0
I.04725	40 Hafenschule Container	0	0	226	226	0
<b>Programme (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>6.746</b>	<b>11.033</b>	<b>18.641</b>	<b>6.307</b>	<b>12.334</b>
Sonstige Programme Schulen		4.346	3.227	7.656	696	6.960
Schulbudget Beschaffungen		105	184	388	336	53
Ersatzinventar Schulen		463	382	1.045	699	346
Kommunales Investitionsprogramm Schulen		1.832	7.240	9.552	4.577	4.975
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		<b>7.537</b>	<b>5.000</b>	<b>8.957</b>	<b>-184</b>	<b>9.141</b>
<b>Beschaffungen (außerhalb Programmpositionen)</b>		<b>24</b>	<b>15</b>	<b>103</b>	<b>102</b>	<b>1</b>
<b>Gesamt</b>		<b>41.618</b>	<b>22.615</b>	<b>39.388</b>	<b>17.911</b>	<b>21.477</b>



## Jahresabschluss 2017

Bezeichnung		Überleitung aus 2016	Ansatz 2017	aktualisierter Ansatz 2017	Ist 2017	Restbudget 2017/ max. Überleitung
<b>Dezernat VII.</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>1.590</b>	<b>2.211</b>	<b>3.730</b>	<b>1.525</b>	<b>2.205</b>
I.04676	510203 San.u.Erw. Ev.KT Paul-Gerhard-G	697	0	697	685	12
I.04661	51 KT Hessenring Erweiterung	0	0	266	266	0
I.04960	510202-INV Zusch.Umb.Erw.ev.KT Nordens	0	0	175	175	0
I.04358	51 KT Hessenring Grundsanierung	742	2.131	2.321	166	2.154
I.01909	51 Investiv städt. KTs Freiflächen WI	52	80	172	132	40
I.03885	510203 Ev.KT Auferstehung 2 Krippengr.	100	0	100	100	0
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		<b>7.533</b>	<b>2.184</b>	<b>9.214</b>	<b>620</b>	<b>8.606</b>
<b>Programme</b>		<b>35.166</b>	<b>4.660</b>	<b>45.726</b>	<b>4.187</b>	<b>41.539</b>
Wohnungsbau Dez VII		26.931	4.322	35.003	3.001	32.002
Soziale Stadt Projekte		8.235	338	10.723	1.186	9.537
<b>Baschaffungen</b>		<b>810</b>	<b>371</b>	<b>1.596</b>	<b>656</b>	<b>940</b>
<b>Gesamt</b>		<b>45.100</b>	<b>9.426</b>	<b>60.266</b>	<b>6.988</b>	<b>53.291</b>

Herausgeber: Landeshauptstadt Wiesbaden | Dezernat VI - Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur  
 Schillerplatz 1 - 2 | 65185 Wiesbaden  
 dezernat.VI@wiesbaden.de

Bildrechte des Titelbildes: ©Wiesbaden Marketing GmbH